

41. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. März 2009

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .	3065	8. Entwicklung der Hepatitiserkrankungen im Lande Bremen	
Fragestunde		Anfrage der Abgeordneten Brumma, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 24. Februar 2009	3072
1. Herkunftssprachlicher Unterricht an Schulen im Lande Bremen		9. Behördenübergreifende Fallkonferenzen als Bestandteil des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“	
Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. Februar 2009	3065	Anfrage der Abgeordneten Frau Winther, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. Februar 2009	3073
2. Keine Werbung für Babynahrung an Bremer Kliniken		10. Zukunft der Designförderung im Lande Bremen	
Anfrage der Abgeordneten Frau Böschen, Frau Arnold-Cramer, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 18. Februar 2009	3066	Anfrage der Abgeordneten Kau, Strohmänn, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 3. März 2009	3074
3. HIV-/AIDS-Prävention in Schulen im Lande Bremen		11. Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation	
Anfrage der Abgeordneten Frau Schmidtke, Güngör, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 19. Februar 2009	3067	Anfrage der Abgeordneten Frau Hiller, Frau Busch, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 3. März 2009	3076
4. Lärmschutz am Arster Zubringer		Aktuelle Stunde	3079
Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Richter, Woltemath und Fraktion der FDP vom 19. Februar 2009	3068	Kein neuer Parteienstreit: Bildungskonsens unverzüglich unterschreiben	
5. Intranet der Sozialgerichtsbarkeit Niedersachsen und Bremen		Antrag der Fraktion der CDU vom 17. März 2009 (Drucksache 17/735)	
Anfrage der Abgeordneten Frehe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2009	3068	Abg. Röwekamp (CDU)	3079
6. Hafengüterverkehre		Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	3082
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2009	3069	Abg. Güngör (SPD)	3084
7. Kostenübernahme von medizinisch indizierter Narkose bei Zahnbehandlung		Abg. Dr. Buhlert (FDP)	3085
Anfrage der Abgeordneten Frau Schmidtke, Brumma, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 24. Februar 2009	3071	Abg. Beilken (DIE LINKE)	3086
		Abg. Röwekamp (CDU)	3087
		Abg. Dr. Buhlert (FDP)	3089
		Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	3089

Abg. Beilken (DIE LINKE)	3091
Senatorin Jürgens-Pieper	3091
Abg. Günthner (SPD) zur Geschäftsordnung ..	3094
Abg. Beilken (DIE LINKE) zur Geschäftsordnung	3094
Abstimmung	3094

Gesetz zur Änderung des Friedhofs-, Bestattungs- und Leichenrechts

Mitteilung des Senats vom 3. März 2009
(Drucksache 17/710)

1. Lesung
2. Lesung

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	3094
Abg. Dennhardt (SPD)	3095
Abg. Focke (CDU)	3096
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3096
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	3096
Senator Dr. Loske	3096
Abstimmung	3097

Keine Entscheidungen über die Einleitungen salzhaltiger Abwässer der Kaliindustrie ohne alle Anrainer der Flussgebietsgemeinschaft Weser

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU und der FDP
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/736)

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	3097
Abg. Dennhardt (SPD)	3098
Abg. Imhoff (CDU)	3099
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	3099
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3100
Senator Dr. Loske	3100
Abstimmung	3101

Hochseefischerei ökologisch und ökonomisch verantwortlich gestalten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/734)

Abg. Frau Marken (SPD)	3101
------------------------------	------

Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)	3102
Abg. Frau Allers (CDU)	3103
Abg. Müller (DIE LINKE)	3104
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	3104
Abg. Frau Marken (SPD)	3105
Senator Nagel	3105
Abstimmung	3106

Reform der Jobcenter darf nicht scheitern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 18. März 2009
(Drucksache 17/737)

Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	3106
Abg. Nestler (CDU)	3108
Abg. Frau Nitz (DIE LINKE)	3109
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	3110
Abg. Frau Ziegert (SPD)	3111
Abg. Nestler (CDU)	3112
Abg. Frau Ziegert (SPD)	3112
Senatorin Rosenkötter	3112
Abstimmung	3114

Verkehrsinfrastruktur in der Region sichern – Gemeinderat Lilienthal muss Blockade gegen die Linie 4 aufgeben

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 18. März 2009
(Drucksache 17/738)

Abg. Kasper (SPD)	3114
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	3115
Abg. Focke (CDU)	3116
Abg. Richter (FDP)	3117
Abg. Rupp (DIE LINKEN)	3118
Senator Dr. Loske	3118
Abstimmung	3119

Anhang zum Plenarprotokoll	3120
----------------------------------	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Erlanson, Frau Möbius, Frau Stahmann.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Cakici

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Marken

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 41. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Profil-B-Klasse der Wilhelm-Wagenfeld-Schule aus Bremen, eine Gruppe der Erwachsenenschule Bremen und eine Gruppe der Arbeiterwohlfahrt, und zwar der Altenpflegeschule Bremerhaven und der Nähstube Bremerhaven.

Meine Damen und Herren, seien Sie heute Morgen herzlich willkommen im Haus der Bremischen Bürgerschaft!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 unserer Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Reform der Jobcenter darf nicht scheitern, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU vom 18. März 2009, Drucksache 17/737.

Gemäß Paragraph 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit dieses Antrags herbeiführen.

(B) Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe?

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung aufzurufen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. – Dann können wir so verfahren.

2. Verkehrsinfrastruktur in der Region sichern – Gemeinderat Lilienthal muss Blockade gegen die Linie 4 aufgeben, Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 18. März 2009, Drucksache 17/738.

Gemäß Paragraph 31 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung gilt dieser Antrag als dringlich.

Auch hier schlage ich Ihnen eine Behandlung am Schluss der Tagesordnung vor. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Mittlerweile ist vereinbart worden, nach der Aktuellen Stunde heute den Tagesordnungspunkt außerhalb der Tagesordnung, „Kein neuer Parteienstreit: Bildungskonsens unverzüglich unterschreiben“, Drucksache 17/735, aufzurufen.

Fragestunde

(C)

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen 17 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Herkunftssprachlicher Unterricht an Schulen im Lande Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und der Fraktion der CDU.

Bitte Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Für welche Fremdsprachen besteht an Schulen im Lande Bremen die Möglichkeit, sogenannten muttersprachlichen Unterricht zu belegen, und wie werden diese Angebote angenommen?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat dieses Angebot unter dem Aspekt des Erwerbs der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Integration und der damit verknüpften Bemühungen um eine möglichst frühe Sprachförderung?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, stattdessen das Fremdsprachenangebot an Schulen im Lande Bremen zu stärken und/oder auszubauen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

(D)

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Land Bremen wird seit vielen Jahren ein breites Angebot zur Förderung der Herkunftssprachen vorgehalten. Herkunftssprachen werden in Bremen als zweite Fremdsprache sowie über muttersprachliche Angebote realisiert. Die Angebote für den muttersprachlichen Unterricht werden über Lehrkräfte der Senatorin für Bildung und Wissenschaft oder in der Verantwortung der jeweiligen Konsulate durchgeführt. Zurzeit gibt es Angebote für folgende Herkunftssprachen: Türkisch, Polnisch, Kurdisch, Portugiesisch, Italienisch, Persisch, Griechisch und Chinesisch. Die bestehenden Angebote für den muttersprachlichen Unterricht werden gut angenommen und können die Nachfrage befriedigen.

Zu Frage 2: Über die besondere Bedeutung der deutschen Sprache als Unterrichts- und Verkehrssprache besteht Einigkeit. Alle Kinder, die Defizite in der deutschen Sprache aufweisen, sollen die Förderung erhalten, die ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme an Unterricht und Bildung ermöglicht. Die aktuellen Anstrengungen des Senats im Bereich der vor schulischen Sprachförderung belegen dies nachdrücklich. Das sichere Beherrschen der deutschen Sprache stellt den Schlüssel für einen erfolgreichen Schulbesuch dar. Bremen versteht dies als Aufgabe aller

(A) Lehrerinnen und Lehrer und aller Fächer. In allen Schulformen und auf allen Schulstufen werden sprachunterstützende Maßnahmen durchgeführt. Der Senat ist darüber hinaus der Auffassung, dass die Eltern von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in die Vermittlung des Deutschen einbezogen werden müssen und hält daher entsprechende Angebote vor.

Zu Frage 3: Für den Senat steht das Fremdsprachenangebot an bremischen Schulen nicht in Opposition zur Sicherung herkunftssprachlichen Unterrichts; allerdings muss dieser eine qualifizierte Mehrsprachigkeit unterstützen.

Herkunftssprachen als zweite Fremdsprachen sind Element der Diversifizierung des Gesamtangebots. Bezogen auf weitere Sprachen geben künftig die Wahlpflichtbereiche von Oberschule und Gymnasium die Möglichkeit, auch sogenannte kleine Sprachen wie Italienisch oder Niederländisch oder auch asiatische Sprachen anzubieten. Der Senat ist außerdem der Auffassung, dass dem didaktischen Prinzip der Bilingualität hohe Bedeutung zukommt. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, vielen Dank für die ausführliche Antwort! Bei der Aufzählung der Fächer des muttersprachlichen Unterrichts ist mir aufgefallen, dass dort überhaupt keine Sprachen des slawischen Sprachraums vorkommen, Russisch zum Beispiel. Gibt es dafür keinen Bedarf, oder gibt es von Ihrer Seite keine Möglichkeit, ein Angebot zu machen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Offensichtlich keine Nachfrage, sonst hätten wir das auch dabei! Ich kann jetzt aber nicht im Einzelnen sagen, ob es schon einmal eine Nachfrage gegeben hat. Wir haben es als zweite Fremdsprache, da ist es ja dabei.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, haben Sie die Möglichkeit – das vorzulesen ist vielleicht etwas umständlich –, uns schriftlich nachzureichen, in welchen Fächern von Ihrer Seite Unterricht angeboten wird und in welchen Fächern durch Konsulate Unterricht sichergestellt wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich habe das in Vorbereitung dieser Anfrage auflisten lassen, das kann ich Ihnen gern zur Verfügung stellen.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. (C)

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Keine Werbung für Babynahrung an Bremer Kliniken**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Böschen, Frau Arnold-Cramer, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Böschen!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welchen Beitrag leistet nach Einschätzung des Senats der „Runde Tisch Stillen“ zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Stillen?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die Praxis an den Kliniken im Land Bremen, keine Proben für Babynahrung an die Mütter zu verteilen?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Werbung für Babynahrung in den Kliniken des Landes Bremen vollständig, beispielsweise auch an den Fassaden, zu unterbinden, wie es der „Runde Tisch Stillen“ fordert?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt: (D)

Zu Frage 1: Der im Frühjahr 2008 eingerichtete „Runde Tisch Stillen“ unter der Federführung des Gesundheitsressorts entwickelt Maßnahmen unter Beteiligung von Kassen, Verbänden, Kliniken und Wissenschaft, um zunächst über eine gezielte und flächendeckende Ansprache der professionell Tätigen alle potenziell interessierten Frauen und werdenden Eltern zu erreichen. Er soll des Weiteren öffentlichkeitswirksame Konzepte zur Förderung des Stillens erarbeiten. Am 14. März 2009 fand dazu ein Workshop im Klinikum Links der Weser statt.

Zu Frage 2: Das Anbieten von Proben für Babynahrung steht im Widerspruch zum Stillgedanken. Trotz Anfragen von Müttern sollen keine Proben in Geburtskliniken zur Verfügung gestellt werden. Dies entspricht der gelebten Praxis an den Kliniken im Land Bremen. Allerdings werden einzelne Pflegeprodukte an Familien aus sozial benachteiligten Verhältnissen ausgegeben. Dies stellt häufig eine Hilfe dar und behindert das Stillen nicht.

Zu Frage 3: Es ist untersagt, Babynahrung, zum Beispiel als Probenmuster, kostenlos zu Werbezwecken zu verteilen, mit Ausnahme der Abgabe an Institutionen der Gesundheitsvorsorge wie etwa an Krankenhäuser. Jedes Krankenhaus hat die Möglichkeit, über das Hausrecht jegliche Art von Werbung zu verbieten und auch Probenmuster abzulehnen. Der „Runde Tisch Stillen“ wirkt dazu auf die Krankenhäuser ein, von diesem Hausrecht Gebrauch zu ma-

(A) chen. Dem Senat sind keine Werbemaßnahmen für Babynahrung an Innen- und Außenwänden der Krankenhäuser im Land Bremen bekannt. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Bösch** (SPD): Frau Senatorin, teilen Sie meine Einschätzung, dass, wenn Werbung für Babynahrung in den Kliniken stattfindet, auch das im Widerspruch zu unserer Idee steht, tatsächlich stillfreundliche Umgebungen zu schaffen und eher zum Stillen anzuleiten und anzuregen, als immer auf die Alternative zu verweisen, sage ich einmal?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Da teile ich Ihre Auffassung, und ich freue mich sehr, dass wir dies hier auch gerade am Samstag mit einem sehr gut besuchten runden Tisch über alle Professionen hinweg, glaube ich, haben auch noch einmal sehr deutlich machen können. Ich erwarte eigentlich, dass sich der runde Tisch noch einmal hier auch mit dem, was formuliert worden ist, einem Konzept oder Leitlinien auseinandersetzen wird, um dem Stillgedanken zu noch mehr Aufmerksamkeit und natürlich zur Umsetzung zu verhelfen.

(B) (Abg. Frau **Bösch** [SPD]: Prima, danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage trägt den Titel „**HIV-/AIDS-Prävention in Schulen im Lande Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Schmidtke, Güngör, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Schmidtke!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Im Rahmen welchen Fachunterrichts beziehungsweise fächerübergreifenden Unterrichts und in welchen Klassenstufen wird das Thema HIV/AIDS behandelt?

Zweitens: Wie werden Lehrerinnen und Lehrer für diese Thematik fortgebildet?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die schulische Aufklärung zur HIV-/AIDS-Prävention ist dem Leitfaden „Sexualerziehung“

und den betroffenen Bildungsplänen folgend vorrangig den Fächern Biologie und Politik in der neunten und zehnten Jahrgangsstufe der Sekundarstufe I zugewiesen. Der Leitfaden „Sexualerziehung“ weist dem Thema darüber hinaus fächerübergreifende Verknüpfungen zu. (C)

Selbstverständlich wird das Thema ganzheitlich aufgefasst und schließt daher die Frage der Geschlechtsidentität, der Formen des Zusammenlebens und die Problematik gesellschaftlicher Diskriminierung ein. Für das Thema bieten sich Projekte an. Als schulübergreifendes besonderes Projekt sollen hier die jährlichen schulübergreifenden „dance4Life“-Projekte genannt werden. Ich habe nicht aufgepasst, ich hatte mich verpflichtet, deutsch zu sprechen: Tanz für das Leben.

Zu Frage 2: Für Fortbildung in dieser Frage kooperiert das Landesinstitut für Schule kontinuierlich mit dem Rat und Tat Zentrum Bremen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): In Gesprächen mit Jugendlichen erlebt man zunehmend, dass Jugendliche diese Thematik an den armen Ländern festmachen, AIDS- und HIV-Infektionen finden nicht hier statt. Gibt es Ideen, wie der zunehmenden Sorglosigkeit und dem veränderten Problembewusstsein junger Menschen begegnet werden kann? (D)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Das Beste ist natürlich immer, Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Im Augenblick macht das gerade der Papst für uns. Ich glaube, das Thema ist im Augenblick in aller Munde. Jetzt aber im Ernst: Wir werden demnächst einen neuen Leitfaden vorstellen, also einen überarbeiteten, und ich denke, dann ist es auch wieder einmal an der Zeit, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Das sackt immer wieder weg im Bewusstsein, und ich denke, junge Leute müssen auf dieses Thema vorbereitet werden. Es ist ein wichtiges Thema, und vor allem darf es nicht zum Drohpotenzial unter dem ausschließlichen Seuchenaspekt werden, sondern gehört ja letztlich zum Privaten dazu, und Schule muss auch auf das Leben vorbereiten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Ich finde, wir sind aktueller als der Papst, weil wir heute darüber sprechen. Eine Zusatzfrage aber noch: Gibt es Fortbildungsangebote für Lehrer und Lehrerinnen, um deren aktuellen Kenntnisstand sicherzustellen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

(A) **Senatorin Jürgens-Pieper:** Ja, die gibt es! Ich hatte eben das Rat und Tat Zentrum genannt. Lehrkräfte können sich aber auch andere Fortbildungskurse anschauen, Pro Familia und andere bieten ähnliche Dinge an. Es empfiehlt sich auch durchaus, mit Schülerinnen und Schülern in andere Beratungsinstitutionen zu gehen, das ist natürlich zugleich auch immer Fortbildung für die Lehrkräfte.

Präsident Weber: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Buhlert! – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Frau Senatorin, inwieweit sind das Gesundheitsamt und die AIDS-Hilfe Bremen in diese Prävention und in die Fortbildung mit eingebunden, ist Ihnen das bekannt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Das habe ich jetzt nicht aktuell parat, aber ich kann es Ihnen gern nachreichen, ich denke, sie sind eingebunden.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Nein, danke!)

(B) Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage betrifft den „**Lärmschutz am Arster Zubringer**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Buhlert, Richter, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Buhlert!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Lärmbelastung der Menschen am Arster Zubringer in Höhe Arster Landstraße/Auf dem Arster Kampe?

Zweitens: Wie wird sich die Verkehrs- und Lärmbelastung dort in den nächsten Jahren, insbesondere nach Fertigstellung des Bauabschnitts 2.2 der Bundesautobahn 281, darstellen?

Drittens: Wie wird die Lärmbelastung für die künftigen Anwohner der Neubauten in Höhe Arster Landstraße 61 sein?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Gemäß der europäischen Umgebungs-lärmrichtlinie wurde eine Lärmkartierung auf der Grundlage von Daten des Jahres 2005 im Bundes-

land Bremen durchgeführt. Nach den Ergebnissen dieser Lärmkartierung sind an der Südseite des Autobahnzubringers Arsten einige Anwohnerinnen und Anwohner durch Lärmpegel von mehr als 70 dB(A) über 24 Stunden und mehr als 60 dB(A) in der Zeit von 22 Uhr abends bis 6 Uhr morgens belastet. Diese Belastung wird als hoch eingestuft. Als Auslöseschwellen für die derzeitige Lärmaktionsplanung sind in Bremen 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts festgelegt worden. Innerhalb des Aktionsplans werden im Sinne einer Prioritätensetzung in einer ersten Stufe zunächst Werte von tags 70 dB(A) und nachts 60 dB(A) herangezogen, um die dringendsten Maßnahmen zu definieren, um Entlastungen für sehr stark Betroffene zu schaffen.

Zu Frage 2: Nach Berechnungen des im Rahmen der Planfeststellung hinzugezogenen Gutachters werden gegenüber dem Jahr 2001 die Verkehrszahlen nach Fertigstellung der Bauabschnitte 2.1, 2.2 und 3.1 der A 281 bis 2015 um circa 15 Prozent ansteigen. Die erwartete Erhöhung des Lärmpegels um 0,6 dB(A) kann jedoch vom menschlichen Ohr kaum wahrgenommen werden.

Zu Frage 3: Durch den Verkehr auf der Arster Landstraße wird ein Lärmpegel über 24 Stunden von 66 dB(A) erzeugt. Auf der straßenabgewandten Seite des Hauses 61 wird über 24 Stunden ein Pegel von 63 dB(A) tags und von 55 dB(A) nachts berechnet. Der Bereich in Höhe Arster Landstraße 61 ist Teil eines im Zusammenhang bebauten Innenbereichs. Die Zulässigkeit einer rückwärtigen Bebauung wurde nach Paragraph 34 Baugesetzbuch aufgrund schon vorhandener rückwärtiger Bebauung in der Nachbarschaft im Rahmen einer Bauvoranfrage positiv beschieden.

Bauherren müssen im Rahmen ihrer Eigenverantwortlichkeit infolge des Freistellungsverfahrens nach Paragraph 66 der Bremischen Landesbauordnung zum Beispiel durch den Einbau von Schallschutzfenstern und Lüftungssystemen selbst für den notwendigen Lärmschutz sorgen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Nein, das war vollumfänglich!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf das „**Intranet der Sozialgerichtsbarkeit Niedersachsen und Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frehe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Öztürk!

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

(C)

(D)

- (A) Erstens: Welche Schwierigkeiten bestehen bei der gemeinsamen Nutzung des Intranets der Sozialgerichtsbarkeit in Niedersachsen und Bremen?
- Zweitens: Warum kann das Bremer Sozialgericht nicht auf Urteile im Intranet der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit zugreifen?
- Drittens: Welche kurzfristigen Lösungen zur Lösung des Problems sieht der Senat?
- Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Professor Stauch.
- Staatsrat Prof. Stauch:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:
- Zu Frage 1: Es gibt kein gemeinsames Intranet der Sozialgerichtsbarkeit in Niedersachsen und Bremen. Das Netz des Sozialgerichts Bremen ist Teil des Bremer Justiznetzes. Das Netz des Landessozialgerichts und damit auch der Zweigstelle Bremen ist Teil des niedersächsischen Justiznetzes. Im Bremer Justizzentrum Am Wall bestehen getrennte Netzwerkanschlüsse jeweils für das Sozialgericht und für das Landessozialgericht.
- Es ist in einem föderalen Staat durchaus üblich, dass der Zugriff auf ein Landesnetz auf Stellen des eigenen Landes beschränkt ist. Schwierigkeiten entstehen für die Sozialgerichtsbarkeit aber dadurch, dass das Landessozialgericht Niedersachsen–Bremen eine gemeinsame Einrichtung beider Länder ist, die folglich auch beiden Landesnetzen angeschlossen sein sollte.
- (B) Zu Frage 2: Die Daten des Sozialgerichts Bremen sind Teil des Bremer Justiznetzes. Die Daten der niedersächsischen Sozialgerichte und des Landessozialgerichts einschließlich der Zweigstelle Bremen sind Teil des niedersächsischen Justiznetzes. Zwischen beiden Netzen gibt es bisher keine Verbindung.
- Zu Frage 3: Eine Verbindung der beiden Netze für eine gegenseitige Zugriffsmöglichkeit ist wegen der Zuständigkeitsgrenzen der beiden Länder nicht möglich. Für den Zugriff auf bedeutende Entscheidungen der Gerichte haben alle Richterinnen und Richter in Bremen die Möglichkeit der Recherche in unabhängig von den Landesnetzen bestehenden juristischen Datenbanken. Es gibt auch mehrere andere umfassende Informationsquellen.
- Es wäre aber sinnvoll, auch dem Sozialgericht Bremen alle Informationen des gemeinsamen Landessozialgerichts zur Verfügung zu stellen, die die niedersächsischen Sozialgerichte über ihr Intranet bekommen können. Das Landessozialgericht wird dem Sozialgericht Bremen diese Informationen zukünftig in geeigneter technischer Form ebenfalls zugänglich machen.
- Eine zusätzliche Lösung wäre eine Sammlung der Urteile der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit auf einem Webserver, der Richterinnen und Richtern des Sozialgerichts Bremen über das Internet zugänglich ist. Diese Lösung wäre nur gemeinsam mit Niedersachsen zu erreichen. Der Senator für Justiz und Verfassung wird dazu dem Niedersächsischen Justizministerium einen Vorschlag machen. – Soweit die Antwort des Senats!
- (C) **Präsident Weber:** Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, danke erst einmal für die ausführliche Antwort! Sie haben eben erwähnt, dass das Landessozialgericht Niedersachsen–Bremen eine gemeinsame Einrichtung sei. Im Zuge dessen denke ich an andere Dienststellen, zum Beispiel im Bereich Inneres der Polizei, anderer Landesbehörden, wo eine Kooperation mehrfach stattfindet, auch über das Intranet und Internet. Insofern ist meine Frage, wie zeitnah werden Verhandlungen mit dem Niedersächsischen Justizministerium zu einem Ergebnis führen, kann man es noch dieses Jahr erwarten?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!
- Staatsrat Prof. Stauch:** Es gibt solche Gespräche schon seit längerer Zeit, es gibt erhebliche technische Schwierigkeiten, weil die Niedersachsen natürlich ungern ihr Netz komplett zugänglich machen wollen. Für das Bremer Netz, das teilweise nach anderen Grundlagen verfährt, ist es nicht ganz einfach. Die Verhandlungen laufen bereits, aber ein direkter Zugang zum niedersächsischen Netz ist nicht ohne Weiteres zu gewährleisten.
- (D) **Präsident Weber:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine Anmerkung! Ich würde darum bitten, dass die zuständigen Stellen, wie Ausschüsse und Deputationen, über den aktuellen Verhandlungsstand nach und nach entsprechend unterrichtet werden. – Danke schön!
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!
- Staatsrat Prof. Stauch:** Wir werden den Rechtsausschuss unterrichten!
- Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.
- Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Hafengüterverkehre**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
- Bitte, Frau Kollegin Dr. Schaefer!

(A) Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen):
Wir fragen den Senat:

Erstens: Erachtet der Senat den schrittweisen Ausbau der Gleisgruppe Speckenbüttel kurzfristig zu beginnen für notwendig, und sieht der Senat diese zentrale Gleisanlage im Bremerhavener Hafengüterverkehr neben der Funktion zur Zugbildung und Durchfahrt zunehmend auch in der Funktion als Vorstellgruppe?

Zweitens: Wie bewertet der Senat Ergebnisse der bereits erfolgten Versuchsfahrten mit 1000 Meter langen Zügen zu den Westhäfen, und plant er, sich beim Bundesverkehrsministerium für die Entwicklung eines Konzepts einzusetzen, das dabei auch die nationalen Seehafenstandorte einbezieht?

Drittens: Wie bewertet der Senat eine Reaktivierung des Rangierbahnhofs Bremen zur Entlastung der Güterverkehre oder für andere Zwecke des Schienenverkehrs?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(B) Zu Frage 1: In den vergangenen Jahren sind die Gütertransporte auf der Schiene mit den Container- und Automobilterminals in Bremerhaven stark gestiegen. Beispielsweise erhöhte sich die Stückzahl der auf der Hafeneisenbahn bewegten Container von 288 761 im Jahr 2003 auf 525 389 im Jahr 2008. Der Anteil der Schiene im Hinterlandverkehr stieg im selben Zeitraum von rund 37 auf rund 44 Prozent.

Vor diesem Hintergrund wurde von bremenports die „Betriebliche Untersuchung zur Entwicklung des Schienenverkehrs mit dem Seehafen Bremerhaven“, mcon, Juni 2007, beauftragt. Diese Studie belegt, dass ein reibungsloser Betrieb der Hafeneisenbahn im Prognosejahr 2015 nur dann möglich ist, wenn auch eine Erweiterung des Bahnhofs Bremerhaven-Speckenbüttel um mindestens acht Gleise erfolgt. Die hierfür zuständige DB Netz AG wird die Finanzierungsmöglichkeiten sowie den Zeitrahmen zur Realisierung der Erweiterung des Bahnhofs Speckenbüttel gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zeitnah prüfen.

Aufgrund der räumlichen Entfernung zu den Container- und Automobilterminals ist der Bahnhof Speckenbüttel als Vorstellgruppe nur bedingt geeignet. Die für einen reibungslosen Betriebsablauf erforderliche Kapazitätsausweitung der Vorstellgruppen erfolgt durch Ausbau der Gleisanlagen der Hafeneisenbahn. Die Vorstellgruppe Weddewarder Tief wurde bis Ende 2007 von vier auf acht Gleise erweitert. Die Erweiterung der Vorstellgruppe Imsumer Deich von acht auf 16 Gleise ist in Planung.

(C) Zu Frage 2: Voraussetzung zur Durchführung von Schienengüterverkehren zu und von den bremischen Häfen mit Zuglängen von bis zu 1000 Metern ist die Verfügbarkeit entsprechender Gleislängen auf den genutzten Eisenbahninfrastrukturen.

Die Anlagen der bremischen Hafeneisenbahn in Bremen und Bremerhaven und der DB Bahnhof Speckenbüttel sind nur für Züge mit einer Gesamtlänge von höchstens 700 Metern ausgelegt. Eine Anpassung der Gleislängen auf 1000 Meter würde erhebliche technische, räumliche und wirtschaftliche Probleme aufwerfen und wird deshalb vonseiten des Senats zurzeit nicht verfolgt.

Zu Frage 3: Nach Einschätzung des Senats ist die Lage des derzeit weitgehend ungenutzten Rangierbahnhofs Bremen grundsätzlich geeignet, um an dieser Stelle eine Drehscheibe für Güterverkehre und Containertransporte einzurichten. Dies bedarf aber weiterer Prüfungen und Erörterungen mit der Deutschen Bahn. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen):
Erst einmal herzlichen Dank für die ausführliche Beantwortung! Sie sagen, der ungenutzte Rangierbahnhof sei eigentlich geeignet, und Sie würden es prüfen. Ich gehe davon aus, dass Sie dementsprechende Maßnahmen ergreifen, um diese Möglichkeit dann auch zu nutzen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich glaube, ja. Wir prüfen es, und man muss sehen, dass der Rangierbahnhof Bremen möglicherweise eine gute Verteilerfunktion bekommen könnte, wenn der Jade-Weser-Port in Betrieb ist, das würde auch die Attraktivität des Hafensstandorts Bremen weiter stärken. Wir sind in der Prüfung und werden entsprechend darüber berichten!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen):
Dann darf ich davon ausgehen, dass Sie uns über die Gespräche, die Sie mit der DB und dem Bund führen, zum einen wegen des Bahnhofs Speckenbüttel und zum anderen über den Verlauf der Gespräche zu dem Rangierbahnhof, in den Deputationen auf dem Laufenden halten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das kann ich Ihnen zusichern, wir sind ja sowieso in engen Gesprächen mit der DB Netz AG und ändern gerade Verträge aus dem

(A) 19. Jahrhundert. Wir werden Sie über diese ganzen Verhandlungen und Ergebnisse informieren. Ich glaube, wir haben die richtige Priorität: Wir wollen, dass der Schienenverkehr von und zu den Häfen weiter ausgebaut wird.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Müller.

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, welche maximale Zuglänge in Deutschland erlaubt ist und aufgrund welcher Tatsache das beschlossen wurde?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das kann ich Ihnen im Moment so nicht sagen, aber Sie haben gesehen, wir haben im Moment bis zu 700 Meter Zuglänge. Ich weiß nicht, welche Regelung es gibt, aber ich bin gern bereit, es nachzusehen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. **Müller** (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, wie lang zum Beispiel eine Bahnschranke auf einer stark befahrenen Straße geschlossen werden müsste, um einen 1 000 Meter langen Zug passieren lassen zu können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das wird schon einige Zeit dauern.

(Heiterkeit)

Wir haben deswegen auch gesagt, dass wir diesem Konzept kritisch gegenüberstehen und dass wir – der Senat jedenfalls – keine Überlegungen in diese Richtung anstellen.

Präsident Weber: Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD): Herr Staatsrat, Sie haben darauf verwiesen, dass die Güterverkehre insbesondere auf den Schienen in den vergangenen Jahren stark angestiegen sind. Ich möchte gern einen Hinweis der Kollegin Marken aufnehmen, dass damit natürlich auch der Lärm, der davon ausgeht, stark angestiegen ist, und Sie daher um eine Einschätzung im Hinblick auf längere Zuglängen bitten, und zwar nicht nur unter Aspekten der Wirtschaftlichkeit und der

räumlichen Probleme, sondern auch unter dem Aspekt einer möglicherweise damit verbundenen Lärmbelastung der Menschen an der Strecke.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das ist für uns ein zentrales Thema. Mit der Ausweitung des Bahnverkehrs werden auch die Lärmbelastungen zunehmend größer. Das ist inzwischen auch für die Deutsche Bahn ein ganz großes Problem geworden. Die Akzeptanz, die die Erweiterung von Schienen und Schienenverkehr früher häufig hatte, ist heute vielfach so nicht mehr gegeben. Deswegen müssen wir bei jedem Ausbau sehen, wie wir die Lärmbelastung für die Bevölkerung reduzieren können. Ich glaube, das hat bei allen unseren Überlegungen eine ganz hohe Priorität.

Präsident Weber: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage bezieht sich auf die „**Kostenübernahme von medizinisch indizierter Narkose bei Zahnbehandlung**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Schmidtke, Brumma, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Schmidtke!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bedeutung misst der Senat der regelmäßigen Kontrolle und Behandlung der Zähne insbesondere von Kindern und Menschen mit schweren Behinderungen bei?

Zweitens: Ist sichergestellt, dass die Krankenkassen für diesen Patientenkreis die Kosten übernehmen, wenn Kontrolle und Behandlung medizinisch indiziert eine Narkose erfordern?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat misst der regelmäßigen Kontrolle und Behandlung der Zähne eine große Bedeutung bei. Insbesondere bei Kindern und Menschen mit schweren Behinderungen besteht die besondere Herausforderung, regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen der Zähne und die möglichst zeitnahe Behebung von Mängeln sicherzustellen. In zahlreichen Fällen gelingt dies nur im Rahmen einer Allgemeinanästhesie.

Zu Frage 2: Leistungen, die ein Vertragsarzt im Zusammenhang mit der Behandlung von Zahnkrankheiten auf Veranlassung eines Vertragszahnarztes erbringt, gehören nach den Regeln des Bundesmantel-

(C)

(D)

(A) vertrags „Ärzte“ auch weiterhin zur vertragsärztlichen Versorgung. Dies gilt mithin auch für eine medizinisch indizierte Narkose im Zusammenhang mit einer Zahnbehandlung.

Die Krankenkassen entrichten für die gesamte vertragsärztliche Versorgung ihrer Versicherten mit befreiender Wirkung eine Gesamtvergütung an die Kassenärztlichen Vereinigungen. Damit ist sichergestellt, dass die Krankenkassen auch die Kosten der medizinisch indizierten Narkose bei Zahnbehandlung als Teil der vertragsärztlichen Versorgung übernehmen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Diese Anfrage beruht auf einem aktuellen Anlass. Ich sage jetzt einmal, Unken haben geunkt, die Kassen würden sich diesen Kosten entziehen wollen. Deswegen bin ich hoch erfreut über die Antwort des Senats und habe einfach die Frage, sollten die Signale umschwenken, sollte es hier also mögliche Veränderungen geben, ob Sie, Frau Senatorin, sich imstande sehen, die zuständige Deputation Gesundheit und Soziales entsprechend zu informieren?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

(B) **Senatorin Rosenkötter:** Selbstverständlich!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift „**Entwicklung der Hepatitisserkrankungen im Lande Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Brumma, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Brumma!

Abg. **Brumma** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hat sich die Zahl der meldepflichtigen Hepatitisfälle im Lande Bremen innerhalb der letzten drei Jahre entwickelt?

Zweitens: Gibt es Erkenntnisse darüber, ob Fälle von Hepatitis A und Hepatitis E im Lande Bremen auf Sorglosigkeit bei der Herstellung von Lebensmitteln beziehungsweise der Zubereitung von Speisen in gastronomischen Betrieben zurückgeführt werden können?

Drittens: Wie geht der Senat in solchen Fällen vor, und welche präventiven Maßnahmen gibt es im Land Bremen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bei den meldepflichtigen Hepatitisfällen sind aufgrund der unterschiedlichen Erreger verschiedene Erkrankungsformen zu unterscheiden. Die zum Beispiel durch Lebensmittel übertragenen Fälle von Hepatitis A sind im Land Bremen von 2006 bis 2008 von 15 auf acht Fälle zurückgegangen, bei zum Beispiel konstanter durch Blut übertragener Hepatitis B mit drei bis fünf Meldungen pro Jahr. Beide Formen kommen damit insgesamt selten vor. Hepatitis-C-Erkrankungen sind mit durchschnittlich 44 Fällen pro Jahr etwas häufiger, aber ebenfalls konstant. In den letzten Jahren ist lediglich ein Fall von Hepatitis E gemeldet worden.

Zu Frage 2: Typische Übertragungswege von Hepatitis-Viren können kontaminierte Nahrungsmittel sein oder unsaubere beziehungsweise unhygienische Lebensbedingungen im Sinne einer sogenannten Schmierinfektion. Derartige Fälle sind aufgrund des hohen hygienischen Standards in Bremen selten. Erkenntnisse darüber, dass Fälle von Hepatitisserkrankungen auf Sorglosigkeit bei der Herstellung von Lebensmitteln beziehungsweise der Zubereitung von Speisen in gastronomischen Betrieben zurückgeführt werden können, gibt es nicht.

Zu Frage 3: Als präventive Maßnahme sind primär die engmaschige Routineüberwachung aller sowie zusätzlich die anlassbezogenen Begehungen von Betrieben durch den Lebensmittelüberwachungs-, Tierchutz- und Veterinärdienst zu nennen. In diesem Fall gibt es analog zu anderen durch Lebensmittel übertragbare Erkrankungen eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ämtern. Die erkrankten Personen werden von den Gesundheitsämtern mit dem Ziel befragt, mögliche Infektionsquellen herauszufinden und diese danach einzugrenzen, um eine weitere Verbreitung der Erreger zu verhindern. Wenn es Hinweise für eine lebensmittelbedingte Quelle in einem Gastronomiebetrieb gibt, werden über den Lebensmittelüberwachungs-, Tierchutz- und Veterinärdienst Rückstellproben der ausgegebenen Speisen untersucht. Soweit ein begründeter Verdacht besteht, erfolgen gegebenenfalls entsprechende Auflagen sowie in allen Fällen eine zeitnahe Begehung aller hygienerelevanten Räume eines verdächtigen Betriebs. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Brumma, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Brumma** (SPD): Sind im Land Bremen Männer oder Frauen stärker von Hepatitisserkrankungen betroffen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir haben zunächst einmal gesagt, insgesamt bei der Entwicklung gibt es keine auffälligen Unterschiede. Gleichwohl wissen wir, dass Männer von der Erkrankung mehr betroffen sind.

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Brumma** (SPD): Die Zahlen von Erkrankungen haben sich in Bremen kaum verändert. Dies ist nach einer neuesten Untersuchung des Robert-Koch-Instituts ein gegenläufiger Trend im Gegensatz zum Bundesgebiet. Können Sie das bestätigen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ja, ich kann das bestätigen! Ich habe das ja auch in den Zahlen hier in den Antworten deutlich gemacht, dass wir hier konstant sind mit den Zahlen. Gleichwohl ist es natürlich für jede Erkrankte und jeden Erkrankten ein Leid mit Schmerzen und auch Einschränkungen im Leben, die damit verbunden sind.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Behördenübergreifende Fallkonferenzen als Bestandteil des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Winther, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Winther!

(B) Abg. Frau **Winther** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird das Konzept zur Institutionalisierung von behördenübergreifenden Fallkonferenzen vorliegen, und ab wann können die ersten institutionalisierten Fallkonferenzen stattfinden?

Zweitens: Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit eine behördenübergreifende Fallkonferenz einberufen werden kann, und welche Bedingungen müssen vorliegen, dass eine behördenübergreifende Fallkonferenz einberufen werden muss?

Drittens: Wie viele behördenübergreifende Fallkonferenzen haben bisher stattgefunden, und wer hat daran teilgenommen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Rahmen des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“ erarbeitete eine Projektgruppe der Stadtgemeinde Bremen eine Handlungsanleitung für behördenübergreifende Fallkonferenzen und legte diese im November 2008 zur zunächst projekthaften Erprobung im Bremer Süden vor. Im Jahr 2008 wurden bereits acht Fallkonferenzen auf der Grundlage des neuen Konzepts durchgeführt.

Nach abschließender Abstimmung des Handlungsleitfadens mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit der Freien Hansestadt Bremen können für die Zielgruppe des Handlungskonzepts im Bedarfsfall flächendeckend sogenannte institutionalisierte Fallkonferenzen stattfinden.

Unabhängig davon führen die örtlichen Jugendämter in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven auf Grundlage und nach Maßgabe der geltenden bundesgesetzlichen Bestimmungen in den Paragraphen 36 und 81 des Achten Sozialgesetzbuches bei unterschiedlichsten Problemlagen und Indikationen fallbezogen bereits jetzt jederzeit auch ressortübergreifende Fallkonferenzen durch. Entsprechendes gilt auf Grundlage eines ressortübergreifend erarbeiteten Handlungsleitfadens in der Stadtgemeinde Bremen für schulische Fallkonferenzen der Senatorin für Bildung nach Paragraph 47 a des Bremischen Schulgesetzes.

Zu Frage 2: Eine behördenübergreifende Fallkonferenz im Rahmen der oben genannten Handlungsanleitung ist bei Gefahrenabwendung für das Kind beziehungsweise die Jugendliche, den Jugendlichen, insbesondere bei Selbst- und Fremdgefährdung, angezeigt. Insofern ist die behördenübergreifende Fallkonferenz auch ein Instrument der Kindeswohlsicherung. Voraussetzung für die Einberufung einer behördenübergreifenden Fallkonferenz ist, dass die Abwehr der Gefahr nicht allein mit den eigenen Ressourcen realisiert werden kann und sie durch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit erfolversprechender gelöst werden kann.

Die Berechtigung zur Initiierung einer behördenübergreifenden Fallkonferenz haben alle ständigen Mitglieder, die Polizei Bremen, das Amt für Soziale Dienste Bremen, die Senatorin für Bildung und Wissenschaft mit ihren nachgeordneten Dienststellen. Voraussetzung ist, dass mindestens zwei der drei konstant Teilnehmenden eine derartige Fallkonferenz für erforderlich erachten. Eine darüber hinausgehende Verpflichtung zur Einberufung einer behördenübergreifenden Fallkonferenz wurde nicht vereinbart.

Zu Frage 3: Zwischen dem Bildungs- und Sozialressort haben in der Vergangenheit bereits diverse Fallkonferenzen stattgefunden. Die an dieser Stelle zu behandelnden Fallkonferenzen gehen darüber hinaus und beziehen die Polizei als konstant teilnehmende Behörde und gegebenenfalls andere Ämter ein.

Im Jahr 2008 wurden bereits acht Fallkonferenzen auf der Grundlage des neuen Konzepts durchgeführt. Beteiligt waren neben den ständigen Mitgliedern – Polizei Bremen, Amt für Soziale Dienste Bremen, Landesinstitut für Schule – im Einzelfall auch das Ausländeramt und der Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V., Vaja e. V. – Soweit die Antwort des Senats!

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Ich habe zunächst eine Frage nach dem Datenschutz! Sie haben gerade dargestellt, dass es schon Fallkonferenzen zwischen dem Bildungssenator und der Sozialsenatorin gibt, dass im vergangenen Jahr auch bereits acht Fallkonferenzen nach dem neuen Modell stattgefunden haben. Wo liegt jetzt das Datenschutzproblem?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das Datenschutzproblem stellt sich erst in der Form, wenn fallübergreifend und ressortübergreifend zusammengearbeitet wird. Das heißt, wir haben die verschiedensten Einrichtungen, die auf unterschiedlicher Rechtsgrundlage hier arbeiten. Das ist auf der einen Seite die Polizei, auf der anderen Seite ist das die Sozialverwaltung. Diese Abstimmung zu Fragen des Datenschutzes ist geschehen, und ich denke, wir sind gut beraten, dass wir diesen Weg gewählt haben. Wir sind jetzt am Ende dieses Prozesses angekommen. Jetzt geht es darum, dass die Fallkonferenzen zügig einberufen werden, wenn es erforderlich ist. Insofern ist das Thema Datenschutz erledigt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B)

Abg. Frau **Winther** (CDU): Sehr geehrter Herr Senator, Sie haben eben geschildert, dass diese Fallkonferenzen insbesondere dazu gut sind, Gefahren abzuwehren, insbesondere Selbst- und Fremdgefährdung zu vermeiden. Sind Sie mit mir der Meinung, dass es auch sinnvoll ist, Fallkonferenzen für Risikofamilien einzuberufen, gerade um zu verhindern, dass jüngere Familienmitglieder in eine kriminelle Karriere hineinwachsen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich teile Ihre Einschätzung, dass natürlich auch die Verhinderung von kriminellen Karrieren ein Anlass bei der Einberufung dieser Fallkonferenzen ist. Insofern ist das kein Widerspruch. Wir müssen aber nicht auf Problemfamilien abstellen, sondern wir nehmen einen konkreten Einzelfall, und wenn die Voraussetzungen gegeben sind, wird die Praxis das auch regeln.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Welche Erfahrungen haben Sie mit den acht Fallkonferenzen gemacht, die im vergangenen Jahr durchgeführt worden sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Positive, durchweg positive Rückmeldungen, weil zum ersten Mal auch die vereinbarten Maßnahmen kontrolliert werden! Wir haben ein System der Meldung, und ich denke, dass wir eine Qualität erreicht haben, die wir in dieser Form bisher nicht gesehen haben.

(C)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Zukunft der Designförderung im Lande Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Kau, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Winther!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Kollege Kau ist nicht da, ich bitte ihn zu entschuldigen und übernehme die Anfrage. Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Aufgaben, die bisher durch die Design GmbH wahrgenommen wurden, werden durch wen und in welcher konkreten Arbeitsstruktur nach deren Auflösung und Verschmelzung mit der BIG auch künftig wahrgenommen?

Zweitens: Welche Auswirkungen hat die Auflösung der Design GmbH auf das Wilhelm-Wagenfeld-Haus?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

(D)

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Design ist ein wesentlicher Bestandteil der Kreativwirtschaft und wird insofern Bestandteil der wirtschaftsfördernden Aktivitäten. Die bisherige Designförderung – Designberatung, Designtransfer – der Bremer Design GmbH wird mit den Aktivitäten zur Kreativwirtschaft in der BIG zusammengeführt und fortgesetzt. Die einzelbetriebliche Designförderung wird angesichts der notwendigen Konsolidierung der Förderprogramme sowie vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der Innovationspolitik eingestellt. Die Zuständigkeit für die Förderung der Kreativwirtschaft liegt bei der BIG in der Abteilung Innovation. Die Aktivitäten des Designlabors Bremerhaven werden eigenständig fortgeführt. Zurzeit wird eine Integration des Designlabors in die BIS geprüft.

Zu Frage 2: Nach der Verschmelzung der Bremer Design GmbH im ersten Halbjahr 2009 auf die BIG ist die BIG neuer Partner des Wagenfeld-Hauses und wird gemeinsam mit der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung die Marke „Wilhelm Wagenfeld Haus – Design im Zentrum“ inhaltlich fortführen. Gemeinsam soll der begonnene Weg der Kooperation zwischen Kultur und Wirtschaft weiterentwickelt werden.

Ziel ist es, im Rahmen des aufgebauten Profils des Hauses ein Programm anzubieten, das überregionale Aufmerksamkeit hervorruft und den Dialog zwischen

- (A) Unternehmen und kreativen Partnern unterstützt. Dabei sollen neben herausragenden nationalen und internationalen Beispielen vermehrt regionale Akteure der Kreativwirtschaft eine wichtige Rolle spielen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Staatsrat, Sie haben eben gesagt, Ziel sei es, die Marke Wagenfeld bekannt zu machen und zu vermarkten. Das ist in der Vergangenheit mit einer Reihe von Ausstellungen geschehen. Für dieses Jahr muss das die Wagenfeld-Stiftung allein übernehmen, mittel- und langfristig wird sie dies aber nicht allein können. Wird die BIG als Projektbegleiter und Projektpartner in diesem Fall auftreten, und – so muss es ja sein – wird die BIG dann Ausstellungen organisieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

- (B) **Staatsrat Dr. Heseler:** Das Wilhelm-Wagenfeld-Haus wird nicht allein überleben, sondern wird vom Senator für Kultur und vom Senator für Wirtschaft und Häfen gefördert. Wir werden – das haben wir ausdrücklich gesagt – das Wilhelm-Wagenfeld-Haus weiter unterstützen, das heißt auch, dass wir uns an Ausstellungen beteiligen. Für uns gibt es zwei Aspekte: Der erste Aspekt ist, wir haben einen engeren finanziellen Rahmen zur Verfügung, in dem wir uns bewegen müssen, deswegen haben wir die Design GmbH als Gesellschaft aufgelöst.

Der zweite Aspekt ist, wir wollen die Unternehmen, die Kreativwirtschaftler, sehr stark einbeziehen. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg, und deshalb werden wir auch in diesem Jahr – vor allem ab dem nächsten Jahr – gemeinsam mit der Wagenfeld-Stiftung Ausstellungen und Veranstaltungen durchführen. Ich habe den Eindruck, dass es auf große Unterstützung seitens der Designer und der Kreativwirtschaft stößt, weil sie jetzt viel stärker mit einbezogen werden als in der Vergangenheit.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Beeinflusst diese Neukonstruktion die Immobilie des Wagenfeld-Hauses?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Im Moment kann ich das nicht erkennen. Wir haben jedenfalls bisher keinerlei Überlegungen und Aktivitäten in diese Richtung unternommen, das ist ja eine relativ komplizierte Konstruktion. Im Moment haben wir keine Absichten in diese Richtung.

Präsident Weber: Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Krusche. (C)

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, können Sie uns etwas über die finanzielle Ausstattung des Designlabors in Bremerhaven einerseits und die Förderung für die Kreativwirtschaft in Bremen andererseits sagen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Wir mussten beide Einrichtungen, sowohl die Designförderung in Bremen als auch das Designlabor in Bremerhaven, kürzen. Das Designlabor in Bremerhaven wird nach unserer Vorstellung – wenn ich mich richtig erinnere – weiter 240 000 Euro pro Jahr bekommen, das entspricht einer Kürzung, wie sie auch in Bremen vorgenommen wird. Wir sind davon überzeugt, dass wesentliche Aufgaben des Designlabors – wo auch immer, ob in der BIS oder in anderen Einrichtungen – fortgeführt werden können, insbesondere kann das Stipendiatenmodell weiter fortgeführt werden.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben nichts zur Bremer Förderung gesagt. Wie hoch ist sie im Verhältnis zur Bremerhavener Förderung? (D)

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Sie ist etwas höher, ich kann Ihnen im Moment nicht die genauen Zahlen sagen, ich werde sie Ihnen aber nachliefern. Es ist deutlich zu sagen, dass der Kultursenator engagiert bleibt und wir so viel Geld geben, dass Veranstaltungen weiter durchgeführt werden können. Worauf wir sehr setzen, ist, dass sich die Unternehmer selbst mit an der Finanzierung solcher Veranstaltungen beteiligen. Das könnte und sollte in Zukunft mehr werden, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Studentinnen und Studenten der Hochschule für Künste äußern den Wunsch nach einem Gründungszentrum mit der Perspektive, dass sie, wenn sie mit ihrem Studium – was ja auch die kreativen Branchen betrifft – fertig sind, hier in Bremen bleiben können und nicht in andere Städte wie etwa Berlin, Hamburg oder Köln, die bekannt für die Kreativwirtschaft sind, müssen. Sehen Sie Möglichkeiten des Senats, dieses Anliegen der Studentinnen und Studenten der Hochschule für Künste zu unterstützen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

(A) **Staatsrat Dr. Heseler:** Es ist unser Ziel, dass Studentinnen und Studenten, die hier ein Examen machen, möglichst auch hier tätig bleiben. Wir wollen deswegen die Existenzgründung fördern. Der Senator für Wirtschaft und Häfen hat die Absicht, noch in diesem Jahr aus Effizienzgewinnen, die wir aus der Zusammenlegung der Gesellschaften BIG, BMG und HVG erzielen, ein Programm für Kreativwirtschaft und lokale Ökonomie aufzulegen. Ich hoffe, dass wir das im Mai oder Juni fertig haben. Dieses Programm soll dazu dienen, gerade Designerinnen und Designern zu helfen, dass sie sich in Bremen selbstständig machen können und damit die Design- oder Kreativszene verstärken.

Präsident Weber: Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD): Herr Staatsrat, steht dieser Sondertopf, den Sie eben angesprochen haben, auch Bremerhaven zur Verfügung?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Natürlich! Ich möchte es deutlich sagen, bei diesem Programm geht es vor allem um Beratungsangebote. Diese Beratungsangebote gelten für alle Unternehmen, die im Land Bremen ihren Sitz haben, sowohl für Bremerhaven als auch für Bremen. Wir werden auch Bremerhavener Designerinnen und Designer stärken können.

(B)

Präsident Weber: Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Staatsrat, natürlich muss man noch einmal nachfragen! Bedeutet es jetzt, wenn die BIS das Designlabor Bremerhaven übernimmt, dass mit Bremer Förderung ein eigenständiges Designlabor in Bremerhaven existiert?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich habe es in der Antwort gesagt, das Designlabor bleibt eigenständig und als Marke erhalten. Wir suchen den Träger, und da haben wir verschiedene Ideen geprüft, auch die BIS prüft es im Moment. Wenn die BIS es will, wird sie der neue Träger des Designlabors werden, wenn sie es nicht macht, bleibt es so, wie es im Moment ist, nämlich bei der BIG.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Bödeker** (CDU): Ich gehe aber davon aus, Herr Staatsrat, dass die Finanzierung trotzdem beim Land bleibt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das Land finanziert die Designförderung insgesamt und auch in Bremerhaven!

(C)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage trägt die Überschrift „**Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Hiller, Frau Busch, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Hiller!

Abg. Frau **Hiller** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Was unternimmt die bremische Wirtschaftsförderung im Bereich Technologietransfer und Innovation, um der bremischen Wirtschaft und Wissenschaft den Zugang zu den Fördermöglichkeiten der Europäischen Union zu erleichtern, und welche relevanten europäischen Förderprogramme nutzen die Wirtschaft und Wissenschaft im Lande Bremen?

Zweitens: Welche Schritte unternimmt die bremische Wirtschaftsförderung, um Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen in europäische Netzwerke beziehungsweise Kooperationen im Bereich Technologietransfer und Innovation einzubringen?

Drittens: Welche Aktivitäten sind im Rahmen des diesjährigen europäischen Jahres der Kreativität und Innovation im Lande Bremen und seinen Städten geplant?

(D)

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Akquisition von Fördermitteln des Bundes und der EU ist eine zentrale Aufgabenstellung der Innovationspolitik. Die bremische Wirtschaftsförderung bietet hier den bremischen Unternehmen und Hochschulen mit Newslettern, Informationsveranstaltungen und Workshops zu speziellen Themen und Ausschreibungen eine ganze Reihe von Informationsangeboten bis hin zur konkreten und individuellen Beratung bei der Antragstellung.

Für Technologietransfer und Innovation werden von der EU eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten angeboten, die an dieser Stelle nicht umfassend dargestellt werden können. Im Wesentlichen werden von den bremischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen jedoch die Forschungsrahmenprogramme der EU und die Programme zur Unterstützung der interregionalen Zusammenarbeit, die sogenannten Interreg-Programme, genutzt.

Zu Frage 2: Auch bei der Einbindung von Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen in europäische Netzwerke und Kooperationen setzt die neu ausgerichtete Innovationspolitik einen Schwerpunkt

(A) ihrer Aktivitäten, weil das Mitwirken an Clustern und Netzwerken die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der teilnehmenden Unternehmen erhöht. Die Wirtschaftsförderung ist hier auf vielschichtige Weise aktiv. Beispielhaft seien an dieser Stelle die Aktivitäten im Rahmen des Enterprise Europe Network der Europäischen Kommission, EEN, genannt, die seit 2008 gemeinsam von BIG, BIS und dem Unternehmen „Die Denkfabrik“ durchgeführt werden. Ziel dieses europäischen Netzwerks mit circa 500 Partnerorganisationen ist vor allem die Kooperationsvermittlung zur Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft bei ihren Aktivitäten auf dem europäischen Markt, wobei über Datenbanken und direkte Ansprache passgenau Kooperations- und Exportpartner für die bremische Wirtschaft vermittelt werden.

Exemplarisch sei hier außerdem erwähnt, dass sich Bremen unter anderen mit Groningen, Oldenburg und Hamburg zu einem „Project Development Team“ zusammengeschlossen hat, um gemeinsam Interessen und Ansätze zur Entwicklung der Kreativwirtschaft in einem Interreg-Projekt mit dem Titel „Creative City Challenge“ mit weiteren Regionen aus dem Nordseeraum zu entwickeln.

(B) Zu Frage 3: Mit dem europäischen Jahr der Kreativität und Innovation ergeben sich Chancen für Bremen, sich überregional als Standort der Kreativwirtschaft zu positionieren. Dabei steht derzeit die Durchführung von Veranstaltungen im Vordergrund, die thematisch das europäische Jahr der Kreativität und Innovation aufgreifen. Beispielhaft sei hier die Veranstaltungsreihe „Klub Analog“ genannt, die in elf über das Jahr verteilten Events die Kreativwirtschaft thematisiert. Darüber hinaus werden in 2009 mehrere Veranstaltungen des i2b Netzwerkes auf das Thema „Kreativwirtschaft“ fokussieren. Des Weiteren wird es zur Darstellung Bremer Kompetenzen eine Veranstaltung zum Thema „Kreativwirtschaft“ in der Vertretung der Freien Hansestadt Bremen in Brüssel geben. Darüber hinaus erarbeiten die BIG und die Bremer Aufbaubank, BAB, aktuell ein spezifisches Förderprogramm, um kleine und mittlere Unternehmen aus der Kreativwirtschaft und der lokalen Ökonomie mit Mikrokrediten zu unterstützen. Das Förderprogramm soll aus den Effizienzgewinnen, die durch die Zusammenlegung der wirtschaftsfördernden Gesellschaften entstehen, finanziert werden. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Hiller** (SPD): Erst einmal vielen Dank für die ausführliche Beantwortung dieser Anfrage. Es würde mich interessieren, Herr Staatsrat, ob Sie die Meinung teilen, dass Bremer Unternehmen und auch Forschungseinrichtungen sehr von der Europäischen Union profitieren und dass sie gerade hier in unserem Land auch sehr darin unterstützt werden, Spitzenreiter zu sein, Fördermittel zu bekommen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

(C)

Staatsrat Dr. Heseler: Ich glaube, dass Bremen überproportional von Europäischen Mitteln profitiert. Wir haben sehr viele Anstrengungen unternommen, sowohl was die Wirtschaftsförderung, insbesondere dieses europäischen Netzwerks mit der Denkfabrik, aber auch die Wissenschaftsinstitutionen angeht. Die Hochschulen unterhalten eigene Einrichtungen, und wir haben viele gute Forschungsinstitute, die in Europa sehr erfolgreich akquirieren. Für uns ist das ein ganz wichtiger Faktor, zum einen, um Mittel, die wir selbst im Landeshaushalt nicht mehr zur Verfügung haben, durch geeignete nationale und europäische Institutionen fördern zu lassen, zum anderen aber auch, um den Netzwerkgedanken nicht nur national, sondern europaweit zu betreiben.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau **Hiller** [SPD]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Dr. Spieß.

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Herr Staatsrat, wir wissen, dass die Hochschulen in der Akquise von Drittmitteln deutschlandweit sehr stark führend sind. Wie gehen Sie denn vor, diese Materialien, die Sie bezüglich der Information zur Verfügung stellen, an zum Beispiel kleinere und mittlere Unternehmen, die daran Interesse haben könnten, zu verteilen? Im Zusammenhang mit dieser Frage: Wie gehen Sie in Fachbereichen an den Hochschulen vor, die in diese Akquise vielleicht noch nicht so stark involviert sind?

(D)

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Als Erstes, was die Unternehmen angeht, versuchen wir, die Unternehmen durch „Die Denkfabrik“ und andere Institutionen direkt einzubeziehen. Ich will hier auch besonders auf Netzwerke wie i2b hinweisen, die ja – Sie kennen das – inzwischen eine breite Verankerung in der Stadt, und zwar in beiden Städten, in Bremen und in Bremerhaven, haben. Dort kommen sehr viele kleine und mittlere Unternehmen zusammen. Wir nutzen die Internetauftritte der BIG und der BIS sehr stark dafür. Ich glaube, wir erreichen die Unternehmen ganz gut. Natürlich kann man immer noch etwas verbessern, deswegen haben wir aber auch dieses EEN-Projekt, um da noch näher, gerade zu den kleinen und mittleren Unternehmen zu kommen.

Präsident Weber: Frau Dr. Spieß, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Konkret dazu: Wissen Sie, wie viel Prozent an neuen kleineren und middle-

(A) ren Unternehmen oder auch Hochschulakquisen Sie dadurch erreichen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das kann ich Ihnen so spontan nicht sagen. Das ist, glaube ich, auch gar nicht so einfach zu beantworten. Wir haben jedenfalls das Ziel, auch neue Partner zu gewinnen. Ich werde einmal sehen, ob wir Zahlen dazu finden, ob wir das ein bisschen genauer untersuchen können und sage Ihnen dann dazu Bescheid.

Präsident Weber: Frau Kollegin Dr. Spieß, eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Die Kofinanzierung ist gerade im 7. Forschungsrahmenprogramm ja ziemlich schwierig, gerade weil auch die Summen in diesem Forschungsrahmenprogramm erhöht worden sind. Das wird natürlich auch bei manchen Projekten zu Schwierigkeiten führen. Leisten Sie hier Hilfestellung durch bestimmte Akquise von kompetenten Wirtschaftspartnern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

(B) **Staatsrat Dr. Heseler:** Gerade die Bildung von Netzwerken kann so etwas sein, dass man versucht, mehrere Unternehmen zu gewinnen, die allein nicht in der Lage sind, EU-Programme zu beantragen. Wir versuchen, dass wir dort Partner und Institutionen finden, die mithelfen können, ein Netzwerk zusammenzubringen und damit den privaten Anteil zu erbringen. Gelegentlich gehen wir auch mit eigenen Mitteln dort hinein. Wir versuchen schon, Wege zu finden, wie auch kleine Unternehmen an europäischen Programmen partizipieren und die häufig erforderlichen 50-Prozent-Anteile aufbringen können.

Präsident Weber: Frau Kollegin Dr. Spieß, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Sie hatten von einer Datenbank gesprochen, wo eben die Unternehmen, Sie haben sie in großer Zahl genannt – -. Wer hat Zugang zu diesen Datenbanken, und wie erfolgreich ist der Kontakt, der dadurch aufgenommen wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Zunächst einmal baut die EEN im Rahmen ihres Netzwerks „Die Denkfabrik“ eine solche Datenbank auf. Wir haben natürlich bei der BIG auch eine sehr gute Unternehmensdatenbank, da gelten aber sehr hohe Datenschutzbestimmungen, die wir nicht so einfach überwinden können. Wir haben aber, was die europäischen Programme angeht, heute auch über die BIG gute Informationen und Datenbanken.

Präsident Weber: Frau Dr. Spieß, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr! (C)

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Welche Rolle spielt dabei die Bremer Vertretung in Brüssel? Liefert sie Ihnen auch Kontakte, die Sie dann weitergeben können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Die Bremer Vertretung in Brüssel macht eine ausgezeichnete Arbeit. Wir sind sehr eng mit denen verbunden. Wenn es um Antragstellung oder Informationsvermittlung geht, bekommen wir einen erheblichen Teil über die Bremer Vertretung. Ich glaube, wir sind in Brüssel im Ländervergleich auch sehr gut aufgestellt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Frau Dr. Spieß, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Ich hätte die Zusatzfrage, da jetzt die Datenbank erstellt wird, die vielleicht den Zugang auch für die Hochschulen zu Wirtschaftspartnern erleichtert: Wann sehen Sie die Möglichkeit, diese zur Verfügung zu stellen? (D)

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Wir werden uns bemühen, das möglichst schnell zu machen. Ich werde das zum Anlass nehmen, noch einmal direkt mit den Akteuren zu sprechen, wie wir das auch Unternehmen und Einrichtungen wie dem VDI-Technologiezentrum und anderen schnell zur Verfügung stellen können.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Dazu direkt: Würden Sie diese Kenntnis dann auch dem Wissenschaftsausschuss mitteilen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das darf ich, glaube ich, nicht selbst machen, aber das wird mein Kollege Herr Othmer gern machen. Wir haben sowieso die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft als einen ganz zentralen Schwerpunkt unserer Tätigkeit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(A) **Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Ich hätte noch die Zusatzfrage: Sie haben unter Punkt drei von einem speziellen Förderprogramm gesprochen. Wie wird die Information sein, dass man sich auch dementsprechend mit kleinen und mittleren Unternehmen beteiligen kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Wenn es gut läuft, werden wir im Mai oder Juni in die Deputation gehen. Das wird wahrscheinlich nicht nur die Deputation für Wirtschaft sein, sondern auch die Deputation für Arbeit. Dann werden wir dieses Programm in den Senat und natürlich in den Haushalts- und Finanzausschuss bringen. Dann wird das Programm öffentlich bekanntgegeben. Dann werden wir sehen, dass wir eine breite Öffentlichkeit finden, damit sich auch jeder bewerben kann, der in diesem Bereich tätig ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau **Dr. Spieß** [CDU]: Nein, danke!)

(B) Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

(Abg. **Focke** [CDU]: Durfte kein Thema!)

Lieber Herr Kollege Focke, alles hat hier seine Richtigkeit, das möchte ich noch einmal betonen!

Kein neuer Parteienstreit: Bildungskonsens unverzüglich unterschreiben

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/735)

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete **Röwekamp**.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich

gebe es gleich zu Beginn dieser Debatte zu, und Sie werden es vielleicht im weiteren Debattenverlauf auch merken, auch als langjähriger Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft und auch mit einer gewissen Erfahrung als Redner hier im Parlament gibt es noch immer Debatten, vor denen man selbst ein bisschen aufgeregt und nervös ist. Das trifft auf mich heute zu, und zwar insbesondere deswegen, weil ich auf der einen Seite sehe, dass wir heute aus Anlass des Antrags der CDU-Fraktion über ein Thema reden, das allen in diesem Parlament vertretenen Parteien in ganz besonderer Weise am Herzen liegt, das uns über viele Jahre und Jahrzehnte hier im Parlament auch schon miteinander gemeinsam befasst hat und von dem zumindest vier der in diesem Parlament vertretenen Fraktionen kurz vor Weihnachten das Gefühl gehabt haben, eigentlich die Gewissheit gehabt haben, dass ein langjähriger Streit insbesondere um die Strukturen von Bildungsinfrastruktur in Bremen beseitigt worden wäre.

Es ist also ein wichtiges Thema, aber die Aufregung rührt natürlich auch ein bisschen daher, dass die Versuchung groß ist, in Anbetracht der Diskussionen, die sich in der letzten Woche ereignet haben, heute im Parlament nicht darüber zu streiten, wie man vielleicht die in der letzten Woche verloren gegangene Gemeinsamkeit möglichst schnell und möglichst einvernehmlich wieder herstellen kann, sondern Politik auch in Bremen reflexartig in das zurückfällt, was Menschen an Politik nicht schätzen, nämlich die Erledigung des Tagesordnungspunktes durch wechselseitige Schuldzuweisung.

Ich will deswegen für die CDU-Fraktion an dieser Stelle erklären: Wir werden uns an solchen Schuldzuweisungsdebatten über die Frage, wer die Verantwortung dafür trägt, dass es in der letzten Woche nicht zur Unterzeichnung des Bildungskonsenses gekommen ist, nicht beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Die Vorsitzenden der in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sind sich einig, dass es angesichts der großen Herausforderungen im Bremischen Schulsystem nötig ist, den jahrzehntealten Streit über die Schulentwicklung zu beenden. „Sie wollen allen Beteiligten – den Schulleitungen, den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern – signalisieren, wenn sie sich jetzt in den gemeinsam verabredeten Reformprozess begeben, dass ihnen seitens der Politik eine verlässliche Zeit zugesichert wird, sich qualitativ weiterzuentwickeln.“ Das ist nicht von mir, sondern das ist die Einleitung der Verständigung, die die vier von mir eben genannten Parteien am 19. Dezember 2008 miteinander gefunden haben.

Ich frage an dieser Stelle insbesondere die FDP, aber auch Bündnis 90/Die Grünen: Was hat sich daran eigentlich geändert seit dem 19. Dezember 2008? Ich

(A) erkläre für die CDU-Fraktion, wir tragen diesen Gedanken unverändert und uneingeschränkt fort. Wir wollen uns in einem parteiübergreifenden Konsens auf eine gemeinsame Entwicklung des bremischen Bildungssystems zum Wohle der Kinder in den beiden Städten unseres Landes mit Ihnen verständigen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vielleicht bin ich schuld, dass das Programm, das wir uns gemeinsam vorgenommen haben, in der letzten Woche wieder ins Gerede gekommen ist. Ich gebe zu, ich habe in den Verhandlungen Wert darauf gelegt, dass dieses Papier nicht nur in einer Runde verständigt und nach Gremienverfassung der Parteien auch als verständigt gelten darf, sondern ich habe Wert darauf gelegt, dass dieses Papier auch öffentlich unterzeichnet wird.

Hätte ich das nicht gemacht, wäre letzte Woche kein Termin geplatzt, sondern dann wäre der normale Lauf der Debatte gewesen: Wir haben uns am 19. Dezember 2008 unter Gremienvorbehalt verständigt, der Gremienvorbehalt ist von den vier Parteien, die das hier unterschrieben haben, überraschenderweise sehr schnell und sehr eindeutig aufgelöst worden. Sowohl die CDU als auch die SPD als auch Bündnis 90/Die Grünen als auch die FDP haben ihre Gremien in der Partei damit befasst, und alle Gremien haben mit unterschiedlichen Voten, am deutlichsten die Sozialdemokraten, beschlossen, dass dieses Papier für die nächsten zehn Jahre Geltung hat.

(B) Aber ich habe aus gutem Grund darauf bestanden – wie sich jetzt im Nachhinein auch zeigt –, dass das nicht reicht, sondern dass die Zustimmung zu diesem Papier auch durch eine öffentliche Unterzeichnung garantiert werden soll. Das Verhalten der FDP-Fraktion in der letzten Woche zeigt, man kann sich auf mündlich gegebene Zusagen der Liberalen in Bremen nicht verlassen, man muss sie schriftlich unter einem Papier haben, damit es etwas wert ist. Ich bedauere das sehr, aber es zeigt, dass es richtig war, diesen Termin für den 11. März auch anzusetzen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe das Verhandlungsgeschick insbesondere unserer Bildungsministerin in dieser Runde bewundert. Ich will das an dieser Stelle auch sagen: Ohne Ihren Beitrag, sehr geehrte Frau Senatorin Jürgens-Pieper, hätte es diese Verständigung nicht gegeben. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Ihnen auch im Namen der CDU-Bürgerschaftsfraktion bedanken.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Verständigung ist aber auch zustande gekommen, weil die Parteien der vier hier im Parlament ver-

tretenen Fraktionen sich natürlich aufeinander zu bewegt haben. Dieser Vertrag ist keiner, bei dem man sagen kann, das ist 100 Prozent SPD, das ist 100 Prozent CDU oder 100 Prozent FDP.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht in Ihrer Zeitung anders!)

Nein, das steht auch in unserer Zeitung nicht anders!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Gewinner!)

Wir haben Gewinner und Verlierer dieser Verständigung gefunden, aber nicht an den Verhandlungen gemessen, sondern gemessen an den Ansprüchen, mit denen man in diese Verhandlungen gegangen ist, Herr Dr. Güldner, im Übrigen nicht parteipolitisch zugeordnet. Die Gewinner der Zeitung, die Sie zitieren, sind Frau Jürgens-Pieper, die Kinder in den beiden Städten unseres Landes und die Vertreter der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Auch deswegen will ich sagen, ich finde es schon merkwürdig, wie oft in diesem Parlament in letzter Zeit über eine CDU-Mitgliederzeitung miteinander gesprochen wird. Das ehrt uns, und ich habe gebeten zu prüfen, ob wir die nicht in Zukunft wöchentlich herausgeben wollen. Aber, Herr Dr. Güldner, ich kann Ihnen nur empfehlen: Verkaufen Sie sich nicht unter Wert! Verstecken Sie sich als eine große Fraktion mit langjähriger bildungspolitischer Tradition nicht hinter der Ausrede, wir stimmen nicht mehr zu, weil die CDU etwas Böses geschrieben hat! Das wird Ihren eigenen Ansprüchen in dieser Debatte nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Aber eigentlich wollte ich mit der FDP anfangen. Ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich das sehr konstruktive Verhalten des Fraktionsvorsitzendenkollegen und ehemaligen Landesvorsitzenden Uwe Woltemath loben. Ich weiß jetzt nicht, ob Ihnen das nützt oder schadet, aber es ist auf jeden Fall ernst gemeint. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir ohne Ihren konstruktiven Beitrag während der Verhandlungen, aber auch bei der weiteren Beratung innerhalb der FDP, nicht so weit gekommen wären, wie wir gekommen sind. Ich habe hohen Respekt davor, dass Sie wegen der inneren Zerrissenheit Ihrer eigenen Partei die persönlichen Konsequenzen gezogen haben. Auch das ist nicht selbstverständlich und verdient die Anerkennung und den Respekt der politischen Mitbewerber.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe heute den Brief bekommen, den die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden ziemlich eilig nach Ihrem Rücktritt geschrieben haben: Der König ist tot, es lebe der König! Dass ausgerechnet der-

(C)

(D)

(A)jenige den Brief unterschreibt, der die Verhandlungen ganz maßgeblich auch für die FDP-Fraktionen geführt hat, hat mich in besonderer Weise erschüttert. Es belegt aber auch, selbst wenn die FDP letzten Mittwoch unterschrieben hätte, wäre diese Unterschrift nichts wert gewesen. Das will ich an dieser Stelle auch sagen. Man kann sich auf die FDP in unserem Bundesland offensichtlich nicht verlassen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das ist der klassische Beweis dafür, wie man politisches Vertrauen, aber auch Glaubwürdigkeit von Politik insgesamt verspielen kann, und ich finde, Sie haben nicht nur damit dem geeinten Kompromiss der Zukunft der Bildung unserer Kinder einen Bärendienst erwiesen, sondern Sie haben uns allen im Ansehen der Bevölkerung dadurch geschadet, dass Sie ein solch kleinkariertes parteiinternes Gezeter angestimmt haben, nachdem wir eine so große Einigung miteinander erzielt hatten.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe mich über die Reaktion von Bündnis 90/Die Grünen gewundert. Ja, ich weiß, und das ist auch deutlich geworden, das, was wir miteinander verabredet haben, hat insbesondere die Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Stahmann, der ich von dieser Stelle aus auch im Namen der CDU-Fraktion die besten Genesungswünsche übermitteln möchte,

(B)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

gequält, weil sie engagiert gekämpft hat für ihre, ich sage einmal, Idealvorstellung von bildungspolitischer Infrastruktur, für den möglichst langen gemeinsamen Unterricht von Klasse 1 bis 10, aber ich habe hohen Respekt davor gehabt, dass sie sich am Ende in der Abwägung – setze ich mich jetzt stärker durch oder schaffen wir es tatsächlich für 10 Jahre, den parteipolitischen Ideologiestreit zu beenden? – dafür entschieden hat zu sagen, ich stelle meine Bedenken zurück und begebe mich in diese Phase der Einigung und Einigkeit. Ich fand das gut, und ich weiß, dass das für Sie innerparteilich, aber auch von der Ausgangslage her vielleicht mit am schwersten gewesen ist, das will ich ausdrücklich sagen. Deswegen habe ich auch hohen Respekt und Anerkennung für das, was Sie im Nachgang zu der Vereinbarung vom 19. Dezember 2008 miteinander diskutiert und als Ergebnis vorgelegt haben.

Ich habe mich aber deswegen gewundert, weil ich glaube, dass Sie sich unter Wert verkaufen, wenn Sie als Argument für Ihre Absage, zwei Stunden, nach-

dem die FDP ausgestiegen ist, eine alte CDU-Zeitung nehmen, (C)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo Frau Stahmann als parteiinterne Verliererin bezeichnet worden ist!)

ja, in der Sie als Verlierer beschrieben worden sind, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie in Ihren parteiinternen Beratungen sicherlich auch transportiert haben, was Sie alles in diesem Bildungskompromiss durchgesetzt haben. Es ist doch völlig klar, für die innerparteiliche Akzeptanz eines Konsenses ist es doch erforderlich, den eigenen Leuten zu sagen, inwieweit man sich als eigene Partei durchgesetzt hat, das ist doch auch unser gemeinsamer Anspruch gewesen, aber wichtig ist doch, dass man das Gemeinsame am Ende nicht aus den Augen verliert.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist das Problem bei Ihnen!)

Ich erkläre für die CDU-Fraktion, wir verlieren das Gemeinsame dieses Konsenses nicht aus den Augen.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es auch ein bisschen beschämend, und ich glaube, das nährt auch den Eindruck, dass das, was Sie sagen, vorgeschoben ist und dass Sie die FDP als Grund dafür nehmen, dass Sie selbst aussteigen wollen. Dass diese nicht nur zahlenmäßig, sondern auch in der politischen Debatte so überzeugende Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, die immerhin an der Regierung beteiligt ist, sich in dieser Frage hinter solch einer Trümmertruppe wie der FDP verstecken muss, finde ich, wird ihren eigenen Leistungen nicht gerecht. Entweder Sie sagen, wir wollen das nicht mehr, oder aber Sie sagen, wir stehen zu dem, was wir verabredet haben, aber versuchen Sie nicht, Gründe zu finden für Ihren eigenen Ausstieg, und versuchen Sie nicht, in eine Schulddebatte für das Scheitern eines Konsenses einzusteigen, der aus meiner Sicht und aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion noch nicht gescheitert sein muss! Ich bin bereit, dafür zu kämpfen, dass wir das am Ende unterschreiben, was wir miteinander verabredet haben. (D)

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Dringlichkeitsantrag haben wir heute eingebracht, weil die Bildungsdeputation im April die erste Runde über den Entwurf des Bremer Schulgesetzes drehen will und weil für die Beratung in der Deputation, zumindest aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion, ganz maßgeblich ist, ob es den über-

(A) parteilichen Konsens gibt oder nicht. Ich sage an dieser Stelle, es wird Nachverhandlungen mit der CDU-Bürgerschaftsfraktion nicht geben, und ich sage für die CDU-Fraktion und für die Partei an dieser Stelle auch ganz offen, für uns hängt ganz entscheidend davon ab, ob wir am Ende der Schulgesetznovelle der Senatorin zustimmen oder nicht, dass der überparteiliche Konsens vom 19. Dezember 2008 auch definitiv vereinbart und unterschrieben wird. Gibt es diesen Konsens nicht, gibt es keine gemeinsame Schulgesetznovelle! Frau Senatorin, deswegen habe ich die herzliche Bitte, dass Sie sich auch persönlich in den nächsten Tagen und Wochen dafür einsetzen, mit den gleichen guten Argumenten und der gleichen Vehemenz, wie Sie das in den Verhandlungen getan haben, dass auch die beiden Sie tragenden Fraktionen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Unterschriften unter dieses Papier setzen und damit zum Wohl und im Interesse der Kinder in unserem Land dafür sorgen, dass wir einen Meilenstein bei der Entwicklung von Bildungsinfrastruktur schaffen!

Ich erkläre für die CDU, dass wir den Bremer Konsens zur Schulentwicklung unterschreiben. Ich habe das von Ihnen zur Unterschrift vorbereitete Exemplar dabei, ich werde es jetzt hier unterschreiben und Ihnen, sehr geehrte Frau Senatorin, mit der dringenden Bitte aushändigen, die beiden noch fehlenden Unterschriften von Bündnis 90/Die Grünen und SPD nachzuholen. Ich glaube, die Unterschrift der FDP ist nichts mehr wert. – Vielen Dank!

(B)

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die grüne Partei zum Dialog und auch zum Konsens bereit ist, wissen spätestens nach den konstruktiven und zielführenden Verhandlungen zum Bremer Bildungskonsens alle Beteiligten. Wir Grüne haben uns in vielen Fragen auf Kompromisse eingelassen, sind den anderen Parteien entgegengekommen und haben trotzdem unseres Erachtens nach ein vernünftiges Ergebnis erzielt. In der Abwägung eigener bildungspolitischer Zielsetzungen gegen die Chance für Eltern, Lehrer und Schüler ein verlässliches, auch über den Wahltag hinaus beständiges Schulsystem zu gewährleisten, haben wir unsere eigenen Ansichten ein Stück nach hinten gestellt, ohne sie dabei jedoch zu vergessen, und wenn Sie sich anschauen, was im Schulentwicklungsplan steht, finden Sie darin auch ganz viele Bestandteile grüner Programmatik: Sprachförderung, gerade auch für Migrantinnen und Migranten, die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule und die Stär-

*) Vom Redner nicht überprüft.

kung der Grundschule insgesamt, all das sind starke Merkmale einer guten rot-grünen Zusammenarbeit.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Dieser Konsens ist durchaus etwas Einmaliges, denn wann sind Regierungsparteien schon einmal bereit, auf die Opposition zuzugehen und ihr eine entsprechende Mitsprache einzuräumen, obwohl dies von den klaren Mehrheitsverhältnissen hier im Haus nicht notwendig gewesen wäre? SPD und Grüne haben allein schon mit dem Angebot, aber auch den anschließenden Verhandlungen und dem Ergebnis klargemacht, dass sie bereit sind, im Sinne einer besseren Bildung für Schülerinnen und Schüler zu wirken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Umso enttäuschender ist es, wenn sich auf unserer Seite das Gefühl einschleicht, dass es nicht alle unterzeichnenden Parteien mit dem gefundenen Kompromiss ernst meinen, und denke ich in diesen Tagen an die FDP, überlege ich mir schon, ob sich da überhaupt noch eine Auseinandersetzung lohnt oder ob ich nicht lieber gleich eine Kerze des Bedauerns anzünden sollte.

Meine Herren von der FDP, Sie können sich parteiintern zerlegen, sich gegenseitig alles Schlechte an den Hals wünschen und vielleicht auch eine eigene Daily Soap à la „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ produzieren, aber kommen Sie bitte in den nächsten Tagen nicht so schnell wieder als verlässlicher Partner um die Ecke!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenige Tage nach der Aushandlung des Konsenses kursierten bereits erste Angriffe aus den eigenen liberalen Reihen, die zuständige Parteiarbeitsgruppe Bildung fühlte sich übergangen und teilte das dann auch gleich der ganzen Stadt mit, und danach mischte sich auch der Bildungsexperte, Herr Ella, ins Geschehen ein und forderte aus Bremerhaven ein Ende des Konsenses. Was man für eine Schlagzeile nicht alles tut!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Lassen Sie mich auch ganz kurz auf den verteilten offenen Brief eingehen! Meine Herren von der FDP, da ist Ihnen erst einmal die Zeitschiene ein bisschen durcheinandergeraten. Es ist nicht so, dass wir, also Sie und wir, entschieden hätten, jetzt diesen Konsens nicht zu unterschreiben, sondern Sie haben uns

(A) und der SPD mitgeteilt, dass Sie diesen Konsens nicht unterschreiben, und daraufhin – entschuldigen Sie bitte! – haben bei uns die Beratungen darüber angefangen, wie wir mit diesem Ergebnis umgehen. Bei Ihnen steht jetzt irgendwie „zugleich“, ich glaube, das ist der total falsche Terminus, aber wenn man Briefe hektisch schreibt, kann das durchaus einmal passieren.

Lassen Sie mich auch mit einem anderen Vorurteil aufräumen, das hier anklingt! Es gab bei den Grünen keinen Volksaufstand. Jetzt zu sagen, die grüne Basis hätte die Parteiführung oder die Fraktion genötigt, das auszusetzen –. Wir haben am Montag in unserer Landesarbeitsgemeinschaft Bildung eine sehr intensive inhaltlich geprägte Debatte zu dem Thema geführt. Ich hätte Sie eigentlich gern dabei gehabt, weil Sie hier dann so etwas nicht verbreitet hätten.

Wir sind nicht die Partei, die Ihren Dissens – den es natürlich auch in einigen Fragen gibt, das ist doch klar, da gibt es auch Mitglieder, die sich vielleicht nicht so richtig hinter diesen Konsens stellen können, aber, ich glaube, die gibt es in allen Parteien, die diesen Konsens unterzeichnet haben – in Diskussionen öffentlich ausführt, und ich würde es begrüßen, wenn wir das auch zukünftig nicht machen. Gerade die grüne Basis ist, glaube ich, bisher sehr verantwortungsvoll mit dieser Regierungsverantwortung, die wir tragen, umgegangen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Röwekamp, das kann ich Ihnen jetzt nicht ersparen! Auch bei der CDU hatten wir zwischendurch – jetzt kommt der Moment, in dem es in Ihre Richtung geht, Herr Rohmeyer! – den Eindruck, als würde man den Erhalt der Gymnasien feiern, aber an einem anderen Bestandteil des Bildungskonsenses eher nicht so interessiert sein. Die Parteien haben eine enge Verzahnung zwischen Grundschulen und Oberschulen als wünschenswert bezeichnet, in der Fachterminologie sind das Kooperation und Verbund, und eine Fusion zweier Schulen, also aus zwei Schulen eine Schule von Klasse 1 bis Klasse 10 zu machen, bedarf laut Konsens der Zustimmung aller Unterzeichner.

Wir Grüne sind große Freunde eines möglichst langen gemeinsamen Lernens. Diese Schulform bietet auch die Möglichkeit, andere pädagogische Konzepte anzuwenden, so etwa ein jahrgangsübergreifendes Lernen, ein System, in dem schneller lernende Schüler nicht blockiert und langsamer lernende Schüler nicht vergessen werden. Wir haben diesen Passus des Konsenses immer so verstanden, dass die Schule aus einem Guss nicht die Regel ist und auch nicht flächendeckend eingeführt werden soll, aber sich alle Parteien zu einer gewissenhaften Prüfung solcher Anliegen verpflichten und den Einzelfall genau betrachten. Bei uns Grünen besteht schon etwas länger der

Eindruck, bestärkt durch Äußerungen in der Bildungsdeputation, dass es hier keine ergebnisoffene Prüfung seitens der CDU gäbe – mir ist durchaus bewusst, dass die Schule von den Klassen 1 bis 10 in Ihren Reihen sicherlich keine einfache Geschichte ist –, aber wir erwarten trotzdem keine pauschale Ablehnung, sondern eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Thematik.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ein Konsens lebt von dem Aufeinanderzugehen aller Beteiligten. Wenn wir als Grüne bereit sind, uns zu bewegen, dann erwarten wir dies auch von allen anderen Partnern, insbesondere Gesprächsbereitschaft.

Herr Röwekamp, ich wollte eigentlich nicht auf Ihre Zeitung eingehen, weil ich Ihre Einschätzung teile, dass sie viel mehr Aufmerksamkeit bekommt als ihr eigentlich auch wegen des journalistischen Inhalts zusteht. Ich glaube, was in der Tat nicht fair ist, ist, sich jetzt hier hinzustellen und ein großes Lob an die Kollegin Frau Stahmann zu richten – die in der Tat viel Überzeugungsarbeit auch in den eigenen Reihen leisten musste, damit dieser Konsens zustande gekommen ist, die in der Tat auch viele Nächte durchgearbeitet hat, um zu schauen und jede Formulierung noch einmal abzuwägen, und die gemeinsam mit unserer Parteivorsitzenden, Susan Mittrenga, an dem Projekt gearbeitet hat –, während sie in Ihrer Zeitung den Stempel „Verliererin“ bekommt. Ich glaube, das ist kein guter Stil. Ich würde es begrüßen, wenn wir den auch weiterhin nicht pflegen würden!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Mithin, Sie erwarten heute klare Ansagen. Wir stehen zu den erzielten Ergebnissen, aber wir verlangen von allen Parteien, dass Sie sich an die Absprachen halten. Wir haben eine für Bremen historische Chance, einen Flickenteppich, zu dem alle bisher in der Regierung verantwortlichen Parteien ihr Scherflein beigetragen haben, zu einer soliden und verlässlichen Grundlage für die Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und Lehrkräfte werden zu lassen. Ich hoffe, dass uns dieses Ziel auch weiterhin eint.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In einem Punkt sind wir aber in einem offenen Dissens zur CDU: Wir werden als grüne Bürgerschaftsfraktion unserer Partei nicht vorschreiben, was sie zu tun oder zu lassen hat, dafür sind die gewählten Parteigremien verantwortlich, und dieser bei den Grünen schon traditionellen Machtteilung zwischen Par-

(A) lament und Partei bleiben wir auch treu, und daher werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Güngör.

Abg. **Güngör (SPD)***: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, wie wir eigentlich zu diesem Konsens gekommen sind und welche Zielsetzung wir uns da eigentlich vorgenommen haben. Die in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien haben sich auf Einladung der Koalitionsparteien mit dem Bremer Bildungskonsens gemeinsam das Ziel gesetzt, das Bremische Schulsystem künftig leistungsfähiger und gleichzeitig gerechter zu gestalten. Die Grundlage für diese Arbeit waren die Empfehlungen aus dem Fachausschuss Schulentwicklung. Diese waren inhaltlich so überzeugend, dass wir 12 von 19 Empfehlungen einstimmig beschlossen haben. Damit war eine weitgehende Einigkeit, eine große Schnittmenge zu erkennen, und so haben wir uns vorgenommen, auch die ewigen Schulstrukturdebatten mit dieser großen Schnittmenge an inhaltlicher Übereinstimmung für die nächsten zehn Jahre zu beenden.

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir werden daran festhalten, denn die gemeinsam beschlossenen Inhalte bleiben auch Grundlage für die weitere Arbeit. Am 19. Dezember 2008, Herr Röwekamp hat es ausgeführt, ist der Konsens ja eigentlich auch verabredet worden. Alle anwesenden Parteien haben sich vor die Presse gestellt mit dem Gremienvorbehalt, der in kürzester Zeit in allen Landesvorständen überraschend schnell beschlossen wurde. Jetzt, wo es nur noch um die symbolische Unterzeichnung ging, hat sich die FDP wegen eines internen Streits, nicht einmal wegen der Inhalte – wenn es wenigstens um Inhalte gehen würde, dann würde ich mich darüber freuen – zurückgezogen.

Benennen Sie uns doch einmal, welche einstimmigen Beschlüssen, die Sie in der Deputation gefasst haben – Sie ja zum Glück nicht, Herr Ella –, davon jetzt strittig sind und welche Sie vielleicht in der nächsten Deputationssitzung auch wieder aufführen sollten, um zu sagen, dahinter stehen wir jetzt nicht mehr. Darauf bin ich sehr gespannt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Vielleicht sollte Herr Ella auch einmal in die Bildungsdeputation kommen und Herrn Dr. Buhlert einmal vertreten.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Ich muss hier an dieser Stelle einmal erwähnen, ich weiß auch nicht, ob es ihm schadet oder ob es ihm hilft: Diese gemeinsame Arbeit mit Herrn Dr. Buhlert war erfolgreich und seine konstruktive Zusammenarbeit muss man auch anerkennen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde den Brief der FDP beziehungsweise die Haltung, jetzt einen Beschluss zu revidieren, unseriös und unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für die SPD kann ich sagen, meine Damen und Herren, wir stehen weiterhin zu dem Bildungskonsens.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser historische Kompromiss ist bundesweit einmalig und gibt vor allem Eltern, Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften eine Planungssicherheit, und die Schulen haben Zeit, sich damit zu entwickeln, und Schulen brauchen Zeit, um sich zu entwickeln. Alle Empfehlungen zur Schulentwicklung haben das Ziel der Verbesserung der Lernergebnisse und der Verringerung der Abhängigkeit des Schulerfolgs von der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler. Daran müssen wir festhalten und gemeinsam weiterarbeiten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich darf hier heute auch für die SPD erklären, dass wir nach den Osterferien gemeinsam mit dem Koalitionspartner die CDU-Fraktion und auch die FDP-Fraktion erneut zum Unterschreiben einladen werden, und ich hoffe, dass die FDP bis dahin zur Vernunft kommt und ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande gerecht wird und den Konsens weiterhin mitträgt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Aber einen Satz doch noch zu Ihrer internen Publikation! Ich glaube, es ist nicht hilfreich, Herr Röwekamp, es ist in der Tat nicht hilfreich. Auf die destruktive Arbeit von Herrn Rohmeyer im Fachausschuss will ich hier gar nicht erneut eingehen, das will ich

(C)

(D)

(A) jetzt nicht noch einmal anführen, es sei denn, er meldet sich noch einmal zu Wort.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Wenn er darf!)

Die CDU sollte doch, finde ich, in diesen internen Publikationen darauf verzichten, den Konsens mit Unwahrheiten und billigem Populismus zu diffamieren. Das ist nicht in Ordnung und widerspricht der konstruktiven Arbeit am Konsenstisch.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

So wird auch der gemeinsam verabredete Reformprozess weitergehen. Ein gemeinsames Lernen von 1 bis 10 bleibt bei dem Konsens möglich und das ist auch an vielen Standorten richtig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Es gilt, was im Konsenspapier steht, da gibt es auch nicht viel zu deuten, das ist relativ deutlich formuliert. Kooperation und Verbünde zwischen Grundschulen und der Sekundarstufe I, also von 1 bis 10, ist wünschenswert und damit möglich. Lediglich die Zusammenlegung, also eine Fusion, bedarf des politischen Konsenses der Unterzeichner, aber dazu hat sich der CDU-Landesvorsitzende ja auch schon öffentlich klar geäußert und hat zu jeglichen Punkten Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Nur, Herr Röwekamp, auch wenn die CDU am Konsens festhält, was ich Ihnen versuche zu glauben, ist es nicht hilfreich, wenn parallel Herr Rohmeyer im Stadtteil Osterholz ein weiteres durchgängiges Gymnasium fordert. Das ist nicht in Ordnung und widerspricht dann dem Konsens!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Aber ich kann hier erklären, aus unserer Sicht muss nichts nachverhandelt werden. Das Fundament steht mit dem Konsenspapier und ist eine gute Grundlage für ein neues Schulgesetz.

Nun kurz zu Ihrem vorliegenden Dringlichkeitsantrag! Die Entstehung des Antrages hat ja den Hintergrund, dass Sie das Thema nicht für die Aktuelle Stunde genehmigt bekommen haben, weil Sie die Frist nicht eingehalten haben. Das kann passieren, dazu will ich mich gar nicht äußern. Nur, jetzt in einem Dringlichkeitsantrag in der Bürgerschaft die politischen Parteien aufzufordern, etwas zu tun, ist eine fragwürdige Konstellation. Der Meinungsbildungsprozess findet in den politischen Parteien statt, und die Parteien sind darin auch frei, und dieser Anmaßung können wir nicht folgen und werden daher dem Antrag nicht zustimmen. Aber inhaltlich stehen wir

zu dem, was ich bereits gesagt habe, wir halten am Konsens fest und stehen hinter dem, was wir verabredet haben. (C)

Ich finde, wir haben alle eine besondere Verantwortung für die Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen. Schüler, Eltern und auch die Schulen erwarten zu Recht Verlässlichkeit von der Politik, und ich finde, sie haben ein Recht darauf, meine Damen und Herren! Wer jetzt den Konsens verlässt, stellt sich ins politische Abseits. Die große gesellschaftliche Mehrheit steht hinter dem Verhandelten. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Haben Sie den Redner ausgelost?)

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Redner nicht ausgelost, aber wenn etwas Derartiges in einer Partei passiert, dann ist es auch in der Verantwortung desjenigen, der etwas dazu beigetragen hat, auch Stellung dazu zu beziehen und nicht wegzutauschen, sondern hier auch ans Rednerpult zu gehen. (D)

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, bei der
CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben in der Tat, heute verteilt, gestern Abend gefasst, einen Beschluss des Landesvorstandes, einen solchen offenen Brief durch die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden zu schreiben. Uns ist es wichtig, dass ein Konsens einen konsensualen Geist hat, und diesen haben wir in der Vergangenheit vermisst und vermissen wir nach wie vor. Auch hier in der Debatte wird immer wieder über die CDU-Mitgliederschrift geredet, wird immer wieder darüber geredet, was in den Beiräten vorgetragen wird, und dort ist es in der Tat so, dass gleich, nachdem am Dienstag bekannt wurde, dass keine Unterzeichnung stattfindet, alle wieder in den Schützengräben waren.

(Abg. Röwekamp [CDU]: SPD und CDU
waren nicht in den Schützengräben!)

Wer sich die Debatte im Beirat Obervieland angehört hat – Herr Röwekamp, dort waren Sie nicht –, der weiß, dass dort wieder genau die alten Positionen vorgetragen worden sind, die schon lange vorgetragen waren, und dort alle alten ideologischen Bildungsforderungen wieder vorgetragen wurden und es kein Abweichen davon gab.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Stimmt nicht!)

(A) Ich war bei der Sitzung, Sie waren nicht da!

(Beifall bei der FDP)

Wir nehmen nach wie vor die bessere Bildung für Kinder ernst. Bildung, und das weiß jeder hier im Raum, liegt mir am Herzen, und Kinder sind uns wichtig. Aber in der Tat gab es Verhalten von Parteien, auch von unserer, das brauchen wir ja gar nicht zu leugnen, unser Maschinenraum war ja mehr als offen. Insofern ist auch bekannt, dass noch Beratungsbedarf am Montag vor dem offiziellen Unterzeichnungstermin angemeldet wurde und dieser Beratungsbedarf bestand, insofern wird da ja auch in der FDP weiter beraten werden.

Aber, wir haben uns entschieden, den Konsens nicht zu unterschreiben, weil in der Tat der konsensuale Geist fehlt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, mehr Kindern und Jugendlichen eine bessere und individuell auf sie abgestimmte Bildung zu ermöglichen. Angesichts des schon jetzt erkennbaren Konfliktpotenzials und der schon jetzt wieder aufgebrochenen Streitigkeiten zwischen den Parteien, und die sehen wir nach wie vor, sehen wir uns außerstande, den Konsens zu unterzeichnen, denn er wird auch dann die nächsten zehn Jahre lediglich die Konflikte überdecken und nicht beseitigen.

(B) (Beifall bei der FDP)

Wenn wir uns das jetzt einmal anschauen: Ja, auch ich habe „buten un binnen“ gesehen und Herrn Röwekamp, als er sich dort hingestellt hat und gesagt hat, wir reden gern auch über Schulen von 1 bis 10. Ich habe aber auch das Gefühl, dass Sie gern darüber reden, aber es mit der CDU keine geben wird. Es gibt diesen Weg meiner Meinung nach als einzigen Ausweg, nämlich Schulen von 1 bis 10 oder Verbünde für die heute sechsjährigen Grundschulen, dass sie nämlich eine Weiterentwicklung ihrer Pädagogik nach skandinavischem Modell an einigen Standorten, wie der Borchshöhe und der Astrid-Lindgren-Schule in Bremerhaven, machen können.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden also weiter Bildungspolitik machen. Wir werden Bildungspolitik zukünftig nur noch auf Sicht machen, sprich: Wir werden von Fall zu Fall entscheiden, und wir werden konstruktiv entscheiden und uns dabei an der Beschlusslage und an dem Programm der FDP, der Freien Liberalen, orientieren. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP – Unruhe bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Angeordnete Beilken.

Abg. **Beilken (DIE LINKE)*:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es bleibt natürlich ein ernstes Thema, auch wenn das bei Ihnen im Moment anscheinend eher nicht so ist.

Der Vier-Parteien-Schulkonsens ist offenbar erledigt. Die stellvertretenden FPD-Landesvorsitzenden haben sich sehr eindeutig entsprechend geäußert. Sie haben zum Teil vielleicht auch gute Gründe dafür. Wenn sie von dem skandinavischen Modell sprechen, für das sie Freiräume brauchen, sollte man das hier auch positiv bemerken.

Die Konsensidee war, um das so zu sagen, verständlich, das sage ich auch in Richtung der Senatorin. Es ist so, dass natürlich zu viel Unruhe in der Schulentwicklung Irritationen und Frustrationen bei Schülern, Eltern und Lehrern erzeugen können. Insofern war es verständlich, aber es gilt auch der Satz: Zuwenig Unruhe schadet auch. Eine gewisse Unruhe und Entwicklungsmöglichkeit muss erhalten bleiben. Es muss möglich sein, dass sich eine positive Dynamik entfalten kann, und da war der Schulkompromiss jetzt eine Bremse, und deswegen ist er geplatzt.

Das zeigt sich in Bremen in Obervieland, das Beispiel ist genannt worden, es zeigt sich in Bremen-Nord. In beiden Bereichen ist das längere gemeinsame Lernen, das nun wirklich die Zukunft der Bildung ist, was hier im Saal meines Erachtens ehrlich gesagt keiner bestreitet. Das längere gemeinsame Lernen hat sich dort Bahn gebrochen und es hat diese Vereinbarung gesprengt. In Bremen-Nord war die FDP dabei, in Obervieland vertritt sie die andere Richtung, das ist hier nicht so wichtig. Aber es ist so, dass diese Idee sich Bahn bricht, deswegen ist der Konsens geplatzt, das ist gut so.

Beide Beispiele richten sich gegen die frühe Trennung der Schülerinnen und Schüler ab Klasse 4, die nun wirklich überholt ist und die auch nach allen Parteiprogrammen hier in der von der Mitte aus gesehen linken Hälfte des Hauses, also inklusive der Grünen, obsolet ist. Es wurde versucht, diese Trennung festzuschreiben, dies war ein Fehler.

Diese Trennung, 20 Prozent abzutrennen und nur 80 Prozent gemeinsam lernen zu lassen, war keine gute Idee, und die ist jetzt hoffentlich auch wieder gestorben. Zehn Jahre dies festzuschreiben, das konnte nicht gutgehen, dafür sind die Kenntnisse bei den Betroffenen zu schnell dabei zu wachsen und sich dann eben auch Bahn zu brechen. Insofern hatte der Konsens von der Sache her keine Chance und war zu sehr auf das Zufriedenstellen bestimmter Parteizentralen sowie Einzelinteressen und Gruppeninteressen abgestellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies, was sich nun eben zeigt, diese Öffnung, die wir jetzt wieder vor uns haben, diese offene Perspek-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) tive, ist ein Erfolg für die Schülerinnen und Schüler und für ihre Eltern. Das Beispiel Borchshöhe, sechsjährige Grundschule, zeigt, wir werden jetzt eine Chance haben, diese in ihrer vorbildlichen pädagogischen Form zu erhalten und auch bis Klasse 10 aufzubauen. Diese Chance ist gewachsen, und es ist hier auch eine Gelegenheit, auch inhaltlich noch einmal ein Wort zu sagen. Es ist das, was die Eltern uns sagen, dass die Kinder, gerade auch die, die schneller lernen, dort besser aufgehoben sind, dass gerade die dort individuell voranschreiten können. Das haben wir hier.

Wir haben Expertinnen und Experten gehört, insbesondere Frau Riegel von der Helene-Lange-Schule, übrigens ein ehemaliges Gymnasium, Frau Riekmann von der Max-Brauer-Schule und Frau Ross, zuletzt noch einmal dieses Jahr in Bremerhaven, die uns eindrücklich erzählt und berichtet haben und durch anwesende Schüler auch präsentiert haben, dass gerade die schnell Lernenden große Erfolge haben und große Zuwächse haben und sich eben gerade nicht langweilen. Ich sage das jetzt einmal hinsichtlich mancher in der öffentlichen Diskussion vorgebrachten Befürchtungen, dass kluge Kinder sich langweilen, denn das ist gerade nicht der Fall, wurde uns von Frau Ross in Bremerhaven gesagt. Sie selbst habe sich früher in der Standardschule, in der Drei-Schublade-Schule, gelangweilt. An ihrer Schule, wo alle gemeinsam lernen, kommt das nicht vor, dass die schnell Lernenden sich langweilen, sondern die können sich da entwickeln. Das ist uns von der Sache her von den Eltern der Borchshöhe eindrücklich gesagt worden bei ihren Besuchen in der Bildungsdeputation, und das werden wir fördern, und das werden wir nicht bremsen, dazu macht diese Aufbrechung dieses übertriebenen Planungswillens, der sich in diesem Vier-Parteien-Konsens ausgedrückt hat, Sinn, dieser übertriebene Planungswille auf zehn Jahre hatte keine Zukunft.

Wir werden die Ressourcen und die Freiräume bereitstellen müssen, damit sich die Schulpolitik von der Basis her, von den Eltern her, von den Schülern her, von den Lehrern her entwickeln kann, und dann gehen wir in die richtige Richtung. – Danke schön!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aufregung hat sich gelegt. Ich bin in Anbetracht der Debatte ein wenig erleichtert, das will ich an dieser Stelle sagen, dass zumindest drei der vier Unterzeichner-Fraktionen, obwohl es ja die Parteien waren, zu den getroffenen Vereinbarungen stehen. Ich will trotzdem zu der Debatte noch zwei, drei Anmerkungen machen!

Natürlich habe ich damit gerechnet, dass der CDU heute in der Debatte entgegengehalten werden würde, dass wir, insbesondere am Beispiel der gemeinsamen Schule von Klasse 1 bis 10, schon vor Unterzeichnung gezeigt hätten, dass wir das gar nicht ernst gemeint hätten. Ich sage Ihnen noch einmal ausdrücklich, Herr Fecker, wir meinen das ernst! Aber, Sie werden die Zustimmung der CDU-Fraktion nicht aus ideologischen Gründen zu einer solchen Schule finden, das will ich auch ausdrücklich sagen, darauf haben Sie hingewiesen.

Wir sind nicht davon überzeugt, dass das die Idealschule ist, und wir haben kein Geheimnis daraus gemacht, dass wir davon nicht überzeugt sind, sondern das ist in den Verhandlungen deutlich geworden, ansonsten hätten wir die Formulierung, die wir gefunden haben, die wir ja auf Vorschlag der Senatorin gefunden haben, gar nicht gefunden. Natürlich hat Frau Stahmann dafür gekämpft, dass auch Klasse 1 bis Klasse 10, möglichst langes gemeinsames Lernen, in dem Kompromiss als Bildungsform auftaucht, aber wir haben dann am Ende gesagt, nein, es wird nur zwei Schulformen nach der Grundschule geben, nämlich die Oberschule und das Gymnasium. Das ist Ihnen am schwersten gefallen, sage ich ganz ehrlich, weil die CDU es auf einem Parteitag schon beschlossen hat, und die SPD hatte sich auf ihrem Parteitag auch schon auf ein solches Zwei-Säulen-Modell festgelegt, aber es war in dem Moment völlig klar: Aus ideologischen Gründen, und nicht, weil wir es für richtig halten, als Merkmal in unserem Schulsystem zu implementieren, wird die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Aber, vereinbart haben wir doch, Herr Fecker, dass die Kooperation zwischen Grundschule und weiterführender Schule natürlich verbessert werden muss. Hier sind aus unserer Sicht noch Defizite, und das kann zum Beispiel auch bedeuten, dass die Kooperation an einzelnen Standorten zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen noch sehr viel besser werden kann als es bisher der Fall ist. Ich bin sogar dafür, dass, wenn alle einverstanden sind, ein ganzer Klassenverband nach der Klasse 4 übergeht in eine Oberschule nach Klasse 5, wenn sich Eltern und Lehrer darauf verständigen, dass das für die Schüler das Beste ist, aber nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil es im Einzelfall in der Sache richtig ist! Das ist die Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

Schule von 1 bis 10, nicht aus ideologischen Gründen, aber im Einzelfall, und nichts anderes steht in dem zwischen uns allen vereinbarten Kompromiss, darüber kann man reden, und das bedeutet, dass das nur mit Zustimmung aller Parteien geht. Das macht doch deutlich, dass wir als CDU Bedenken haben, das als ein Bestandteil in unser System aufzunehmen. Es bedeutet, dass wir das mit Zustimmung aller entsprechend machen können. Genauso, wie ich übrigens

(C)

(D)

(A) im Gegenzug sage, für die CDU-Fraktion heißt es nicht, in den nächsten zehn Jahren gibt es nur die acht Gymnasien in der Stadtgemeinde Bremen, die dort aufgezählt sind. Also, wir können uns parteiübergreifend auch miteinander verständigen, dass es ein neuntes Gymnasium gibt. Dagegen spricht überhaupt nichts, es steht ja nicht darin, es gibt in den nächsten zehn Jahren in Bremen nur acht Gymnasien. Das will ich auch ausdrücklich sagen. Wenn wir uns darauf verständigen, dass es im Einzelfall richtig ist, dass ein Standort sich in ein Gymnasium umwandelt, dann spricht, wenn wir vier uns darauf verständigen, nichts dagegen, das auch zu machen. Auch das ist Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Also lassen Sie uns hier nicht in solche ideologischen Modelle verfallen und sagen, das eine ist richtig, das andere ist falsch. Lassen Sie uns das machen, was in dem Konsens steht, nämlich im Einzelfall entscheiden, was im Interesse der betroffenen Kinder und ihrer Eltern und was nach Maßgabe der Lehrerinnen und Lehrer der richtige Weg für den einzelnen Standort ist. Das ist die Auffassung der CDU-Fraktion, und nichts anderes haben wir deutlich gemacht.

(Beifall bei der CDU)

(B) Wenn der Kollege Rohmeyer in den letzten Wochen gesagt hat, wir sind gegen die Schule von 1 bis 10, dann hat er damit nur das gesagt, was ich eben auch gesagt habe. Wir halten sie aus ideologischen Gründen nicht für unser Idealmodell von Schule, anders als Rot-Grün, aber man kann mit uns, das sage ich Ihnen heute noch einmal zu, im Einzelfall über so etwas reden.

Ich will nur an dieser Stelle auch sagen, das hier immer wieder zitierte Beispiel Borchshöhe ist, glaube ich, nicht das geeignete Beispiel, um zu sagen: hier zeigt sich schon die erste Risslinie. Erstens bin ich noch nicht davon überzeugt, dass die Bildungssenatorin selbst als zuständige Fachsenatorin davon überzeugt ist, dass das der richtige Standort für den gemeinsamen Unterricht von Klasse 1 bis Klasse 10 ist. Ich habe mir berichten lassen, dass in der Bildungsdeputation große Vorbehalte seitens der Fachverwaltung gegen den gemeinsamen Unterricht von Klasse 1 bis Klasse 10 an diesem Standort angemeldet worden sind. Das kann falsch gewesen sein, aber mir ist das so berichtet worden. Deswegen sage ich, vielleicht ist es richtig, dass wir in den nächsten Jahren zunächst einmal darüber nachdenken, das zu machen, was wir auf jeden Fall pragmatisch miteinander vereinbart haben, dass wir die Kooperation zwischen Grundschule und weiterführender Schule verbessern. Daraus, ist meine Prognose, wird sich automatisch einzelstandortbezogen die Debatte ergeben, ob es mehr wird als eine Kooperation, und ich sage dazu, dass man mit uns als CDU-Fraktion im Einzelfall darüber auch reden kann.

Dann zu der FDP, ich wollte nicht viel dazu sagen, weil es kommt, ehrlich gesagt, Herr Dr. Buhlert, gar nicht mehr darauf an! Es kommt ehrlich gesagt gar

nicht mehr darauf an, was Ihre Partei hier heute erklärt. Erstens wissen wir nicht, welche Halbwertszeit das hat, Sie haben ja selbst gesagt, wir werden uns auf Sicht äußern, das ist ja Ihre Form von Verlässlichkeit,

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn man im Nebel führt!)

das ist unvereinbar damit zu sagen, wir legen uns auf eine zehnjährige Verlässlichkeit fest. Bildungspolitik, Herr Dr. Buhlert, kann man nicht auf Sicht machen, das hat uns PISA gezeigt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Erfolg haben nur die Schulmodelle, die langfristig wirken, und nicht solche, die irgendwelchen parteitaktischen und parteipolitischen Obliegenheiten jeder Zeit wieder zu unterfallen drohen. Im Übrigen, ob Sie zustimmen oder ablehnen, ist mittlerweile, ehrlich gesagt, völlig egal, also unabhängig davon, ob man auf Ihr Wort und Ihre Unterschrift und Ähnliches noch etwas geben kann, das will ich einmal beiseite stellen, aber Sie werden in den nächsten zehn Jahren, wenn es so kommt, wie es heute angekündigt worden ist, dass die beiden großen Volksparteien SPD und CDU und dass die Partei Bündnis 90/Die Grünen diesen Kompromiss am Ende tatsächlich unterschreiben, dann werden Sie mit niemandem aus liberaler Sicht mehr erreichen als in diesem Papier steht, es sei denn, die FDP stellt allein die Regierung, was Gott verhüten mag.

(Heiterkeit)

Dazu wird es nicht kommen. Ich sage Ihnen dazu, selbst wenn es zu einer bürgerlichen Koalition kommen würde: Wir fühlen uns an das gebunden, was wir unter den drei Parteien miteinander vereinbart haben. Sie werden mit uns als möglichem Koalitionspartner nicht mehr erreichen, als darin steht, und ich wage die Prophezeiung, dass Sie mit der SPD und mit dem Bündnis 90/Die Grünen auch nicht mehr erreichen werden, als darin steht. Sie haben sich als Partei heute bildungspolitisch endgültig disqualifiziert.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich für die CDU-Fraktion, wir stimmen dem Kompromiss auch nur gemeinsam mit den Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen zu im Interesse der Kinder und der Entwicklung eines Schulsystems, für das wir, das will ich an dieser Stelle auch in Richtung FDP sagen, alle eine gemeinsame Verantwortung haben. Wir haben alle vier Parteien, mit Ausnahme der Linkspartei, sozusagen Spuren im Bremer Bildungssystem hinterlassen. Da kann man sich immer die Rosinen herauspicken und sagen, wir haben dies gemacht, wir haben das gemacht, und für sich

(C)

(D)

(A) politische Erfolge erzielen, aber man muss doch irgendwie relativ nüchtern einmal zu der Erkenntnis kommen, dass sich das, was wir in den letzten 12, 16, 20 Jahren in Bremen bildungspolitisch miteinander verabredet haben, nicht zum Idealzustand eines Bildungssystems geführt hat, und da können Sie sich nicht aus der Verantwortung stehlen. SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP haben die gemeinsame Verantwortung für den Zustand unseres Bildungssystems und damit auch für den bisherigen Erfolg unserer Schülerinnen und Schüler, und, ich sage ganz bewusst, deswegen haben wir auch eine gemeinsame Verantwortung, das besser zu machen. Wir als CDU-Fraktion stehen zu dieser Verantwortung!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass wir nur kurzfristige Konzepte in der Bildungspolitik haben, Herr Röwekamp, ist ja Unsinn. Das ist eben nicht so, wir haben aber von Fall zu Fall zu entscheiden, und das meine ich mit „auf Sicht fahren“, was uns vorgelegt wird und wie wir uns jeweils einzeln dazu verhalten.

(B) Wenn Sie dann davon sprechen, und deswegen habe ich mich noch einmal gemeldet, dass vielleicht einzelne Klassenverbände der Borchshöhe dann jahrgangsweise weitergehen oder von Klasse 4 an weitergehen, verkennen Sie eben, dass wir an ganz vielen Stellen jahrgangsübergreifenden Unterricht haben und Klassenverbände sich in Auflösung befinden. In welchem Bildungssystem bewegen Sie sich denn? Es gibt einige Grundschulen, das ist noch die Mehrheit, wenn ich das richtig sehe, die nicht jahrgangsübergreifend unterrichten, aber sehr viele tun es nicht, da können die Kinder gar nicht jahrgangsweise weitergehen. Das ist für mich ein Beleg dafür, dass Sie nicht verstanden haben, worum es geht, wenn wir über Schulen von 1 bis 10 und die Frage diskutieren, wie es auf der anderen Seite mit der Wahlfreiheit aussieht, nämlich mit der Wahlfreiheit der Eltern, nach Klasse 4 zu entscheiden, auf welche Oberschule und welches Gymnasium denn die Schülerinnen und Schüler gehen sollen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie dann sagen, wir halten sie, und damit meinen Sie die Schule von 1 bis 10, aus ideologischen Gründen nicht für die geeignete Form der Schule, entlarven Sie sich selbst, Herr Röwekamp, und sagen, wir machen ideologische Bildungspolitik weiter, das ist das, was wir als FDP nicht wollten, wir wollen Politik machen für die einzelnen Kinder.

(Beifall bei der FDP)

(C) Wir haben ein Interesse daran, und wir haben auch Verantwortung getragen für das Bildungssystem hier in der Stadt. Ich erinnere mich noch genau an die Zeit Anfang der Neunzigerjahre, als es darum ging zu verhindern, dass die Gymnasien in Bremen abgeschafft werden und die FDP in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt hat, dass aus den damals vorhandenen drei Gymnasien fünf Gymnasien wurden. Das ist der Teil, den die FDP zu verantworten hat, ein Teil, den wir nicht beklagen, aber ein Teil, der etwas anderes ist als die Einrichtung der Sekundarschule.

(Abg. **Röwekamp** [CDU]: Glauben Sie wirklich, dass Sie alles richtig gemacht haben?)

Nein, ich glaube das nicht, ich will bloß sagen, wofür wir Verantwortung tragen! Wir haben nicht mehr durchgesetzt an anderen Stellen, wir haben zum Beispiel damals die Abschaffung der Stufenschule noch nicht durchgesetzt, wir haben damals nicht die Weiterentwicklung zur Sekundarschule durchgesetzt und so weiter. Aber die Sekundarschule, für die Sie beispielsweise Mitverantwortung tragen, hat sich ja nicht als Erfolg erwiesen, also insofern müssen wir dann auch sagen, wer wie viel Verantwortung trägt und sich dieser insofern auch zu stellen hat. Aber wie gesagt, für den Teil, für den wir Verantwortung tragen, darauf sind wir als FDP-Fraktion zumindest stolz. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie gestatten, möchte ich mich nicht mit der FDP und auch nicht mit den Beiträgen des Kollegen Dr. Buhlert befassen, weil ich glaube, die Reise ist schon längst über das hinausgegangen, was die FDP intern noch zu klären hat, wie man heute wieder hier in diesem Hause gemerkt hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal sagen, was wir in diesem ganzen Prozess eigentlich vorhatten und nach wie vor vorhaben! Es ist eine durchaus schwierige Operation, und meines Erachtens ist das in allen Reden der Kolleginnen und Kollegen heute hier im Hause auch deutlich geworden. Einerseits gibt es natürlich nach wie vor die Bildungspolitik der einzelnen Parteien und Fraktionen. Es gibt auch nach wie vor eine ganz klare Bildungspolitik der rot-grünen Koalition mit der Bildungssenatorin Frau Jürgens-Pieper. Dann haben wir etwas oben daraufgesetzt, im Übrigen wirklich auf Ihren Vorschlag hin, dass wollte ich auch

(C)

(D)

(A) gar nicht verschweigen, nämlich diesen Bildungskonsens, der meines Erachtens, und so müssen alle dort in die Gespräche hineingegangen sein, nur Sinn macht, wenn er über das, was wir sowieso schon im Schulgesetz, in der Deputation und in den bildungspolitischen Diskussionen machen, hinausgeht und einen Mehrwert für die Menschen in Bremen und Bremerhaven bringt, wenn wir dies zusätzlich als Bildungskonsens oben daraufsetzen.

Das war doch die Motivation zu den Gesprächen, zu denen die Parteivorsitzenden zusammengekommen sind. Wir haben unsere übliche Bildungspolitik, die wir in der Deputation diskutieren. Wir haben ein großes Vorhaben, Schulgesetz und Schulverwaltungsgesetz zu reformieren, eine große Schulreform. Die Gerüste stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Zwei-Säulen-Modell, mit dem Erhalt der Gymnasien, mit den sehr vielen Punkten, eine bessere Schule in Bremen zu machen, die geeint sind.

(B) Das ist sozusagen das, was wir vorgefunden haben, und darauf haben nun die Parteien den Versuch unternommen, einen Mehrwert zu schaffen, indem sie sich darüber hinaus für zehn Jahre festlegen, bestimmte Grundlagen dieses Bildungswesens festzuschreiben. Der Mehrwert für die Menschen, für die Lehrerinnen und Lehrer, für die Eltern, für die Kinder, für die Schüler ist natürlich der, dass sie nicht damit rechnen müssen, dass alle vier Jahre oder noch öfter die Grundlagen dieses Fundaments wieder geändert werden und nun alles wieder zurückgenommen wird. Diesen Mehrwert zu schaffen, ist ein sehr lohnendes Unternehmen für alle Menschen hier in Bremen und Bremerhaven, deswegen stehen wir als Grüne auch nach wie vor dazu, diesen Mehrwert noch zu erreichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir müssen Folgendes verbinden: Durch den Konsens versuchen wir, Stabilität und Kontinuität zu schaffen. Das ist ein sehr großer Wert, ich habe es gerade gesagt. Warum wir in der letzten Woche noch einmal um ein Aussetzen der Unterzeichnung gebeten haben, auch nachdem die FDP sich verabschiedet hatte, ist, dieser Wert allein kann uns und die Menschen draußen in den Schulen die nächsten zehn Jahre nicht allein glücklich machen, sondern es muss natürlich auch ein gewisses Maß an Kreativität, an Innovation, an Dynamik im System trotzdem noch möglich sein. Wir können jetzt nicht sagen, der Mehrwert besteht darin, ihr habt zwar alle Ruhe die nächsten zehn Jahre, wir machen einen Deckel darauf, gießen den in Beton, und dann ändert sich nichts mehr, sondern das, was an vielen Schulen in Bremen und Bremerhaven möglich ist, nämlich dass Menschen sich auf den Weg machen, innovative, nach vorn gerichtete Reformmodelle zu verwirklichen, muss auch in der Zukunft natürlich noch möglich sein. Wir haben nur miteinander vereinbart, dass wir das miteinander besprechen.

(C) Ich habe heute den Vorsitzenden sowohl der Partei CDU als auch der Fraktion CDU gehört, dass er keines dieser Modelle von vornherein ausschließt, dass er zum Gespräch über alle diesen innovativen und kreativen Versuche der Reform bereit ist und dass das für uns im Ergebnis heißt, auf die nächsten Jahre gesehen kann das Ergebnis am Ende unter dem Strich nicht so aussehen, dass die CDU alle diese Bestrebungen am Ende durch ihr Votum verhindert und dass sie sich heute dazu bekannt hat, dass es auch nicht so kommt. So habe ich Sie verstanden, und so können wir als Grüne mit diesem Punkt des Konsenses auch sehr gut leben!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Umgekehrt aber auch!)

(D) Umgekehrt auch! Ein Vertrag ist natürlich etwas, wobei Sie immer eine Zweiseitigkeit haben, und wenn Sie Ihre Punkte auch einbringen, wo für Sie eine Innovation, wo für Sie eine Dynamik im Schulsystem notwendig ist, finde ich es selbstverständlich, wenn wir das Ihnen abverlangen, dass Grüne und SPD dann auch bereit sind, genau über diese Punkte mit Ihnen auch zu reden. Die Bildungssenatorin hat ja, glaube ich, auch schon ausreichend deutlich gemacht, dass es in diese Richtung gehen soll. Also, Kontinuität, Verlässlichkeit in den Eckpfeilern und in den Strukturgerüsten dieses Bildungssystems, aber eine Dynamik, Bereitschaft, Kreativität und Innovation, die nach wie vor in den Einzelentscheidungen möglich ist! Wenn das der Geist, sehr verehrter Herr Röwekamp, des Konsenses ist, hat es sich gelohnt, das hier noch einmal klarzustellen, weil es in der Tat überhaupt nicht klar gewesen ist, wie einzelne Beteiligte diesen Konsens interpretieren.

Wir haben Ihren Artikel so aufgefasst – es kann doch eine völlig unbedeutende fraktionsinterne Zeitschrift sein, das ist doch ganz egal –: Wenn ich, bevor die Tinte nicht nur trocken, sondern noch gar nicht unter den Vertrag gesetzt ist, schon sage, dort sitzt ein Verlierer, dort sitzt ein Verlierer, dort sitzen große Gewinner, und wenn ich sage, die Harke haben wir denen einmal gezeigt, die haben wir jetzt einmal über den Tisch gezogen, noch bevor sie überhaupt diesen Vertrag unterschrieben haben, dann ist das zum einen natürlich komplett unprofessionell, so mit Vertragspartnern umzugehen. Ich möchte doch wissen, wenn ich mich neben jemanden setze, mit dem ich einen Vertrag unterschreibe, wie er oder sie diesen Vertrag interpretiert, wie er es nach außen darstellt, ob er solidarisch zum Vertragsinhalt steht. Ich habe die Rede von Herrn Röwekamp heute so interpretiert, dass dies gegeben ist, dass dies der Fall ist, und das ist für uns ein sehr gutes Signal, weil wir zu diesem Konsens in diesem Sinne auch stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Das haben Sie heute klargestellt, damit sind viele Irritationen für uns ausgeräumt. Wir werden uns in den kommenden Wochen in der Partei und Fraktion beraten, und ich werde mich im Namen der Fraktion zusammen mit dem Kollegen Björn Fecker in unserer Partei dafür einsetzen, dass dieses Signal dort auch so interpretiert wird und ankommt und dass dann nach Ostern, wenn dieser Versuch unternommen wird, wir dazu kommen, einen solchen Bildungskonsens zu unterschreiben. Den Gremienentscheidungen, das geht Ihnen allen so in Ihren Parteien, die dann am Ende des Tages stehen, werde ich nicht vorgreifen, aber die Klarstellungen, die heute gekommen sind, sind zumindest in wesentlichen Punkten geeignet, die Bedenken, die die Grünen letzte Woche hatten, auszuräumen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

(B) Abg. **Beilken** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ja ein wenig rührend, Herr Dr. Güldner, dass Sie noch versuchen, diesen Kompromiss zu retten, dessen Sprengkraft sich ja gezeigt hat, beziehungsweise es hat sich gezeigt, dass er nicht hält, wenn sich etwas bewegt. Sie sagen, Sie wollen die Dynamik noch weiter ermöglichen, und Sie hätten Signale in der Rede von Herrn Röwekamp gehört. Da muss ich an der Stelle doch noch einmal ein bisschen etwas zur Systematik und zur Demokratie sagen! Wir können doch nicht die Entwicklung der schulpolitischen Landschaft und der Initiativen, die wir jetzt erleben, davon abhängig machen, ob ein Parteivorsitzender den Daumen herauf oder herunter macht, oder wir sagen, wir haben interpretiert, er hat gesagt, er ist bereit, darüber zu reden. Davon wollen Sie Ihre Politik abhängig machen? Das kann nicht wahr sein!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur weil es nicht Ihr Daumen ist!)

Ich habe den Zwischenruf leider nicht verstanden! Es war wohl nicht so wichtig!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe gesagt, es ist nur deswegen, weil es nicht Ihr Daumen ist, Herr Beilken!)

Nein, aber gut, dass Ihnen das einfällt! Man könnte auch mit uns zusammenarbeiten.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Nein!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Es ist gut, dass Sie darauf kommen!

(C)

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Sie sitzen jetzt in der FDP-Ecke!)

Lassen wir das, darüber können wir später noch reden, das kann alles sachlich wachsen! Aber Sie machen sich jetzt ohne Not von der Entscheidung eines Parteivorsitzenden abhängig, und das Parlament und die Deputation sind dadurch ein Stück weit ausgehebelt.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Da wollen wir die Koalition mit der FDP nicht stören!)

Sie werden, wenn Sie das auch noch für die Wahl festschreiben, möglicherweise nach der Wahl ein Problem haben, was die Sozialdemokraten schon kennen. Sie haben nämlich widersprüchliche Sachen versprochen, einerseits eine Schule für alle und Entwicklungen in diese Richtung, andererseits haben sie eine bildungspolitische Große Koalition mit der CDU schon vor der Wahl verabredet und haben wieder zwei widersprüchliche Sachen nach der Wahl versprochen. Da würde ich Sie also doch sehr warnen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Senatorin Jürgens-Pieper. (D)

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst bedanke ich mich bei all denen, die hier nachdenklich mit dieser Frage umgegangen sind und auch so geredet haben und nicht auf Ihre kurzfristige Schlagzeile oder andere Dinge Rücksicht genommen haben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe manchmal den Eindruck, und ich schaue nach rechts und nach links,

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Außen!)

zur FDP, dass die Schlagzeile Ihnen wichtiger als die Verantwortung ist, die Sie eigentlich für die Schulen, für die Menschen, für die Kinder haben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rückblick, den ich noch einmal kurz mache, war ja so, eben ist es schon erwähnt worden, dass die Landesvorsitzenden sich verständigt haben, den Konsens zu versuchen. Ich muss sagen, ich will hier ganz ehrlich sein, ich habe am Anfang nicht damit gerechnet. Als

(A) im Oktober der Briefaustausch war und die Landesvorsitzenden sich verständigt haben, man will das einmal angesichts der Probleme versuchen, die wir gemeinsam alle im Fachausschuss in den letzten Monaten diskutiert haben, die aus PISA bekannt sind, da habe ich gesagt, alle Hochachtung!

(Abg. B e i l k e n [DIE LINKE]: Das war nur für Weihnachten!)

Alle Hochachtung! Sie sollten einmal im Augenblick wirklich Ihren Mund halten! Ihr Landesvorsitzender hat da anders reagiert!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will ausdrücklich, nicht als erstem dem Landesvorsitzenden der Linken, aber zunächst einmal unserem eigenen Landesvorsitzenden und Herrn Röwekamp meine Hochachtung zollen, dass die beiden – das gebe ich einmal zurück, was Sie gesagt haben – das so durchgetragen haben, das fand ich schon à la bonheur. Ich will auch in die Richtung sagen, Ihr Landesvorsitzender hat bis zum letzten Augenblick mit Frau Alpers mitverhandelt und hat sich dann nicht getraut, hatte ich den Eindruck,

(B) (Zuruf des Abg. B e i l k e n [DIE LINKE] – Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Das ist ein Ordnungsruf, „Sie verbreiten Lügen“!)

aber sehr ernsthaft, Herr Beilken, völlig anders als Sie, sehr ernsthaft mitverhandelt, weil es ihm nämlich genauso wichtig war, wie es all denen, die am Tisch gesessen haben, wichtig war, dass wir aus der Politik heraus einmal signalisieren, wir sind in der Lage, unser Wort zu halten, wir sind in der Lage, Verlässlichkeit und Stabilität auch für den Schulbereich zu verabreden.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zehn Jahre Schulfrieden könnte das bedeuten, und ich nehme heute die Signale wahr, dass wir das auch gemeinsam hinbekommen. Damit ist der Streit über Bildungspolitik längst nicht beendet.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, die Sorge von Herrn Rohmeyer können wir Ihnen nehmen!)

Wir haben noch so viel rot-grün zu gestalten, wir haben so viel, Herr Röwekamp selbst hat es in den Verhandlungen gesagt, über Finanzen und Ausstattung

und all diese vielen Fragen Inhaltliches zu gestalten. (C) Dort muss man sich doch gar nichts vormachen,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Rohmeyer wird nicht arbeitslos!)

da ist auch überhaupt nichts in Beton gegossen, im Gegenteil! Ich habe schon aus den letzten Wochen den Eindruck gewonnen, dass man durchaus, übrigens auch mit Herrn Dr. Buhlert, über die anstehenden Fragen, die ja im Konsens verabredet sind, reden kann, ob jetzt Obervielend oder Borchshöhe, dass man darüber durchaus reden kann und dass dort Beweglichkeit war. Ich will sagen, es war heute traurig, Sie so zu erleben. Ich kann es verstehen, dass Sie das tun mussten, Herr Dr. Buhlert, aber ich habe Sie völlig anders als einen schätzenswerten und ernsthaften Bildungspolitiker kennengelernt, und ich hoffe, Sie kommen wieder in diese Rolle und auch zu dieser Rolle zurück!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, um diesen Bremer Bildungskonsens sind wir in der Republik beneidet worden, und ich hoffe, wir werden auch weiter beneidet, weil wir ihn schließen. Er ist wirklich viel beachtet, es ist erstmalig – offensichtlich ist das einigen nicht klar, das hat es in der deutschen Geschichte noch nicht gegeben, man muss sich das einmal vorstellen – gelungen, sich über strukturelle Fragen im Bildungsbereich in aller Breite mit einer großen Mehrheit zu verständigen. (D)

Das ist schon etwas Besonderes, und das ist auch in der Bundesrepublik wahrgenommen worden. Ich hoffe, dass wir dieses Zeichen auch aus dem Land Bremen heraus setzen können, weil doch alle zugleich in der Bundesrepublik wissen, welche Probleme wir haben und dass unsere Kinder richtig ein Problem mit sich tragen, wenn wir sie weiter mit diesen Ergebnissen aus der Schule entlassen, weil wir im Konkurrenzettbewerb mit anderen Bundesländern stehen und sich dieser weiter verschärfen wird. Genau deshalb sollten wir versuchen, aus der Politik heraus diesen jungen Leuten zu signalisieren, wir tun hier etwas gemeinsam für die Qualität, wovon Struktur doch nur ein Element ist, damit unsere jungen Leute auch im Wettbewerb mit anderen bestehen können.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will auch deutlich sagen, ich werde die Unterschrift, die Herr Röwekamp schon geleistet hat, gern weiterreichen. Ich bin nicht die Landesvorsitzende, das geht an Herrn Beckmeyer. Ich glaube, dass wir vielleicht auch noch eine Chance haben, über die Os-

(A) terpause nachzudenken und dann eine Unterschrift zu leisten. Ich will auch noch einmal vor Augen führen, dass hier kein Verlierer und keine Verliererin und kein Gewinner und keine Gewinnerin in diesem Konsens sitzen. Wir haben, wenn ich das aufblättern würde, für jeden – wie sagen die Grünen immer? – Kröten gehabt, und wir haben für jeden auch positive Erfolge. Der Gesamterfolg für uns alle ist allerdings, dass wir diese zehn Jahre verabredet haben, in denen sich die Schulen entwickeln können, in denen sie nicht wieder überrollt werden durch andere Gesetze und durch andere Verabredungen, auch wenn Koalitionen stabil bleiben.

Sie haben gesagt, der Ausweg für Helden, den wir formuliert haben, nämlich dass wir uns zwischendurch im Konsens über wichtige Fragen unterhalten, sollte wirklich funktionieren, und ich glaube, er funktioniert auch. Ich will ganz speziell die Borchshöhe ansprechen, weil sie ja offensichtlich zumindest ein Anlass für einige war, auszubüchsen und hinter den Büschen zu verschwinden. Manchmal muss man in der Politik Dinge auch durchtragen. Ich will Ihnen einmal deutlich sagen, wenn wir die Borchshöhe diskutieren, dann war sie nicht im Konsens, zum Beispiel Frau Stahmann und auch mir nicht vor Augen, weil es nämlich ein ungewöhnlicher Fall ist. Hier will eine Schule von Klasse 1 bis Klasse 10 aufwachsen.

(B) Wir haben über Schulen – Grundschulen und Sekundarstufe I – diskutiert, die zusammenwachsen wollen. Das war zunächst einmal die Debatte, die wir hatten. Hier will eine Schule zu einem Sek-I-Standort aufwachsen, an dem es schon drei Sek-I-Standorte gibt, und sie selbst hat einen Zulauf von 20 Schülern in diesem Jahr und ist einzügig. Wir müssen für eine Sek-I-Schule nun auch darüber nachdenken, ob man Differenzierung in Fremdsprachen und viele andere Dinge anbieten kann. Das heißt, so einfach ist das nicht, selbst wenn man eine Reformschule daraus machen wollte, weil diese Schule gute Arbeit leistet.

Wir haben dort drei Sek-I-Standorte an dieser Stelle in Vegesack, und die Eltern aus dem Einzugsbereich wählen diese Schule ab. Ich kann nachweisen, in Richtung FDP, dass dort zwei Klassen an eine andere Grundschule abgewandert sind. Diese Eltern wählen diese Schule nicht an. Das mag mit dem Ganztagsangebot zu tun haben, das mag mit dem Konzept zu tun haben, ich weiß es nicht. Es gibt Eltern, die mögen diese Art der Schule, und es gibt Eltern, die sie nicht mögen. Das ist doch gerade das, was wir wollen, dass Eltern auch eine Wahl haben, aber sie wählen auch ab, und sie haben an dieser Stelle abgewählt. Deswegen muss man sich doch damit auseinandersetzen! Da ist das, Herr Röwekamp, was ich Ihnen allen vorgetragen habe: So einfach ist das Problem Borchshöhe nicht!

Ich habe zugleich im Senat eine Auflage, zwei Schulstandorte zu schließen. Wir haben in Vegesack in den nächsten zehn Jahren 150 Schulkinder weniger. Da soll ich einen weiteren Sek-I-Standort auf-

bauen? Ich habe einen Auftrag, es sei denn, die Bürgerschaft hebt den wieder auf, ich soll zwei Schulstandorte schließen. Ich rede jetzt nicht über die Schließung vom Schulzentrum Borchshöhe. Ich rede aber insgesamt von diesem Auftrag, und von daher, finde ich, ist es nicht so einfach, jetzt zu diskutieren, ob Schulen aufwachsen, zum Beispiel sechsjährige Schulen. Darüber haben wir uns nicht verständigt, das wäre eine Frage, die wir hier jetzt in einem solchen Konsens besprechen müssten. Natürlich habe ich den Schulen deshalb den Auftrag gegeben – gerade an der Borchshöhe –, eine Runde über Kooperation und Zusammenarbeit nachzudenken. Dann würde man sich nicht um die Schüler streiten, sondern würde für die Schüler zusammenarbeiten müssen. Das ist auch ein Auftrag, den Schulleitungen einmal anzunehmen haben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie Obervieland in Ihrem Schreiben ansprechen – obwohl ich mich eigentlich nicht so heftig mit der FDP auseinandersetzen wollte, tue ich es an dieser Stelle noch einmal! –, da ist eine Situation entstanden, durch welche Koalition auch immer, dass sich zwei Schulen in einem Gebäude – ich habe immer gesagt, ich wundere mich, wie diese beiden Schulen die gegenseitige Konkurrenz in einem Gebäude aushalten! – gegenseitig an einem Standort Konkurrenz machen. Das kann man doch nicht ernsthaft ertragen, das ist doch keine gute Arbeit, die da zustande kommen kann! Dann entscheiden sich diese beiden Schulleitungen aufgrund unseres Konsenses, dass es dort am Standort ein Gymnasium wird, auch das Gesamtschulkollegium ist bereit.

Dann habe ich in Richtung CDU, in Richtung FDP angefragt, weil ich es als meinen Auftrag angenommen habe – natürlich rede ich sowieso mit den Koalitionspartnern –: Geht es vielleicht, dass wir hier an diesem Standort auch 13 Jahre zulassen, weil es eine andere Schülerschaft sein wird als an einem Hermann-Böse-Gymnasium? Da sind meine Signale bisher positiv. Das heißt doch, hier ist Gesprächsbereitschaft, und hier kann man doch auch von Mal zu Mal versuchen, Lösungen für den Standort zu entwickeln. Ich finde, das ist doch das, was eigentlich dieser Bremer Konsens bewirken sollte.

Wenn ich dann höre, dass wir auf die Eltern achten sollen, dann ist, finde ich, der Zentrale Elternbeirat eine gute Station.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Die Presseerklärung zum Bremer Bildungskonsens! „Mit erheblichen Irritationen haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Bremer Bildungskonsens entgegen den Ankündigungen der Partei nicht zur Unterschrift gekommen ist. Dies stößt bei uns auf allergrößtes Unverständnis. Unabhängig davon, ob alle

(C)

(D)

(A) inhaltlich mit dem gefundenen Konsens einverstanden sind, herrschte jedenfalls Erleichterung darüber, dass nun eine Schulstrukturentwicklung in Gang gesetzt werden sollte, die zehn Jahre Bestandsschutz genießen sollte. Diese Entwicklung scheint nun wieder in Gefahr zu sein, und nicht nur das, es steht zu befürchten, dass es nun erneut zu ideologisch geprägten Strukturdebatten kommt, die den Mut zur Veränderung mit den ersten Schritten auf dem Weg zur Bekämpfung des Bremer Bildungsnotstands infrage stellt.“ Ich bitte um Entschuldigung, dass ich nicht darum gebeten habe, zitieren zu dürfen, ich mache es nachträglich! Dieser Text ist zustande gekommen im ZentralElternBeirat, der wahrlich auch nicht mit allem, was hier verabredet worden ist, zufrieden war, und dennoch hat er gesagt, das ist uns so wichtig – Herr Dr. Güldner Sie haben es noch einmal gesagt: das Entscheidende im Auge behalten –, das war ihnen so wichtig, dass sie zehn Jahre lang von uns signalisiert bekommen, es bleibt stabil, und sie können sich entwickeln. Es geht ja nicht darum, dass wir Stabilität machen, damit sie sich nicht entwickeln können, sondern damit sie sich der Qualitätsentwicklung widmen können, hat dieser ZentralElternBeirat uns noch einmal ins Gewissen geredet, besonders denen, die dies haben, aber auch hoffentlich einigen, die dies noch entwickeln. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren!

(B) (Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD) zur Geschäftsordnung: Es hat eben während der Rede der Frau Senatorin einen Zwischenruf gegeben, ich glaube, vom Abgeordneten Beilken. Ich würde das Präsidium bitten, feststellen zu lassen, was der Abgeordnete dazwischengerufen hat!

Vizepräsident Ravens: Ich bitte die Verwaltung nachzuschauen, was der Kollege gerufen hat!

(Abg. **Beilken** [DIE LINKE]: Das können wir sofort klären!)

Bitte, Herr Kollege Beilken!

Abg. **Beilken** (DIE LINKE) zur Geschäftsordnung: Ich hatte gesagt, dass dieser Kompromiss von kurzer Dauer und wohl nur ein Weihnachtsgeschenk war; eben auf die kurze Dauer angespielt, die sich ja nun auch gezeigt hat. Das war eigentlich alles und recht harmlos.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Ravens: Da bestehen Irritationen, wir lassen das von der Verwaltung prüfen und kommen dann darauf zurück.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/735 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und Abg. **Tittmann** [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abg. **Timke** [BIW])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass interfraktionell vereinbart worden ist, den Tagesordnungspunkt außerhalb der Tagesordnung, Hochseefischerei ökologisch und ökonomisch verantwortlich gestalten, Drucksache 17/734, nach der Mittagspause um 14.30 Uhr aufzurufen. Es ist eine Redezeit von bis zu fünf Minuten vereinbart worden.

Gesetz zur Änderung des Friedhofs-, Bestattungs- und Leichenrechts

Mitteilung des Senats vom 3. März 2009
(Drucksache 17/710)

1. Lesung
2. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen begrüßen die Reform des Bestattungswesens so, wie sie heute hier zur Abstimmung steht. Endlich wird der einstimmig gefasste Bürgerschaftsbeschluss von 2005 umgesetzt. Vielen Dank an den rot-grünen Senat, dass er handelt, die Zeit war wirklich reif für diese Reform!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Bereits während der Landtagsdebatte im Juni 2005 sagte Senator Eckhoff, Senator in der Großen Koalition, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „In diesem Sinne darf ich mich ganz herzlich bei den Koalitionsfraktionen und auch beim Bündnis 90/Die Grünen dafür bedanken, dass Sie den Antrag einstimmig verabschiedet haben. Es wird Zeit, dass wir auch in Bremen und Bremerhaven den veränderten Wünschen der Bevölkerung Rechnung tragen.“ – Soweit das Zitat! Damals beschlossen und im Wesentlichen neu eingeführt werden drei Dinge: Einerseits können Muslime in Zukunft Verstorbene prinzipiell in Leichentüchern bestatten lassen, so wie von ihrer Tradition vorgeschrieben. Die Bestattungsmöglichkeit in Leichentüchern ist uns wichtig, schließlich ist der Anteil der Muslime hier in der Bremer Bevölkerung nicht gerade gering, und auch sie müssen eine Bestattungsmöglichkeit haben, die ihren religiösen Bedürfnissen entspricht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Zweitens wird jetzt auf Bremer Friedhöfen die Möglichkeit eröffnet, dass man an Bäumen beigesezt werden kann, es werden sogenannte Baumfelder hergestellt. Das ist in Anlehnung an Friedwälder und ist auch eine neue Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger wünschen. Der dritte wesentliche Punkt der Novelle besagt, dass auch sogenannte Ökosärge erlaubt sein sollen, also Särge aus Pappe. Die Begründung für die damaligen Neuerungen hatte der damalige Abgeordnete Dr. Schuster in der Bürgerschaftsdebatte formuliert – ich zitiere aus der Debatte vom Juni 2005, weil sich natürlich auch die Begründung in vier Jahren nicht verändert hat –: „Ich glaube, es ist richtig zu realisieren, dass auch das Bestattungswesen von Zeit zu Zeit überarbeitet werden muss, weil sich auch der gesellschaftliche Umgang mit dem Tod im Zeitverlauf verändert. Das macht Anpassungen erforderlich, die sich dann auch in der Gesetzeslage niederschlagen müssen. Die Schwierigkeit, die man dabei beachten muss, und das hat der bisherige Diskussionsprozess gezeigt, ist, dass man eine Balance finden muss zwischen den bisherigen, wohlbegründeten Traditionen im Umgang mit diesem Thema und den zwangsläufigen Neuerungen.“ Ich möchte das jetzt nicht noch weiter ausführen, aber dieser Gedankengang schließt dann mit der Äußerung, dass das Gesetz bald vorgelegt wird.

Ich stimme mit den Aussagen von damals insofern überein, sonst hätte ich es an dieser Stelle nicht zitiert. Es ist aber festzuhalten, dass vier Jahre wirklich eine zu lange Zeit ist. So lange darf so etwas nicht dauern, und ich bin froh, dass hier jetzt gehandelt wird. Ich freue mich über diese Novelle des Bestattungsrechts. Der Hintergrund ist doch – und das dürfen wir, denke ich, nie aus den Augen verlieren –, viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich das, und darum geht es doch schließlich. Es wird endlich kultureller

und religiöser Vielfalt Rechnung getragen. – Vielen Dank! (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dennhardt.

Abg. **Dennhardt** (SPD)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Im Wesentlichen ist es wichtig, dass wir einen Beschluss erfüllen, der vor langer Zeit, nämlich am 22. Juni 2005, schon mit großer Einmütigkeit hier im Haus gefasst worden ist, und ich hoffe, dass sich diese Einmütigkeit auch trotz zweier zusätzlicher Fraktionen in diesem Haus fortsetzen wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden hier im Landtag lediglich den Rahmen dafür schaffen, dass letztlich die Umsetzung in den beiden Kommunen unseres Landes und darüber hinaus durch die Friedhofsträger erfolgen kann. Insofern werden wir das Thema auch heute noch einmal im Anschluss in der Stadtbürgerschaftssitzung haben. Ich werde jetzt darauf verzichten, die einzelnen Punkte, die meine Kollegin Frau Dr. Mathes hier schon aufgezählt hat, noch einmal aufzuzählen. Ich glaube, dafür ist unsere Zeit zu schade. Gerade wenn wir uns so einig in diesem Thema sind, muss ich Ihre Zeit dafür nicht in Anspruch nehmen. (D)

Ich will aber auch noch einmal betonen, dass es wichtig ist, dass wir hier einer gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen und damit in der Tat sowohl religiöser als auch kultureller Vielfalt den Raum geben, den es in unserer Gesellschaft braucht, und das ist gerade auch für uns als SPD wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Einen kleinen Hinweis will ich noch zum Thema gesellschaftliche Entwicklung geben – ich meine, dass wir in diesem Zusammenhang auch noch einmal die Möglichkeit nutzen sollten –, wir haben eine Informationspflicht eingeführt, was das Thema angeht, die Bestattungsmöglichkeit für Fehl- und Totgeburten einzuführen, dass wir auch eine Informationsmöglichkeit schaffen, insbesondere auch bei den städtischen Friedhöfen, die darauf hinweisen, dass fair gehandelte Grabsteine zu beschaffen sind. Wir haben solche Themen schon an anderer Stellen diskutiert. Ich finde, dass man das im Rahmen der Umsetzung in den Kommunen bedenken sollte, so etwas auch mit zu berücksichtigen. – Vielen Dank, und ich hoffe auf breite Zustimmung!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) **Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Präsident sagt mir gerade zwei Minuten, ich brauche die zwei Minuten gar nicht, denn Frau Dr. Mathes und Herr Dennhardt haben ja alles gesagt. Es geht zurück auf einen einstimmigen Antrag aus dem Jahre 2005, das Bestattungswesen in vier Punkten zu verändern. Diese vier Punkte sind hier genannt worden, ich brauche sie nicht noch einmal zu wiederholen. Wir finden es auch gut, dass das jetzt in eine Gesetzesänderung gemündet ist und dass jetzt der Abschluss aus dem Auftrag von 2005 erfolgt, und ich hoffe, dass wir da alle zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

(B) Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Gesetz zu! Ich werde in Zukunft einmal nachschauen, ob Stadtgrün genügend ausgestattet ist, um die entsprechenden Pflegeaufgaben, die auch damit verbunden sind und wahrscheinlich nicht kleiner werden, überhaupt leisten zu können. Das ist alles, was ich dazu sagen will! – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! 2005 waren wir leider beim interfraktionellen Antrag nicht dabei, heute müssen wir uns dazu verhalten. Damals hätten wir dem interfraktionellen Antrag zugestimmt, denn es ist richtig, Menschen haben ein Anrecht darauf, in der Form beerdigt zu werden, wie es möglich und nach ihren religiösen Vorschriften dann auch erforderlich ist. Darauf einzugehen ist richtig, und insofern ist es gut, dass jetzt Bestattungsmöglichkeiten im Leichentuch und an Baumfeldern geboten werden und dass auch andere Formen von Särgen möglich werden, insofern schließen wir uns hier dem Ansinnen an. Dass es so lange gedauert hat, ist eine Geschichte, die man vielleicht diskutieren könnte, aber auch nicht muss, denn jetzt wird hier die Sache endlich geregelt. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) **Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Es ist alles gesagt zur Sache, vielleicht sollte ich den Abstimmungsprozess nur kurz insofern beschreiben, als dass die Evangelische Kirche voll einverstanden war, auch mit dem ersten Entwurf, und die Katholische Kirche einige Anregungen hatte, die wir auch berücksichtigt haben. Dass allerdings die Bestatter der Meinung sind, es solle einen Zwang zur Beerdigung im Holzsaarg geben und eben diese Ökosärge, von denen Frau Dr. Mathes gesprochen hat, nicht eingesetzt werden sollten, dem sind wir nicht gefolgt, nur um das Bild komplett zu machen. Das Ziel der Reform ist eben, der Pluralität unserer Gesellschaft und auch der Trauer- und Bestattungsformen gerecht zu werden, Baumgräber zu ermöglichen, Gemeinschaftsanlagen zu ermöglichen und eben auch auf geeigneten Flächen die Bestattungen im Leichentuch zu ermöglichen.

(D) Vielleicht zu dem zweiten Thema, Grabsteine, noch ein Wort, Herr Dennhardt, weil Sie es angesprochen haben, darauf habe ich mich ein bisschen vorbereitet! Ich habe die Frage noch einmal in die Verwaltung gegeben, das ist natürlich ein ganz schrecklicher Gedanke, dass ausgerechnet beim Trauern um einen Menschen, der verstorben ist, sich das Ganze dann quasi auf einem Grabstein befindet, der mit Zwangsarbeit oder Kinderarbeit hergestellt worden ist. Das sollten wir alle nicht wollen, allerdings ist die Rechtslage im Moment ein bisschen schwierig. Es hat in der Stadt München 2007 den Versuch gegeben, das in der Friedhofsatzung festzuschreiben. Dagegen hat die Steinmetzinnung dort geklagt, nicht mit der Begründung, sie seien für Steine aus Kinderarbeit oder Zwangsarbeit, sondern mit der Begründung, sie könnten nicht sicher nachweisen, dass sie eben nicht mit Kinderarbeit oder Zwangsarbeit hergestellt worden sind. Dieser Klage der Steinmetzinnung hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am 5. Februar 2009 entsprochen, sodass die Regelung für nichtig erklärt worden ist. Etwas Ähnliches haben wir auch aus Rheinland-Pfalz, wo das Oberverwaltungsgericht im November 2008 entschieden hat, das sei nicht Sache der Gemeinde, und es wurde gesagt, es sei eben sicherzustellen, dass es dann im Rahmen des Außenwirtschaftsgesetzes – Diskriminierung von Produkten im internationalen Handel – zu ändern sei.

Ich habe mir jetzt vorgenommen, jemanden darauf anzusetzen, das juristisch zu prüfen, ob man das möglicherweise über eine Bundesratsinitiative machen kann. Als ersten Schritt auf jeden Fall würde ich es für sinnvoll halten, dass wir über die Zertifikate informieren, die es gibt, denn es gibt Zertifikate, die Informationen über ohne Kinderarbeit und ohne Zwangsarbeit hergestellte Produkte geben. In einem zweiten Schritt müsste man dann prüfen, ob man Einfluss nehmen kann auf eine eventuelle bun-

(A) des- oder europarechtliche Rahmenänderung, das prüfen wir. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Friedhofs-, Bestattungs- und Leichenrechts, Drucksache 17/710, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Da der Senat um Behandlung und um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt in eine zweite Lesung eintreten wollen.

(B)

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Friedhofs-, Bestattungs- und Leichenrechts in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Keine Entscheidungen über die Einleitung salzhaltiger Abwässer der Kaliindustrie ohne alle Anrainer der Flussgebietsgemeinschaft Weser

(C)

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,
der SPD, der CDU und der FDP
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/736)

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nicht das erste Mal, dass wir heute hier in der Bürgerschaft über einen Antrag gegen eine zusätzliche Weserversalzung diskutieren. Ich rufe es in Erinnerung: Im Oktober 2007 haben wir über alle Fraktionen hinweg, und darüber freue ich mich auch nach wie vor, einen Bürgerschaftsbeschluss gefasst, der sich dagegen gewehrt hat, dass die Kali & Salz GmbH 700 000 Kubikmeter salzhaltige Abwässer jährlich zusätzlich in die Werra einleiten wollten, und das hätte ja auch Folgen für die Weser. Wichtigste und immer noch aktuelle Punkte in dem Antrag waren die Aufforderungen, dass der Senat die Flussgebietsgemeinschaft auffordern sollte, sich gegen die geplante Einleitung von Salzlauge im Landkreis Fulda nahe Philippsthal durch eine 63 Kilometer lange Pipeline auszusprechen, sich aber auch für die Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie für eine Verbesserung der ökologischen und chemischen Zustände der Weser beziehungsweise auch der Werra einzusetzen und für die Absenkung des Grenzwertes einzutreten.

(D)

Es geht bei allem Respekt gegenüber Arbeitsplätzen und auch der wirtschaftlichen Aspekte einer Firma nicht an, dass sie die Ökologie riesiger Flussgemeinschaften, die Flora und Fauna in diesem Ökosystem gefährdet, gegen die Interessen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie agiert, die Trinkwassergewinnung, über die wir in Bremen wieder reden, oder auch technische Anlagen gefährdet – ich erinnere einmal in Bremen an das Weserwasserkraftwerk, aber auch an die Stahlwerke, die das Weserwasser zur Kühlung nutzen – und damit letztendlich den Steuerzahlern der Anrainerkommunen und den Ländern auf der Tasche liegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Weser ist in Bremen eines unserer größten Pfande. Wir haben gerade Marketingstudien vorgelegt bekommen, in denen noch einmal klar wird, dass die Bremer sich mit der Weser identifizieren. Die Weser ist ein Naherholungsgebiet und ein touristisches Objekt. Sie ist neuerdings auch Energielieferant, und dieses Pfand müssen wir schützen. Daher setzen wir uns in Bremen gegen die Salzeinleitung in die

(A) Werra ein, die in Bremen den Salzgehalt bis zu zehn Prozent erhöhen würde. Daher freuen wir uns auch so, wie wir es damals in unserem Bürgerschaftsantrag gefordert haben, dass ein runder Tisch ins Leben gerufen wurde, der die Aufgabe hat, mit Vertretern aller Anrainerländer, mit Interessengemeinschaften und der Kali & Salz GmbH gemeinsam nach Lösungswegen zu suchen, wie man zukünftig umweltschonend die anfallenden Laugenabwässer entsorgen kann, und das geht dann auch nur im Dialog. Dieser runde Tisch spielt dabei meines Erachtens eine große Rolle, und ich wünsche, dass die Kali & Salz GmbH, das möchte ich an dieser Stelle einmal ganz deutlich kritisieren, an diesem runden Tisch kooperieren soll und nicht Entscheidungen am runden Tisch vorbei treffen. Auch ein Land wie Hessen darf nicht allein die Entscheidung treffen. Alle betroffenen Anrainerländer müssen hierbei integriert werden!

Worum geht es? Wir stehen vor der Situation, dass es einen geplanten Staatsvertrag geben soll, dass ein sogenanntes Maßnahmenpaket zwischen den Ländern Hessen und Thüringen und der Kali & Salz GmbH unterschrieben werden soll. Eigentlich, das ist meine Auffassung, sollte es die Aufgabe eines runden Tisches sein, die Grundlage eines solchen Vertrages zu erarbeiten. Bisher liegt dem runden Tisch aber noch kein einziges Gutachten vor, wie man das Problem dieser Laugenabwässer technisch lösen kann. Trotz alledem sollte dieser Staatsvertrag am 28. Januar 2009 von dem runden Tisch unterzeichnet werden. Sie sehen, einmal eilt damit dieser Antrag heute, aber offensichtlich eilt es auch bei den Vertragspartnern, diesen Antrag schnell unter Dach und Fach zu bringen, da sonst das von ihnen präferierte Maßnahmenpaket – was das beinhaltet, werde ich gleich noch einmal sagen – bei Anwendungen des europäischen Rechts nicht mehr genehmigungsfähig wäre. Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie fordert nämlich die verbesserte Aufbereitungstechnologie der Kaliindustrie.

(B) Was steht in der Vereinbarung? Bis zum Jahr 2015 soll die Kali & Salz GmbH die Menge der Salzabwässer von bisher 14 Millionen auf sieben Millionen Kubikmeter pro Jahr halbieren. Das klingt erst einmal gut. Die Krux an der ganzen Sache ist aber, dass keine Laugenabwässer mehr in den Untergrund verpresst werden können. Stattdessen soll der ganze Rest in einer Übergangszeit in die Werra eingeleitet werden, das heißt, es bleibt alles beim Alten, beziehungsweise es wird noch schlimmer. Das bedeutet gleichzeitig auch, dass der Grenzwert, der eigentlich 2012 abgesenkt werden sollte, erst einmal für die Abwässer erhalten bleibt und erst in einem Genehmigungsverfahren festgelegt werden kann. Dieser Vertrag wäre ein Persilschein für die weitere Versalzung der Werra und damit auch der Weser. Das gilt es, hier zu verhindern!

Wir müssen sinnvolle Alternativen finden! Ob es die Pipeline in die Nordsee sein könnte, die ja auch

sehr umstritten ist, oder andere technische Lösungen. Diese Lösungen müssen ökologisch vertretbar sein. Das dürfen keine halbherzigen Kompromisse sein, und sie müssen, das finde ich ist der wichtigste Punkt, von allen Anrainerländern, also auch von Niedersachsen und Bremen, akzeptiert sein. Daher finde ich es gut, dass wir uns, so wie auch in Niedersachsen geschehen, hier interfraktionell dafür einsetzen wollen, dass dieser Vertrag zwischen den Ländern Hessen, Thüringen und der Kali & Salz GmbH nicht am runden Tisch und nicht an Niedersachsen und Bremen vorbei abgeschlossen werden darf. Daher danke ich Ihnen für die Unterstützung. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dennhardt.

Abg. **Dennhardt (SPD)*):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ausgangspunkt der Diskussion, die wir heute führen, war, dass die Verpressung der Salzlauge in Hessen nicht mehr fortgesetzt werden konnte, weil sie das Grundwasser verseucht hat. Seitdem fahren mindestens 120 Lkw-Ladungen täglich nach Thüringen, um letztlich über die Werra in der Weser zu landen. Dort werden zurzeit 25-mal zu hohe Grenzwerte erreicht, was die Salzlast angeht, und das auf Grundlage sehr, sehr alten Rechts. Es bestand die Absicht, und das ist letztlich der Ausgangspunkt der Diskussion, hohe Wasserstände zu nutzen, um eine weitere Salzlast über die Werra und die Weser abzutransportieren. Dies hätte dazu geführt, dass zusätzlich auch noch die Auen mit Salz belastet worden wären, die bisher davon verschont werden konnten. Dies ist völlig unzeitgemäß, insbesondere vor dem Hintergrund der heutigen EU-Wasserrahmenrichtlinie, die viel strengere Maßstäbe anlegt. Deswegen haben wir hier im Haus – meine Kollegin Frau Dr. Schaefer hat das schon erwähnt – am 18. Oktober 2007 mit Unterstützung aller Fraktionen einen Beschluss gefasst, der den Titel „Keine zusätzliche Einleitung von Salzabwässern in die Werra und Weser“ trug.

Ich würde gern mit Genehmigung des Präsidenten den Beschlusspunkt Nummer acht zitieren, damit auch die Komplexität des Problems noch einmal deutlich wird, mit der wir uns damals befasst haben: „Die Beteiligung der an der Weser liegenden Anrainer, Kommunen und Wassernutzer muss sichergestellt werden. Gleichzeitig soll die Firma K & S Kali GmbH dafür gewonnen werden, zusammen mit Umweltverbänden und Behörden eine Strategie zur Verringerung der Umweltbelastung und Sicherung der Arbeitsplätze zu entwickeln.“ Gerade für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die Arbeitsplätze hier auch sehr wichtig. Ein länderübergreifender

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) runder Tisch tagt seit 2008 auf dieser Basis. Er hat das Ziel, gemeinsame Lösungen zu entwickeln, die letztlich beiden Aspekten gerecht werden, dem Umweltschutz und den Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der SPD)

Hessen und Thüringen haben nun an dem runden Tisch vorbei mit der Kali & Salz AG einen Vertrag vorbereitet, der ein völlig falsches Signal darstellt, was den gemeinsamen Geist zum gemeinsamen Suchen nach Lösungen angeht. Deswegen stimmen wir diesem Antrag heute zu, weil wir zu einer gemeinsamen Entwicklung von Lösungen zurück wollen, die der Komplexität des Themas gerecht wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Inhaltlich haben ja schon die Kollegen Dennhardt und Frau Dr. Schaefer den Antrag erklärt. Das unterstreiche ich auch, und deswegen brauche ich es nicht noch einmal zu erklären. Ich möchte nur noch ein paar Gedanken dazu loswerden! Wir alle haben damals eine tolle Nebenerscheinung gehabt, als die Wiedervereinigung kam: Die Wasserqualität ist nämlich durch die Abschaltung alter Industriebetriebe besser geworden, und durch die höheren Standards, die dann eingesetzt worden sind, haben wir das auch hier in Westdeutschland deutlich in unseren Flüssen zu spüren bekommen. Darüber waren und sind wir alle froh.

(B)

Man muss sagen, dass Kali & Salz jetzt praktisch wieder den Rückwärtsgang einlegen will. Das ist nicht im Sinne von uns als Anrainerstaat oder von den anderen Anrainerstaaten. Deswegen haben wir auch schon im Jahr 2007 diesen Antrag eingebracht und bringen heute hier noch einmal einen Antrag ein. Es kann nämlich nicht angehen, dass wir hier einerseits als Anrainer über ein Wasserkraftwerk mit großen Auflagen reden, damit die Fische geschützt werden, oder dass wir darüber reden, dass wir wieder Badestrände einrichten, andererseits ein Stück weiter hinten die Verschmutzung aber wieder größer wird und sie wieder alles hineinkippen. Das passt nicht zusammen, und das ist nicht im Sinne der Bremer Politik insgesamt!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Was ich überhaupt nicht verstehen und akzeptieren kann, ist: Wenn man schon einen runden Tisch

*) Vom Redner nicht überprüft.

einrichtet, wartet man die Ergebnisse ab und lässt sie mit in den Staatsvertrag einfließen, der dann abgeschlossen werden soll. Wenn man es andersherum macht, man einen Staatsvertrag vorbereitet, damit dieser schnell unterschrieben werde, ist das eine Veräppelung und eine Nichtbeachtung dieses runden Tisches und für uns nicht akzeptabel.

(C)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern freuen wir uns von der Fraktion, dass alle Fraktionen hier im Hause weiter für eine saubere Weser streiten. Lassen Sie uns alle gemeinsam dafür streiten, dann wird es vielleicht auch klappen! – Danke!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ja schön, dass wir es mit der deutschen Wiedervereinigung erreicht haben, dass die Weser sauberer geworden ist. In der Tat ist es aber so, dass wir uns als FDP – und ich glaube, wir uns alle gemeinsam – eine Weser wünschen, die nur eine Belastung von 500 Milligramm pro Liter hat. Das ist die Grenze, die allgemein als Süßwassergrenze angesehen wird und in der auch Süßwasserfische in einer entsprechenden Artenvielfalt vorkommen, wie wir uns das für einen gesunden Fluss wünschen.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Insofern ist es unverständlich, wenn dann aus landespolitischer Sicht allein die Länder Hessen und Thüringen, in denen Kali & Salz vorrangig arbeitet, Vereinbarungen zulasten Dritter und der Oberlieger treffen. Vereinbarungen, die uns hier weiter belasten und insofern Auswirkungen haben. Diese Auswirkungen sind eben schon ausreichend beschrieben worden.

Es geht darum, dass solche Entscheidungen nur gemeinsam in den Flussgebietsgemeinschaften getroffen werden sollten. Es ist eine Geschichte, die man sich dabei auch einmal auf der Zunge zergehen lassen muss: Andere Flüsse als die Weser, die ja durchaus auch in Hessen fließen, werden nicht belastet. Ich möchte nicht der Belastung dieser Flüsse das Wort reden, aber es gibt einen Grund dafür, es sollen Süßwasserflüsse bleiben. Diese Behandlung hat die Weser auch verdient, und deswegen stimmen wir hier dem Antrag zu. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen diesem Antrag selbstverständlich zu. Wir sind auch der Meinung, dass die Einleitung von Salz oder noch mehr Salz in die Weser keine gute Idee ist, und wir wollen insbesondere an diesem Punkt selbstverständlich auch keinen Weg zurück in die alte DDR. Wir haben auch aus diesen Erfahrungen gelernt und sind deswegen der Meinung, dass man Umwelt auf diese Weise nicht belasten darf, auch nicht möglicherweise zugunsten von Arbeitsplätzen oder unternehmerischen Gewinnen. Das geht nicht, und es ist im Wesentlichen keine Frage von Gesetzen und Verordnungen, sondern es ist eine Frage der Erkenntnis, dass man diese Form von Umweltverschmutzung nicht betreiben darf. Man muss Gesetze und Verordnungen so anpassen, dass sie gewährleisten, dass das auch wahr wird.

Ich weiß nicht, wie es kommt, aber ich hätte diesen Antrag auch gern mit eingebracht. Normalerweise bin ich da nicht so empfindlich, das ist mir eigentlich ganz egal, aber wir verhandeln mit Thüringen, und da sind die Mehrheitsverhältnisse im Landtag ein kleines bisschen anders. Möglicherweise wäre es der Sache durchaus dienlich gewesen, wenn wir als Einreicherin oder Einreicher mit unter dem Antrag gestanden hätten. Im Übrigen ist es nach meinen Informationen so, dass unsere Partei in Thüringen sehr wohl dafür ist, diesen runden Tisch einzusetzen, und sehr dagegen ist, dass diese Verträge geschlossen werden.

(B)

(Abg. **D r . B u h l e r t** [FDP]: Den Tisch gibt es schon!)

Na ja, dass er weitergeführt wird und man sich an ihn hält! Okay?

(Abg. **D r . B u h l e r t** [FDP]: Genau!)

Ich bemühe mich um eine juristisch einwandfreie Ausdrucksweise, dann brauchen Sie nicht so oft dazwischenzureden! Aber Sie wissen ja, was ich meine!

Wir werden es unterstützen, und DIE LINKE in Thüringen hat ja möglicherweise auch nach den nächsten Wahlen etwas mehr Einfluss auf diese Dinge – ich will es hoffen! –, und dann kommen wir auch in dieser Frage weiter. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Thüringen und Hessen haben mit Kali & Salz am 4. Februar 2009, also vor wenigen Wochen, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung getroffen, in der Kali & Salz eine Bestandsgarantie zugesichert wird. Gleichzeitig hat Kali & Salz bis zum 31. Mai 2009 in den Ländern Hessen und Thüringen eine Gesamtstrategie zum Umgang mit seinen Abwässern vorzulegen, und die Vertragspartner haben sich dazu verpflichtet, bis zum 30. Juni 2009 über die von Kali & Salz vorgelegte Gesamtstrategie abzustimmen, also nur Hessen und Thüringen. Hierbei sollen auch die ökologischen Auswirkungen berücksichtigt werden. Die Vertragspartner haben sich gleichzeitig verpflichtet, diesen Prozess schriftlich zu dokumentieren.

(C)

Die Einschätzung der bremischen Landesregierung ist folgende: Es ist für uns absolut nicht nachvollziehbar, mit welcher Eile dieser Vertrag geschlossen worden ist. Das Gleiche trifft auf die dort gesetzten Fristen zu. Der runde Tisch zur Lösung der Salz-/Abwasserproblematik in Werra und Weser, von dem schon mehrfach die Rede war, an dem Bremen beteiligt ist, befindet sich derzeit in der Halbzeit und ist in gar keiner Weise in die Verträge eingebunden. Lediglich in einer Protokollnotiz zu dieser Verabredung heißt es, der runde Tisch solle informiert werden und Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Das ist für uns absolut inakzeptabel!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

(D)

Die Ergebnisse des runden Tisches sollen im Oktober dieses Jahres vorliegen, und wir sind der Meinung, dass man zumindest das Ende der Arbeit des runden Tisches hätte abwarten und die dort vorgeschlagenen Lösungen auch berücksichtigen müssen. Mit diesem Vorgehen widersprechen Hessen und Thüringen auch ausdrücklich ihren eigenen Zusagen. Sie haben, als der runde Tisch initiiert wurde, folgendes zugesagt, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Die Landesregierungen von Thüringen und Hessen und die Kali & Salz AG erwarten von der Arbeit des runden Tisches deshalb Vorschläge und Empfehlungen mit hoher Akzeptanz. Thematisch wird die Entwicklung von Vorschlägen zu einer wirksamen Verringerung der Salzbelastung von Werra und Weser eine herausgehobene Bedeutung haben. Der runde Tisch hat die Aufgabe, hierzu gemeinsam mit dem Unternehmen Kali & Salz im Hinblick auf Machbarkeit und Akzeptanz tragfähige Lösungen zu entwickeln.“ Insofern kann man definitiv sagen, dass Hessen und Thüringen hier gegen ihre eigenen Verlautbarungen verstoßen.

Unabhängig vom Inhalt greift der Vertrag in das Recht der anderen Anrainerländer ein, eine Flussgebietseinheit Weser gemeinsam mit Hessen und Thüringen zu bewirtschaften, was die Europäische Wasserrahmenrichtlinie vorsieht. In diesem Sinne der Eu-

(A) ropäischen Wasserrahmenrichtlinie hätte Bremen zumindest erwartet, dass die Inhalte des Vertrages in der Flussgebietsgemeinschaft vor Unterzeichnung erörtert werden. Gleichlautend werden wir uns auch an die Länder Hessen und Thüringen wenden, um das Wort, das gegeben worden ist, einzuhalten.

Wir werden aber trotzdem, das möchte ich abschließend sagen, weiterhin konstruktiv an dem runden Tisch mitarbeiten. Nachdem die Diskussion über eine Einleitung der Abwässer in die Nordsee nach mehr als 30 Jahren nunmehr wieder neu belebt worden ist, sehen wir durchaus die Chance, mehr als 500 Kilometer Flusslauf mittelfristig von einer der größten Belastungen zu befreien. Ich darf sagen, wir begrüßen diesen Antrag, bedanken uns dafür und werden entsprechend agieren. – Danke schön!

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/736 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.56 Uhr)

★

Vizepräsidentin Dr. Mathes eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die unterbrochene Landtagssitzung ist wieder eröffnet.

Hochseefischerei ökologisch und ökonomisch verantwortlich gestalten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/
Die Grünen und der CDU
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/734)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Nagel, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Marken.

Abg. Frau **Marken (SPD)***): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Juli letzten Jahres hat die Bremische Bürgerschaft einhellig beschlossen, Überfischung zu stoppen und Wettbewerbsverzerrung in der Hochseefischerei zu beseitigen. Wir haben in der Debatte im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung unter maßgeblicher Beteiligung der Kuttergenossenschaft Cuxhaven und der Firma Deutsche See in Bremerhaven ein Pilotprojekt gestartet hat, das den unerwünschten Beifang deutlich vermindern und Discard verhindern soll. Das wissenschaftlich begleitete Projekt sollte die ökonomischen und ökologischen Vorteile grobmaschiger Netze und der verminderten Anlandung von Beifang nachweisen.

Was ist nun seitdem geschehen? Das Pilotprojekt hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Von Februar bis Dezember 2008 verringerten sich die Beifangquote und der Discardanteil drastisch. Seelachskutter fingen maximal drei Prozent Beifang und nur 0,1 Prozent Discard, den Kabeljau-Kuttern gingen höchstens 15 Prozent Beifang und nur 0,3 Prozent Discard ins Netz. Die Verwertung war optimal, codierte Fischarten konnten gut vermarktet werden und nicht marktfähige Arten wurden zu Fischmehl verarbeitet. Trotz dieser ökologisch und ökonomisch überzeugenden Bilanz wurde der im Dezember gestellte Verlängerungsantrag bislang nicht genehmigt. Das können wir nicht verstehen und appellieren an die im Bund Verantwortlichen, rasch die Weichen zur Verlängerung des erfolgreichen Projektes zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wie wichtig die Fortsetzung ist, zeigen diese Hinweise. Discard ist unverändert eine wesentliche Ursache der weltweiten Überfischung. International werden jährlich rund 20 Millionen Tonnen Fisch aus ungewollten oder verbotenen Beifängen ungenutzt über Bord geworfen; das entspricht durchschnittlich 20 bis 30 Prozent des Fangs, bei manchen Arten sind es sogar bis zu 80 Prozent. Schon diese wenigen Zahlen zeigen die unglaubliche Dimension dieser unverantwortlichen Verschwendung. Dies ist zudem überflüssiger Raubbau an Ressourcen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Mit dieser Auffassung, dass hier unverzüglich gehandelt werden muss, stehe ich nicht allein. Ausweislich der „Nordsee-Zeitung“ vom 17. März 2009, also dieser Woche, hat auch die Bundesregierung konstatiert, dass es verboten werden soll, Fische nach dem

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) Fang einfach wieder ins Meer zu werfen. Wir erwarten, dass dieser Erkenntnis kurzfristig Taten folgen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die Zeit drängt, deswegen fordern wir den Senat auf, bei der Bundesregierung auf eine rasche Fortsetzung und Ausweitung der sehr erfolgreichen Pilotprojekte zu drängen, darüber hinaus muss aus dem Discardgebot ein Discardverbot werden. Es wäre nicht zu akzeptieren, wenn angesichts der vorliegenden Ergebnisse die Verpflichtung beibehalten würde, verwertbaren Beifang wieder ins Meer zu kippen. Im Gegenteil, die Fischerei muss verpflichtet werden, allen Beifang anzulanden, um ihn ökologisch und ökonomisch sinnvoll zu verwenden. Daher bitten wir den Senat nachdrücklich, über Bundesrat und Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die EU-Fischereiregeln auf Basis der Ergebnisse des Pilotprojekts möglichst bald so novelliert werden, dass den Fischereibedingungen in den nördlichen Meeren Rechnung getragen wird. Wenn weiterhin die Bedingungen in den südlichen EU-Gewässern Maßstab für die Fischereiregeln der Gemeinschaft bleiben, werden wir auch künftig unnötigen Raubbau an den knappen Ressourcen unserer Fischgründe betreiben müssen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B)

Ich sage es einmal ganz überspitzt: Wenn die letzte Gräte auf dem Teller liegt, ist es zu spät! Ich bitte Sie alle um Zustimmung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Willmann.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Ihnen vorliegenden Antrag reagiert dieses Haus erfreulich einheitlich auf die Entwicklung der Meeresfischerei der EU seit dem Sommer letzten Jahres. Im Meer zählt die Fischerei derzeit zu den Nutzungen mit den stärksten Auswirkungen auf die Lebensräume und die Arten. Durch Überfischung und schädliche Fischereipraktiken werden die Meeresökosysteme stark beeinträchtigt. Weltweit sind knapp 24 Prozent der genutzten Fischbestände erschöpft oder befinden sich im Wiederaufbau. Weitere 21 Prozent sind überfischt oder am Limit, also voll befischt.

Von Überfischung spricht man, wenn mehr Fische aus dem Bestand entnommen, als durch natürliche

Reproduktion ersetzt werden. Die Überfischung hat bereits jetzt schon konkrete wirtschaftliche Einbußen zur Folge. In Neufundland sind zum Beispiel nach dem völligen Zusammenbruch der Kabeljaubestände, die sich bis heute auch nicht mehr erholt haben, Anfang der Neunzigerjahre 30 000 Fischer arbeitslos geworden. Wer Kabeljau fangen will, muss sich im Nordost-Atlantik ziemlich genau auskennen – denn es steht sehr schlecht um diese Fischart – und muss wissen, dass er weder auf der Färöer-Bank noch auf dem Färöer Plateau noch in der irischen See, noch vor Grönland, noch vor der norwegischen Küste, Westschottland oder dem Kattegat auch nur irgendeinen Kabeljau in sein Netz bekommt.

Im Nordost-Atlantik befinden sich 40 der 60 wichtigsten kommerziellen Fischbestände außerhalb sicherer biologischer Grenzen, in Nord- und Ostsee sind es sogar drei Viertel aller Fischbestände. Viele der für die deutsche Meeresfischerei wichtigen Fischbestände – darunter Kabeljau, Schellfisch, Scholle in der Nordsee, Dorsch in der Ostsee, Rotbarsch und Seehecht im Nordatlantik – befinden sich außerhalb sicherer biologischer Grenzen, das heißt, sie sind schlicht überfischt, und das zu Zeiten, in denen wir über unsere geliebte Maischolle nach Hausfrauenart nachdenken! Wenn wir hier nicht endlich mehr für die Scholle tun, dann brauchen wir uns keine Gedanken mehr darüber machen, ob wir sie nach Hausmänner- oder Hausfrauenart zubereiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

(D)

Was also tun? Neben der Einrichtung dauerhafter maritimer Schutzgebiete und fischereilicher Beschränkungen ist die Festlegung temporärer Schutzgebiete nach dem Verfahren der sogenannten Echtzeitschließung ein angemessenes Schutzinstrument. Dabei wird ein bestimmtes Meeresgebiet, wenn der Anteil an gefangenen Jungfischen darin sehr hoch ist, innerhalb einer kurzen Frist von bis zu vier Wochen für jegliche Fischerei geschlossen. Island und Norwegen machen dies übrigens drastisch vor und zeigen damit, dass eine Komplettsperre auch eine einfache Kontrolle nach sich zieht.

Das wohl ökologisch und ökonomisch Verwerflichste in der Fischereipraxis ist allerdings der Beifang oder der sogenannte Discard, wie er auch von der EU akzeptiert wird und im Moment von der gemeinsamen Fischereipolitik, soweit man sie so nennen kann, gebilligt und leider somit auch gefördert wird. Diese gehört aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen sofort gestoppt, denn zu den Hauptursachen der Überfischung gehört, dass nicht die tatsächlichen Fänge, sondern nur die Anlandungen in den Häfen registriert und gegen die gebilligte Quote angerechnet werden. In der Nordsee werden zum Beispiel jährlich etwa eine Million Tonnen Konsumfisch und 1,2 Millionen Tonnen Industriefisch angelandet; außerdem werden

(A) knapp 550 000 Tonnen Meerestiere als Beifang gefangen und dann überwiegend tot ins Meer zurückgekippt. Dies sind vor allem Jungfische kommerzieller Arten, aber eben auch Meeressäuger, Seevögel, Haie und Rochen. Sie werden zum größten Teil – und das legal! – in das Meer zurückgeworfen, also als Discard behandelt. 90 Prozent der Fische überleben diesen Rückwurf nicht, und die EU kann sich nicht einigen, denn das Schlimmste ist, dass sie derzeit nach dem Scheitern der gemeinsamen Fischereipolitik einen Einigungsprozess auch bis zum Jahr 2012 aufgegeben hat. Zur Vermeidung von Beifängen sollte möglichst das Ergebnis und nicht die Maßnahme vorgeschrieben werden, um die Fischereiwirtschaft weiter zu ermuntern, Innovationen bei selektiven Fangmethoden zu entwickeln und anzuwenden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies wird am besten gewährleistet, wenn der Rückwurf der Beifänge auf offenem Meer verboten wird, also ein Discardverbot erlassen wird, und stattdessen die Beifänge registriert angelandet und auf die Quoten angerechnet werden. Zu einem Discardverbot gehört auch ein Verwertungsgebot für Beifänge, weil Fänge, die nicht verwertet, sondern entsorgt werden, nicht mit dem Prinzip von Nachhaltigkeit und ökologischem Fischfang vereinbar sind.

(B) (Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Ihre Redezeit ist eigentlich zu Ende!

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will nur noch zwei Gedanken anfügen! Ein Rückwurfverbot zieht ein verändertes System von Fangquoten nach sich. Nullquoten wären dann nicht mehr angebracht, und in Verbindung mit einem Discardverbot benötigt man zunächst einmal Gesamtquoten, auf die man sich dringend einigen muss. Insofern unterstützen wir sämtliche Maßnahmen, die dazu führen, zu intelligenten Fischereisystemen zu kommen, die es den jungen Fischen und den Fischbeständen ermöglichen, sich in angemessener Weise zu erholen und weiterhin Fisch in unserer geliebten Nordsee zulassen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Allers.

Abg. Frau **Allers** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem Mittag wünschte man sich manchmal Netze mit ein bisschen kleineren Maschengröße, damit auch alle Kollegen erst einmal wieder ins Parlament kommen.

Maschengröße ist teilweise auch in diesem Antrag (C) Bestandteil.

Hochseefischerei ökologisch und ökonomisch gestalten, darüber sprechen wir. Doch was heißt das eigentlich? Fischbestände müssen zukunftsorientiert und nachhaltig bewirtschaftet werden. Dass Fisch lecker und gesund ist, brauche ich wahrscheinlich kurz nach Mittag sowieso niemanden mehr erzählen, und dass wir heute die Verantwortung haben, diese Ressource für den Genuss, das ökologische Gleichgewicht und natürlich auch als Existenzgrundlage der Fischfangindustrie, der Fisch verarbeitenden Industrie und handelnden Industrie für die Zukunft zu erhalten, ist sicherlich auch kein Thema mehr.

Ein großes Thema bei diesem Ziel ist natürlich das Beifangproblem, Frau Marken hat die Zahlen dazu schon genannt, damit möchte ich Sie gar nicht überfrachten. Das Projekt „Stopp Discard“ in der Nordsee hat sich diesem Problem gewidmet. Es gibt übrigens auch ein Projekt für die Ostsee, das FLOS-Projekt, mit einem ähnlich gelagerten Ziel; es sollen nämlich die tatsächlichen Beifänge in verschiedenen Fischereien festgestellt werden, um damit dann auch etwas realistischere Fangquoten auf wissenschaftlicher Datengrundlage errechnen zu können und auch die Eigenverantwortung der Fischer zu stärken. Das Zielführende in diesem Projekt ist nämlich auch hier, dass alle Beteiligten mit in einem Boot sitzen, das heißt, die Fischer mit der Erzeugergemeinschaft der Hochsee- und Kutterfischer, die Wirtschaft mit der Deutschen See – ansässig in Bremerhaven – und die Wissenschaft mit der Bundesforschungsanstalt Fischerei und natürlich wir als Politik im Land, im Bund und in Europa.

Die Ergebnisse dieses Projekts liegen vor, es wurde schon von den Vorrednern genannt, es spricht für sich. Daher also unser gemeinsamer Antrag, den Senat aufzufordern, sich in Bundesrat und Bundesregierung für die Verlängerung und Erweiterung des Projekts einzusetzen, aber auch für die Novellierung der oftmals ökonomisch und ökologisch sehr unsinnigen EU-Vorschriften, die es derzeit noch gibt.

Ich sprach vorhin darüber, dass alle in einem Boot sitzen. Lassen Sie mich noch ein paar Worte zur Überfischung sagen! Es gibt schon einen Unterschied zwischen Arten und Beständen, und wir sprechen hier natürlich nicht von bedrohten Arten, sondern von bedrohten Beständen, Herr Willmann führte das schon aus. Das sind dann aber auch gerade die Bestände, in denen sich gezielte Fischerei aus ökonomischen Gründen nicht mehr lohnt. Die Welternährungsorganisation prüft seit Jahren und immer mit relativ konstanten Zahlen die Bestände, und da ist es eben so, wie Sie gesagt haben, 25 Prozent gelten als derzeit überfischt, 50 Prozent sind nicht mehr steigerungsfähig, aber bei ordentlicher Befischung die nächsten Jahre noch weiter befischbar, und 25 Prozent sind theoretisch noch ausbaufähig.

(D)

(A) Nicht hilfreich in der Sache sind manchmal Schlagzeilen, die da lauten, 75 Prozent der Bestände sind überfischt oder bedroht. Denn einen Keil zwischen ökologische und ökonomische Interessen zu treiben, ist sicherlich nicht sehr hilfreich, wenn man gemeinsam nach einem Weg suchen will, wie man denn in Zukunft die gemeinsame europäische Fischereipolitik gestalten will. Dazu tragen natürlich Pilotprojekte wie „Stopp Discard“ bei, aber eine vernünftige und zukunftsorientierte Fischpolitik muss meiner Ansicht nach auf vier Säulen stehen.

Erst einmal müssen natürlich die Beifänge zum Beispiel mit selektiven Fanggeräten reduziert werden, der Discard gehört verboten. Damit einhergehen muss natürlich auch ein Anlandegebot. Ein flexibles Fangquotenmanagement geht damit einher, denn die Fänge, die angelandet werden müssen, müssen dann auf die Quote angerechnet werden. Wie macht man das? Hält sich der Fischer vielleicht eine Quote in Reserve vor oder werden sie für das nächste Jahr angerechnet? Also, auch da kann man schon die Eigenverantwortung von Fischern fordern.

Zweitens müssen die Vorgaben der Wissenschaft auch wirklich bezogen auf die Gesamtfischfangmengen berücksichtigt werden. Zurzeit ist es immer noch so, dass durch politische Rücksichtnahme ungefähr 48 Prozent der Gesamtfischfangmengen über den wissenschaftlichen Empfehlungen liegen. Die Fangvorschriften müssen drittens natürlich auch auf die verschiedenen Fanggebiete abgestimmt werden, und last, not least muss die illegale Fischerei bekämpft werden.

(B) Vorreiter in einer sehr vorbildlichen Fischereipolitik sind inzwischen Norwegen und Island, das wurde schon erwähnt. Dort gibt es ein Discardverbot, und es erfolgt eine Anrechnung auf Quoten im nächsten Jahr. Es gibt strenge Sanktionen, wenn dort zum Beispiel ein Schiff gegen diese Vorschriften verstößt, dann wird es entweder an die Kette gelegt oder es kostet 200 000 Euro Strafe. Wenn in europäischen Gewässern ein Schiff Fische fängt, die aufgrund der Quote bereits erschöpft sind, dann kostet das 2000 Euro Strafe. Wenn man einmal von meiner wegen zwei Tonnen Seezunge ausgeht, ist das, habe ich mir sagen lassen, ein Warenwert von ungefähr 35 000 Euro, da lacht natürlich manch ein Fischer über diese 2000 Euro Strafe.

(Glocke)

Ein Punkt, der dabei aber auch sehr stark berücksichtigt werden muss, ist, dass man EU-weit auch die Sanktionen harmonisieren kann, auf einem hohen Niveau natürlich, damit man dann keine Wettbewerbsverzerrungen hat.

Ich komme zum Schluss, mit einem kleinen Zitat von Herrn Senator Nagel aus der letzten Debatte vom 3. Juli zu einem ähnlichen Thema. Da haben Sie gesagt: „Wir müssen ganz viel von unten drücken,

damit in Brüssel etwas ankommt.“ Ich bitte Sie alle, drücken Sie mit! – Danke! (C)

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Hauptproblem dieses Dringlichkeitsantrags ist eigentlich, dass gar keine Dringlichkeit vorliegt. Diesen Antrag hätten Sie ganz normal in die nächste Bürgerschaftssitzung einbringen können. Mit Ihrem Dringlichkeitsantrag haben Sie eigentlich nur die Verwaltung der Bürgerschaft auf das Äußerste belastet. Meine Damen und Herren, hier liegt keine Dringlichkeit vor, das hätten Sie auch über die Senatsdienststelle in Auftrag geben können.

(Abg. **R o h m e y e r** [CDU]: Wir machen unsere Anträge selbst!)

Werter Herr, wenn wir jetzt hier einen Dringlichkeitsantrag bekommen hätten, der die Senatsdienststelle von Herrn Mäurer dazu aufgefordert hätte, die Waffenrichtlinien Bremens aufgrund der letzten Tötungsdelikte zu überprüfen, dann wäre es ein Dringlichkeitsantrag gewesen, aber dies hier ist keiner. (D)

Fakt ist jedoch, dass über die EU-Regelungen ein extremer Bestand an Beifang vorliegt, das heißt, bis zu 90 Prozent der Fische müssen dann wieder ins Meer geworfen werden und sind zum großen Teil nicht mehr überlebensfähig. Daraufhin wurde ein Pilotprojekt entwickelt, an dem Bremerhavener Fisch- und Fischerbetriebe maßgeblich beteiligt waren. Mit diesem Projekt, wie von Herrn Willmann schon dargestellt, war es dann möglich, den Beifang drastisch zu senken, das heißt, bei Seelachs-Kuttern haben wir nur noch einen Beifang von 3 Prozent und bei Kabeljau-Kuttern von 15 Prozent. Ich denke, das ist ein sehr gutes Ergebnis des Pilotprojektes. Wir, die LINKEN, werden diesem Antrag dementsprechend zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ob etwas dringlich ist oder nicht, wird zu Beginn der Debatte von der Bürgerschaft beschlossen,

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, bei der CDU
und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) und ich habe nicht gesehen, dass DIE LINKE gegen die dringliche Behandlung dieses Antrages gestimmt hätte. Insofern habe ich Sie jetzt nicht ganz verstanden.

(Abg. Frau T r o e d e l [DIE LINKE]: Wir unterstützen den Antrag, nicht die Dringlichkeit! Das ist ein Unterschied!)

Trotzdem ist es doch eine Sache, wenn wir denn die Zeit haben, dass man solche Dinge dann auch bespricht, wenn sich herauskristallisiert, dass sie wichtig sind, und dass das wichtig ist, das beweist ja, dass wir hier schon mehrfach darüber geredet haben.

In der Tat ist es doch so, dass hier gesehen werden muss, dass Fische nicht unnütz getötet werden. Unnütz heißt, dass Fische wieder zurück ins Meer geworfen werden, dort verenden, das Meer übrigens belasten, weil tote Fische eben nicht so gut im Meer schwimmen und natürlich auch von anderen Fischen nicht so gut gefressen werden wie lebende. Insofern ist das alles eine Sache, die einfach dazu führt, dass man fragen muss, wie gehen wir als Menschen hier mit Mitgeschöpfen um, und da muss man sich dann einfach die Frage stellen: Sind die Regelungen, die bis heute dafür da sind, ausreichend? Hier im Hause ist die Meinung einhellig, denn auch wir werden diesen Antrag unterstützen, die Regelungen reichen bisher nicht aus, sie müssen auch über die EU hinaus auf die anderen Fischfangnationen ausgeweitet werden. Das gilt übrigens auch für die Strafen, denn auch da nützt es nur, wenn das alle gemeinsam machen und gemeinsame Niveaus haben. Ich will nicht, dass es zu Ausflagungen von Kuttern nur aufgrund von geringeren Strafen an anderen Orten kommt.

(B) Insofern ist das eine Sache, bei der wir alle gemeinsam hier den Druck machen müssen und wollen, damit diese Regelungen, die hier in diesen Pilotprojekten positiv, sie sind ja alle beschrieben worden, herausgekommen sind, dann auch weiter greifen und von mehreren umgesetzt werden, nämlich am Ende des Tages von allen, weil sie sich als vorteilhaft erwiesen haben im Sinne der Schonung der Mitgeschöpfe, die im Meer schwimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Marken.

Abg. Frau **Marken** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, Herr Kollege, eigentlich schade, dass Sie bei so einer einhelligen Auffassung hier einen Schlenker hereinbringen. Herr Dr. Buhlert hat es Ihnen erklärt, Sie hätten also jederzeit sagen können, dass Sie das nicht für dringlich halten, das ha-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

ben Sie aber nicht gemacht. Ich will Ihnen einmal sagen, dieser Antrag ist auch ein Beispiel dafür, dass ein Parlament auch relativ schnell reagieren kann.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Diese Idee ist am 5. März entstanden, und ich weiß nicht, ob Sie keine Einladung hatten, dann sind Sie entschuldigt. Der Presseclub in Bremerhaven hatte zu einer Veranstaltung eingeladen, und auf dieser Veranstaltung hat der Vertreter der Deutschen See dargestellt, was aus diesem Pilotprojekt geworden ist und wie dringlich das ist. Frau Allers war auch auf dieser Veranstaltung, und wir haben uns sofort nach der Veranstaltung zusammengetan und gesagt, das müssen wir in die Bremische Bürgerschaft einbringen. Ich finde, es ist dann notwendig, etwas zu tun und nicht noch ein bisschen zu warten, wie die anderen das machen. Insofern freut mich hier die Einhelligkeit sehr, aber solch ein Argument sollten Sie sich vorher noch einmal genau überlegen, bevor Sie es hier vortragen. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Nagel.

(D)

Senator Nagel: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für diesen Antrag! Man muss in der Tat bei der EU nicht nur dauerhaft, sondern immer wieder drücken, und deshalb ist auch alles vorbereitet, dass der Beschluss, sofern ihn die Bürgerschaft so trifft, auch an die Stellen kommt. Ich werde darauf gleich noch kurz eingehen.

Man wird ja für solche Plenardebatten vorbereitet, und in meiner Vorbereitung gibt es immer eine Rubrik „Votum aus fachpolitischer Sicht“, also eine rein fachliche Bewertung, keine politische Bewertung. Dort heißt es: „Der Senator für Wirtschaft und Häfen unterstützt den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU in vollem Umfang.“ Das heißt, politisch und fachlich unterstützen wir diesen Antrag voll und ganz.

Die EU ist ja auch in einer gewissen Handlungspflicht, zumindest dann, wenn sie die Verhandlungen mit Norwegen und Island über ein Abkommen ernst nimmt, denn dort ist, wie es schon ausgeführt worden ist, dieses Thema bereits positiv so geregelt, wie wir es für die gesamte EU haben wollen. Es scheint nach dem, was wir aus Brüssel hören, dass die Bearbeitung dieses Fortsetzungs- und Erweiterungsantrags ein Stück weit daran klemmt, dass man Sorge hat, in die Fangquotendiskussion insgesamt zu kommen. Das ist ja ein sehr schwieriges Feld auf dem EUParkett. Ich bin aber sehr froh, dass die Fischer angeboten haben, da zu Regelungen zu kommen, näm-

(A) lich dass die gefangenen Fische auf die Quote angerechnet werden. Es geht lediglich darum, dass die bisherigen Fangtageregelungen ausgeweitet werden, also sind die Fischer auf die Kommission zugegangen. Nichtsdestoweniger ist bisher keine Entscheidung gefallen.

Nun sind wir in einem Jahr, in dem über das Europaparlament neu entschieden wird, auch die Kommission wird neu zusammengesetzt. Es ist also ganz schwierig, im Moment verbindliche Entscheidungen der Kommission zu bekommen. Ich werde der zuständigen Bundesministerin und auch dem zuständigen Kommissar auf EU-Ebene den Bürgerschaftsbeschluss zur Kenntnis geben, werde mir auch erlauben, die EU-Abgeordneten aus dem Land Bremen anzuschreiben und sie und unsere Landesvertretung in Brüssel auch bitten, das bei den Kommissionsdienststellen noch einmal zu hinterlegen. Wir werden auch für eine englische Übersetzung sorgen, sodass niemand sagen kann, dass man den Beschluss, der ja auf Deutsch gefasst wird, in Brüssel nicht verstehen kann. Noch einmal ein Dankeschön für die Unterstützung. Ich werde Sie über die Ergebnisse unserer gemeinsamen Bemühungen auf dem Laufenden halten.
– Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU mit der Drucksachennummer 17/734 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Antrag.

(Einstimmig)

Reform der Jobcenter darf nicht scheitern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,
der SPD und der CDU
vom 18. März 2009
(Drucksache 17/737)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht vorweg ein paar Worte zur Historie, man konnte es in den letzten Tagen nachlesen. Das Bundesverfassungsgericht hatte am 20. Dezember 2007 die jetzige Mischverwaltung der Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und Bundesagentur für Arbeit für verfassungswidrig erklärt. Davon sind im Land Bremen die BAGIS und ARGE Job-Center-Bremerhaven betroffen.

Sie haben das deswegen getan, weil sie gesagt haben, diese Mischverwaltung verstößt gegen den Grundsatz der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung und führt zu einer Kompetenzverschiebung zwischen Bund und Ländern. Gleichzeitig hat das Gericht aber damals festgehalten, dass Hilfen aus einer Hand sinnvoll sind. Das Gericht hat dem Bund und den Ländern eine Frist bis 2010 gegeben, um das neu zu ordnen. Für uns war dieses Urteil in der Sache eine Katastrophe, nichtsdestoweniger muss man sich dann damit auseinandersetzen.

In der Folge wurden in Bund, Ländern und Kommunen alle möglichen Modelle diskutiert, es wurden Rechtsgutachten eingeholt, und auch wir in der Bremischen Bürgerschaft haben uns im letzten Jahr im Juni damit beschäftigt. Es gab drei Anträge dazu von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, der CDU und der FDP, die sinngemäß das Gleiche wollten, nämlich die Verfassungsänderung. Es gab gewisse Nuancierungen, aber alle sprachen sich für eine Verfassungsänderung aus, und das taten sie deshalb, weil sie der Auffassung waren, Hilfen aus einer Hand sind sinnvoll und auszubauen, weil das bürgernah ist. Arbeitslose sollen nicht zu verschiedenen Ämtern laufen, sie sollen auch nur einen Leistungsbescheid bekommen. Wir wollten ein einheitliches Leistungsrecht beibehalten. Es darf nämlich keinen Unterschied machen, wo die Arbeitslosen wohnen, ob die Kommune arm oder reich ist, und wir wollten größere Handlungsspielräume in der Arbeitsmarktpolitik bekommen, weil es nämlich in den Problemen einen Unterschied macht, ob man in Passau, München, Cottbus, Bremen, Bremerhaven oder sonst wo ist. Man braucht da angepasste Lösungen; wenn man es auseinanderzieht, wäre das sicherlich nicht möglich, und wir wollten eine Lösung, die auf Dauer angelegt ist.

In der Folge haben sich auch die Arbeits- und Sozialminister eingehend damit befasst. Es gab intensive Diskussionen zwischen der Bundesregierung, den Arbeits- und Sozialministern der Länder, den kommunalen Spitzenverbänden und so weiter, intensive Prüfungen gab es, und am Ende hat man sich darauf geeinigt, dass eine Verfassungsänderung das Mittel der Wahl ist, und das wurde dann auch so vorgestellt. In dieser Verfassungsänderung wurde, ich will es kurz nennen, die verfassungsrechtliche Absicherung der Mischverwaltungen vereinbart. Sie

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) sollen zukünftig Zentren für Arbeit und Grundsicherung heißen, in der Abkürzung ZAG, darin wurde geregelt, dass es einen gemeinsamen Bescheid für passive Leistungen geben soll. Passive Leistungen sind das Arbeitslosengeld, das Wohngeld und einige sonstige Leistungen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsagentur und der Kommune sollte gewährleistet bleiben, der Bund bleibt in der zentralen Finanzverantwortung, was auch gerade für ein Bundesland wie Bremen wichtig ist, und die Zentren für Arbeits- und Grundsicherung sollten als Anstalt öffentlichen Rechts aufgebaut werden. Das war eine ganz große Chance, weil das nämlich bedeutet, man kann einen einheitlichen Personalkörper aufbauen.

Im Moment haben wir die Situation, es gibt kommunale Beschäftigte, es gibt Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit, und es gibt jede Menge befristete Beschäftigte, was große betriebliche Probleme bereitet. Sie werden auch alle unterschiedlich bezahlt, und im Übrigen betrifft das in etwa 60 000 Personen, die in diesem Zusammenhang arbeiten, davon 14 000 befristet. Eine gemeinsame Anstalt öffentlichen Rechts wäre also ein großer Erfolg gewesen, weil es die Möglichkeit einer einheitlichen Personalentwicklung, einer einheitlichen Personalvertretung, eines einheitlichen Tarifrechts und so weiter bietet. Was auch aus einer arbeitsmarktpolitischen Sicht ein großer Erfolg ist: Die Handlungsspielräume vor Ort wurden ausgeweitet, damit wir hier vor Ort mehr kommunale Entscheidungen treffen können.

(B) Was ist jetzt passiert? Sie alle konnten es in der Zeitung nachlesen, die CDU-Fraktion in Berlin hat diese Reform zum Scheitern gebracht, im Übrigen auch sehr zum Ärger der CDU in den Ländern. Herr Rüttgers und Herr Koch haben sich sehr klar dazu geäußert, immerhin. Es war ein Kompromiss einer Reform, der von allen 16 Ländern getragen worden ist, und in vielen Ländern stellt die CDU ja den Ministerpräsidenten.

Ich habe aus der Bundestagsfraktion der CDU auch kein vernünftiges Argument gehört, weshalb sie das getan haben, ich habe die Presse ausgiebig studiert. Sie sagen auf der einen Seite, es sei ein bürokratisches Monster. Ich kann nur sagen, wenn getrennte Aufgabenwahrnehmung gemacht werden soll, dann ist es ein Monster für die Menschen, die zu verschiedenen Behörden gehen müssen. Ich finde, das ist ihnen nicht zuzumuten.

Ein zweites Argument war, die Optionskommunen sind nicht abgesichert. Ja, sie sind aber nach der jetzigen Situation auch verfassungswidrig, sie können im jetzigen Modell auch nicht bestehen bleiben! Das letzte Argument, das ich gehört habe, finde ich besonders unpassend, das hat Herr Kauder aus der Bundestagsfraktion gebracht: „Wir haben verhindert, dass

während der großen Wirtschafts- und Finanzkrise Arbeitsagenturen mit sich selbst und dem Aufbau von neuen Strukturen beschäftigt wären.“ Da war ich, ehrlich gesagt, ein bisschen ratlos, weil das, was er jetzt erreicht hat, genau das Gegenteil ist. Er hat erreicht, dass sich die Arbeitsagenturen mit sich selbst beschäftigen müssen. Sie können jetzt alles wieder auseinanderpflücken, die Arbeitsagenturen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dann die nächsten anderthalb Jahre mit sich selbst beschäftigt sein, und das mitten in der Krise! Das ist weder den Beschäftigten noch den Arbeitslosen zuzumuten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist das Gegenteil von dem, was die Arbeitslosen jetzt brauchen. Sie brauchen Verlässlichkeit, gerade in der Krise, und sie brauchen nicht zusätzliche Verunsicherung. Wir werden, davon gehen alle aus, mehr Arbeitslose in der Krise bekommen, und auch die brauchen Verlässlichkeit, und auch die Beschäftigten, die dort arbeiten, brauchen Sicherheit und Verlässlichkeit, und zwar jetzt! Die Situationen, die wir in den letzten anderthalb Jahren hatten, waren für die Beschäftigten verunsichernd genug. Damit muss aus unserer Sicht Schluss sein!

Wir wollen eine Einigung noch in dieser Legislaturperiode, das ist uns wichtig. Deswegen haben wir jetzt auch den Antrag vorgelegt, in dem wir alle Fraktionen im Deutschen Bundestag auffordern, dem Vorschlag des Bundesarbeitsministers und der 16 Arbeits- und Sozialminister zuzustimmen und die Verfassungsänderung mit den entsprechenden einzelgesetzlichen Regelungen einzuleiten. Wir fordern gleichzeitig den Senat auf, eine Grundgesetzänderung mit den einzelgesetzlichen Regelungen in den Bundesrat einzubringen. Ich bin sehr froh, dass sich Bürgermeister Böhrnsen heute schon in der Presse in der Richtung geäußert hat. Ähnliches ist aus Nordrhein-Westfalen zu erwarten, auch Herr Rüttgers hat sich schon in der Richtung geäußert. Ich finde, die Arbeitslosen im Land Bremen sollen wissen, dass sie uns in dieser Situation an ihrer Seite haben.

Wir wollen bürgernahe Jobcenter, und wir wollen Hilfen aus einer Hand. Ich bin sehr froh darüber, dass es an dieser Stelle auch einen gemeinsamen Antrag mit der CDU gibt, dass es hier ein gemeinsames Signal aus dem Land Bremen an den Bund gibt – ich bin sicher, andere Länder werden an der Stelle auch folgen – und dass es ein klares Signal gibt, dass wir in dieser Legislaturperiode an der Stelle noch etwas auf den Weg bringen wollen, und deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Nestler.

(C)

(D)

(A) Abg. **Nestler** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Vorweg erst einmal: Frau Schön, ich glaube, Sie haben sehr detailliert die Geschichte des letzten Jahres, die Geschichte der Entstehung von Jobcentern und ARGEn hier dargestellt, das muss man nicht wiederholen. Uns von der CDU war eigentlich auch klar, dass Sie natürlich die Beschlüsse der CDU in Berlin angreifen. Trotzdem bedanke ich mich dafür, dass Sie dies in sachlicher Form gemacht haben, damit wir diese Anträge hier auch gemeinsam beschließen können, und dass das nicht in irgendeiner Art und Weise in Polemik ausartet.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Jobcenter, ARGEn, Mischverwaltung, Einzelverantwortung, mehrere Anlaufstellen, Kooperationen – ich frage mich eigentlich, wer da draußen von den Beteiligten überhaupt noch durchblicken kann. Die meisten verstehen gar nicht mehr, worum es geht. Worüber sprechen wir? Das ist der zweite Arbeitsmarkt, das ist – und das versteht fast jeder – der Bereich von Hartz IV, die dortige Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Programme und der Zahlung für Mieten und Lebensunterhalt. Die Debatte, die wir heute führen, ist mit Sicherheit nichts Neues; das hatten wir in ähnlicher Form schon vor einem halben Jahr, nur unter anderen Voraussetzungen.

(B) Worum geht es? Das Verfassungsgericht hat die Länder aufgefordert, die sogenannten Mischverwaltungen, sprich Einrichtungen zwischen Bund und Kommune, entweder aufzulösen oder verfassungsgerecht zu gestalten, da das derzeitige Modell der ARGEn oder Jobcenter aus der Sicht des Verfassungsgerichtes nicht verfassungskonform ist. Das Verfassungsgericht hat für diese Umstände eine Zeitvorgabe erteilt, und zwar Ende des Jahres 2010. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Arbeitsminister Scholz, insbesondere mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rüttgers, hat jetzt ein Modell erarbeitet, welches durch eine entsprechende Verfassungsänderung den Fortbestand der jetzigen Modelle ermöglicht. Alle 16 Bundesländer stimmten diesem Modell zu, und es stand die entsprechende Genehmigung durch den Bund aus. Dieser Gesetzentwurf wurde jetzt gestoppt, er fand nicht mehr die entsprechende Mehrheit. Die CDU-Fraktion im Bundestag war zu einer Zustimmung nicht mehr bereit.

Meine Damen und Herren, wir maßen uns nicht an, die Gründe, die wir im Detail gar nicht kennen, hier zu kritisieren. Wir sagen aber klar als Politiker, die für dieses Land, für Bremen und Bremerhaven, in der Pflicht stehen, dass unserem Land diese Entscheidung nicht zusagt, ja, dass sie uns sogar Schaden zufügen wird.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Lassen Sie mich einige Beispiele nennen! Man muss wissen, dass das Personal in den Kooperationen aus Beamten und Angestellten des Bundes und aus übernommenen Angestellten und Beamten der Kommunen überwiegend aus den Sozialämtern stammt. Dazu kommt eine große Anzahl von Mitarbeitern, die über Zeitarbeitsverträge eingestellt sind. Derzeit gibt es bundesweit 346 gemeinsame Einrichtungen, Frau Schön hat es gesagt, mit 60 000 Beschäftigten, davon rund 14 000 mit Teilarbeitsverträgen. In rund 60 Kooperationen laufen diese Zeitverträge bereits Ende 2009 aus. Das heißt, dass diese Menschen ohne einen entsprechenden Gesetzentwurf oder einer anderweitigen Regelung mit ihrer Entlassung zum Ende des Jahres rechnen müssen. Gerade die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beginnen jetzt schon, sich nach einer anderen Arbeit umzusehen. Den Rest finden wir dann wieder, auch bei der Agentur für Arbeit, nur jetzt auf der Seite der Arbeitslosen.

Nach neuester Meldung, ich habe sie gerade eben erst auf den Tisch bekommen, ist jedoch vereinbart worden, diese Verträge mindestens bis 2010 zu verlängern, damit erst einmal eine gewisse Sicherheit dort einkehrt. Was machen wir denn jetzt mit den von den Kommunen überstellten Mitarbeitern? Es ist ein großer Teil des Personals, des Sozialamtes zum Beispiel, in die Arbeitsgemeinschaften gewechselt, und zwar mit der Übertragung der Verträge und mit der Bezahlung aus der Agentur für Arbeit. Wenn es nachher tatsächlich zu dem Beschluss kommen würde, dass wir dies auflösen, würden diese Mitarbeiter in die Kommunen zurückfließen, das ist ihr gutes Recht. Fragen Sie sich doch einmal, wo wollen Sie die denn beschäftigen? Wie wollen Sie sie überhaupt bezahlen? Wissen Sie eigentlich, welches Problem da auf uns zurollt, wenn es so gemacht wird, wie es jetzt angedacht ist? Das kann es schlicht und einfach aus der Sicht zumindest Bremens nicht sein.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Wie sieht es dann aus mit der Aufteilung der Leistungen? Für das Arbeitslosengeld II und für die Arbeitsvermittlung ist der Bund zuständig, für viele andere Leistungen, insbesondere das Wohngeld, sind jedoch wir, die Kommune, zuständig. Noch, meine Damen und Herren, beteiligt sich der Bund aufgrund der Kooperation an den Wohngeldleistungen. Ich mag nicht daran denken, ob der Bund freiwillig das Land Bremen oder die Stadt Bremerhaven in diesem Bereich unterstützt, oder ob uns nicht 100 Prozent der Kosten zufallen, was Millionenbeträge sind und nicht irgendwelches Kleingeld.

Was ist mit den Menschen? Die CDU hat immer gesagt, bitte die Leistungen aus einer Hand, und zwar für den einfachen Bürger verständlich! Jetzt sollen wieder für das Arbeitslosengeld II und für die Sozialleistungen zwei verschiedene Stellen zuständig sein.

- (A) Zwei Mal bürokratische Anträge, die, wer sie kennt, schwerlich zu verstehen sind, zwei Mal Unterlagen, gleiche und verschiedene, zwei getrennte Anlaufstellen, manchmal zwei Meinungen zwischen zwei Stellen, die nicht einmal miteinander arbeiten können, selbst wenn sie es wollten – das kann einfach nicht der richtige Weg sein!

(Beifall bei der CDU)

Am Anfang habe ich gesagt, dass dies alles nichts Neues ist. Bereits am 24. Juni 2008 in der 24. Sitzung der Bremischen Bürgerschaft habe ich hier diese Dinge im Detail angesprochen, und zwar über einen Dringlichkeitsantrag der CDU. Die FDP brachte dann ihrerseits einen Antrag ein, und die Koalition brachte noch am Tag der Bürgerschaftssitzung einen eigenen Antrag ein. Diese Anträge hatten in der Tendenz die gleichen Ziele. Uns ging es damals in erster Linie darum, den Einfluss der Kommune auf die kommunale Arbeitsmarktpolitik zu erhalten, wenn möglich zu stärken. Auch damals standen wir mit unserer Meinung nicht allein, sondern die Ministerkonferenz und insbesondere der Deutsche Städtetag zielten in die gleiche Richtung.

- (B) Zur Diskussion stand damals die Einführung eines sogenannten kooperativen Jobcenters. Einfach gesagt, für die Kommune verblieben die sozialen Leistungen, Wohngeld und so weiter, und für den Bereich Arbeit wäre dann ausschließlich die Arbeitsagentur zuständig. Eine Beteiligung der Kommunen in diesem so wichtigen Feld wäre gleich null gewesen. Das, meine Damen und Herren, wollten wir nicht, und zum Glück ist es auch nicht so gekommen. Gesorgt hat dafür ein Antrag der Koalition, aber in Teilen nicht mit Begeisterung der SPD. Die Senatorin wäre sehr wohl auf die Einführung des kooperativen Jobcenters eingegangen. Zum Glück hat da jemand anders aus der Koalition nicht mitgemacht. Wenn ich damals das Arbeitsressort in der Deputationssitzung richtig verstanden habe, dann waren Sie, Frau Senatorin, für das kooperative Jobcenter. Wenn ich jetzt Ihre Presseerklärung lese, sage ich: Donnerwetter! Wie schnell kann man doch in Bremen seine Meinung ändern und nicht mehr für eine Teilung in diesem Bereich sein!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es gilt zu handeln, da ansonsten schon in diesem Jahr Änderungen anfallen, die wir so nicht wollen, nicht die CDU in Bremen, nicht die CDU in den Ländern, nicht die CDA und auch nicht der christliche Gewerkschaftsbund. Wir wollen einen starken Einfluss der Kommune, wir wollen die Leistungen aus einer Hand, wir wollen auch mehr Qualifikationen, die in einen Beruf führen, wir wollen die verstärkte Beteiligung der Wirtschaft an den Arbeitsmarktmaßnahmen. Am liebsten wollen wir viel weniger Arbeitslose, weil sie endlich Arbeit im

ersten Arbeitsmarkt gefunden haben. Dafür bedarf es einer Zusammenarbeit zwischen Kommune und Bund. Dahin tendiert dieser Antrag, darum haben wir uns ihm angeschlossen. Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, eine neue Entscheidung herbeizuführen beziehungsweise einzuleiten! – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eben noch gescholten, will ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, noch einmal ins Gedächtnis rufen, dass eben nicht nur die FDP aus Konsensentscheidungen aussteigt. So ist es halt im Leben. Die Betreuung von etwa 100 000 Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit ab dem Jahr 2011 ist nun wieder ungewiss, nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Reform der Jobcenter völlig unverhofft scheitern ließ. Unverhofft war es vor allem deshalb, weil sich der Beschluss gegen den von den eigenen Länderministerpräsidenten ausgehandelten Kompromiss zur Neuorganisation der Jobcenter stellte. Das Bundesverfassungsgericht, wir haben es jetzt schon zwei Mal gehört, hatte bekanntlich die bisherige Mischzuständigkeit von Bund und Kommunen als verfassungswidrig eingestuft, woraufhin die Länder sich nach sehr langen Aushandlungsprozessen auf eine Änderung des Grundgesetzes einigten.

(D)

Wir waren als LINKE grundsätzlich gegen die Umsetzung der Hartz-IV-Reform, wir möchten viel lieber ein System haben, welches jedem Menschen die Möglichkeit einräumt, in Notlagen eine bedarfssichernde und repressionsfreie Mindestsicherung zu erhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vorschläge haben wir auch gemacht. Die Chance könnten Sie nutzen. Das tun Sie nicht! Wenn wir aber auf das bisherige System blicken, stellen wir fest, dass zumindest die Priorität der Leistungsgewährung, der Hilfen aus einer Hand, richtig ist. Diese Prämisse steht aber derzeit auf dem Spiel. Der Bürokratie wird Vorschub geleistet. Leidtragende sind wie immer die Menschen, die dann ausschließlich verwaltet werden, die unter Druck gesetzt werden, die in der jetzigen Krisenzeit – und Sie werden mir sicherlich zustimmen, dass die Arbeitslosenzahlen im Zuge der Wirtschaftskrise noch deutlich ansteigen werden – unter dem Motto des Förderns und Forderns aufs Abstellgleis geschoben werden.

Die Doppelverwaltung müsste wieder eingeführt werden, heillooses Durcheinander wäre die Folge, Betroffene werden mit zusätzlichen Terminen belastet, und ihnen werden wiederum weitere Wege zugemu-

(A) tet. Von einer Alternative seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hört man nichts. Aber auch mehrere Hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Land Bremen schauen in eine sehr nebulöse Zukunft. Nach wie vor sind die BAgIS- und ARGE-Geschäftsstellen nicht ausreichend personell besetzt, aber Neueinstellungen und vertragliche Entfristungen sind in der derzeitigen Situation nur schwer umzusetzen. Der LINKEN erweckt sich viel mehr der Eindruck, dass Arbeitslosigkeit in die Kommunen abgeschoben werden soll, und genau das scheint für uns auch der Grund zu sein, weshalb die FDP sich nicht auf dem Dringlichkeitsantrag befindet.

Wir finden, Arbeitslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und muss in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung gelöst werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ausschließliche Kommunalisieren lehnen wir ab. Der Streit der Großen Koalition auf Bundesebene, das Liebäugeln mit der FDP und die damit verbundene Absage an den gemeinsamen Konsens dürfen nicht auf dem Rücken – ich sage ausdrücklich nicht auf dem Rücken! – der Menschen ohne Arbeit ausgetragen werden. Wir finden den Antrag richtig, das ist ja nicht immer der Fall. Wir stimmen diesem Antrag auch zu. – Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP *): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Nitz, ich bin etwas verwundert gewesen über Ihren Wortbeitrag und glaube, dass derartige Debattenbeiträge den Menschen, über die Sie gesprochen haben, am allerwenigsten helfen. Denn es geht doch darum, sich hier in der Sache damit zu beschäftigen, wie man solch ein Organisationsproblem vernünftig lösen kann. Ich kann Ihnen sagen, wir als FDP-Fraktion hier im Haus haben dazu, das ist auch von den anderen Rednern angesprochen worden, bereits im letzten Sommer sehr genau beschrieben, welchen Weg wir uns da vorstellen können.

(Beifall bei der FDP)

Dazu gehört in der Tat, dass wir glauben – übrigens mit großer Übereinstimmung hier im Haus –, dass die Kommunen aufgrund ihrer Nähe zu den Personen, um die es geht, und ihrer Kenntnis des örtlichen Umfelds geeignet sind, Verantwortung in diesem Bereich zu übernehmen und zu tragen, und das haben wir als FDP-Fraktion in der Tat auch in unserem Antrag

*) Vom Redner nicht überprüft.

damals, aber auch ich selbst hier in meinem Debattenbeitrag, eingefordert, dass die Kommunen eine wichtige Rolle bei der Betreuung von Arbeitslosen und Arbeitssuchenden spielen sollen.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es auch ziemlich unseriös, dann zu sagen, da wird ein Problem in die Kommunen abgeschoben. Die Kommunen sind der beste Ort, um dieses Problem zu lösen und zu bearbeiten. Wir glauben, dass diese dezentralen Strukturen geeignet sind, besser geeignet sind als Zentralismus und eine doch fern von denjenigen, um die es geht, befindliche Bundesagentur, die irgendwo weit entfernt sitzt und unabhängig von den Dingen, die sich vor Ort vollziehen, entscheiden soll. Das ist nicht unser Weg, und ich halte den Weg auch nicht für richtig und auch nicht für beschreibbar.

Ich habe mich damals gefreut, dass auch von sozialdemokratischer Seite, wo zuvor ganz andere Töne angeschlagen wurden, Bereitschaft bestand, diesen Weg mitzugehen, und sich in der Bürgerschaft auch entsprechend geäußert worden ist. Ich finde es auch begrüßenswert, wenn der Bürgermeister sich jetzt für dieses Thema stärker engagiert. Ich glaube, er könnte es noch glaubwürdiger tun, wenn er von Anfang an hinter dieser Lösung gestanden hätte und wenn die SPD vor allen Dingen von Anfang an hinter diesem Modell der starken Rolle der Kommunen gestanden hätte.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Gründen, warum wir uns jetzt diesem Antrag nicht als Antragsteller angeschlossen haben, könnte man natürlich in der Tat sehr viel sagen. Ich glaube allerdings nicht, dass das unbedingt etwas ist, was nun an dieser Stelle im Einzelnen ausgeführt werden muss. Ich kann Ihnen sagen, ich glaube, das Verfassungsgericht hat in seiner Entscheidung recht gehabt, dem Gesetzgeber bis 2010 die Möglichkeit zu geben, dies zu regeln, offensichtlich besteht da noch einiger Klärungsbedarf. Es ist kein Ausweis von Handlungsfähigkeit, das muss man in Richtung der Koalition auf Bundesebene sagen, unbeschadet der hier im Land Bremen vorgetragenen Meinungen der Parteien SPD und CDU. Dieser Großen Koalition auf Bundesebene ist es offensichtlich nicht möglich, dieses Gesetzgebungsverfahren in der laufenden Wahlperiode des Deutschen Bundestages abzuschließen. Da hätte ich mir mehr erwartet, und da dürfen auch die Arbeitssuchenden von einer Bundesregierung mehr erwarten, die auch dazu verpflichtet ist, diesen Menschen zu helfen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Ihnen für die FDP sagen, wir werden uns hier in Bremen gern an einer Lösung beteiligen, wir

(C)

(D)

(A) haben die Vorschläge dazu auf den Tisch gelegt. Wir werden uns auch als FDP im Bund einer konstruktiven Diskussion nicht verschließen. Es wäre mir persönlich, das habe ich in der Debatte im Sommer hier auch gesagt, lieb gewesen, wenn wir dieses Thema möglichst zeitnah im Interesse der Arbeitslosen hätten lösen können, dies wird jetzt offensichtlich nicht mehr möglich sein. Ich hätte es mir anders gewünscht, ich denke, wir alle hätten es uns anders gewünscht. Nun muss man sehen, was zu machen ist, und ich kann Ihnen eines sagen: Mit liberaler Mitverantwortung an der Bundesregierung wird es zu einer derartigen Situation in der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages nicht wieder kommen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau B u s c h
[SPD]: Gut geträumt!)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Ziegert.

(B) Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Worum es im Augenblick noch geht, und worum wir im Augenblick noch kämpfen – und ich bin froh, dass da im Grunde genommen trotz aller kleinen Hakeleien alle Fraktionen hier in dieser Bürgerschaft sich mit dem Senat einig sind –, ist doch ganz deutlich, wie wir jetzt im Interesse der Arbeitslosen das zentrale Anliegen der Arbeitsmarktreform, nämlich Hilfe, Betreuung, Grundsicherung und Arbeitsvermittlung für Langzeitarbeitslose aus einer Hand, erhalten können.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, es ist auch unser aller Anstrengung wert, in dieser Situation, die politisch ziemlich verfahren ist, zu versuchen, doch noch einmal alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Umstimmung in den Konstellationen in Berlin zu erreichen.

Dem Bundesverfassungsgericht geht es ja nur darum – ich sage jetzt auch ausdrücklich nur darum –, diese Konstruktion, die wir hier mit der gemeinsamen Betreuung der Arbeitslosen durch die Agentur und durch die Kommune haben, im Sinne des Verfassungsgerichts auf verfassungsrechtlich feste Füße zu stellen. Denn das Verfassungsgericht hat ja nicht irgendwie die Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaften Jobcenter angegriffen, nicht gesagt, dass sie schlechte Arbeit leisten. Ich möchte durchaus ausdrücklich sagen, trotz aller Kritik, die es ja immer wieder an den Jobcentern gibt, die sicher auf Anlaufschwierigkeiten, teilweise auch auf Personalfuktuation zurückzuführen sind und auch zum Teil auf sehr komplizierte Einzelfallregelungen, die auch noch geändert worden sind, läuft im Augenblick die Kooperation – nämlich die Kompetenzen der Arbeitsvermittler der Bundesagentur für Arbeit auf der einen Seite zu nutzen und die Kompetenzen der Mitarbeiter der ursprüng-

lichen Sozialämter auf der anderen Seite zu nutzen und zusammenzuführen – gut. Sowohl Umfragen als auch die Vermittlungserfolge bescheinigen eigentlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insgesamt unter den schwierigen Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, in diesen Jobcentern gute Arbeit leisten. Die Arbeit der Beschäftigten und auch die Betreuung der Arbeitslosen dürfen, glaube ich, jetzt nicht in letzter Minute noch aufs Spiel gesetzt werden.

Entgegen manchen Erwartungen haben sich die Länder und die Bundesregierung auf einen Kompromiss und sogar auf eine Grundgesetzänderung geeinigt. Ich gebe selbst zu, dass ich im Mai skeptisch war, ob dies zustande kommen würde, und ich denke auch – das, was Herr Nestler gesagt hat, das war ja ein bisschen witzig an Ihrem Beitrag, man musste ja zum Schluss denken, dass das nicht zustande komme, liege an Frau Senatorin Rosenkötter und nicht an der Bundestagsfraktion der CDU –, dass wir damals skeptisch waren, ob eine solche Lösung der Grundgesetzänderung gegangen wäre. Das lag doch daran, dass wir Zweifel hatten, ob dieses große Vorhaben der Grundgesetzänderung unter den politischen Konstellationen, die wir nun einmal haben, möglich sein wird. Ich will nicht hoffen, dass wir mit unserer Skepsis letzten Endes dann auch recht haben werden. Ich finde, das ist doch genau der Punkt, darum geht es doch im Augenblick, dass diese Grundgesetzänderung doch noch ermöglicht werden soll.

Der Kompromiss, der zustande gekommen ist, trägt nun alle Merkmale eines Kompromisses, und das heißt auch, dass er keine Ideallösung ist. Frau Schön hat schon darauf hingewiesen, es werden diese zentralen Zentren für Arbeitsvermittlung und Grundsicherung gegründet, die eigene öffentlich-rechtliche Anstalten mit einem eigenen Haushalt werden sollen. Das ist zunächst einmal gut für die Jobcenter, weil sie damit Planungssicherheit bekommen und auch über den eigenen Personalkörper verfügen können. Es liegt aber darin auch ein Problem, und ich glaube, dieses Problem müssen wir im Zusammenhang mit diesem Kompromiss in Zukunft im Auge behalten.

Ich sehe nämlich die Gefahr, dass mit diesen zentralen Arbeitsgemeinschaften möglicherweise neben der Agentur für Arbeit eine neue Säule der Arbeitsvermittlung geschaffen wird. Herr Dr. Möllenstädt, im Gegensatz zu Ihnen, halte ich es nicht für wünschenswert, das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit zu kommunalisieren. Wir dürfen nicht Arbeitslose erster und zweiter Klasse herstellen, bei denen die Arbeitslosen erster Klasse bei der Agentur sind, die Agentur, die im Augenblick im Übrigen ihre Qualität steigert, ihren Service ausbaut, Ansprechpartner für die Arbeitgeber auf dem ersten Arbeitsmarkt wird, und dann haben wir noch die Langzeitarbeitslosen als Arbeitslose zweiter Klasse bei den Jobcentern oder in Zukunft bei den ZAGs, für die dann nachher die lokalen Arbeitsmärkte oder der zweite Arbeitsmarkt,

(C)

(D)

(A) die öffentlich geförderte Beschäftigung da sind. Deswegen, meine ich, werden wir – wie auch immer in Zukunft die Arbeitsvermittlung gestaltet wird – sehen müssen, dass wir dies vermeiden, dass wir im Interesse der Arbeitslosen dafür sorgen müssen, dass die Kompetenzen, die die Arbeitsagenturen haben, die alle Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung haben, auch für die Langzeitarbeitslosen zur Verfügung stehen.

Nichtsdestoweniger, liebe Kolleginnen und Kollegen, schließen wir uns natürlich auch dem Appell an zu sagen, wir müssen noch einmal alle Anstrengungen machen. Wir hoffen auch, dass die Bemühungen der Ministerpräsidenten noch einmal erfolgreich sein werden, dass wir ein Auseinanderfallen der Jobcenter, die wir bisher haben, mit allen Folgen, die schon genannt worden sind, verhindern, für die Beschäftigten die Unsicherheit, das ist schon genannt worden, aber vor allen Dingen auch für die Arbeitslosen.

Herr Nestler hat sich dafür bedankt, dass hier relativ unpolemisch mit dem Verhalten der CDU-Bundestagsfraktion umgegangen worden ist. Ich glaube, man muss aber trotzdem sagen, dass diese Haltung gegenüber den Arbeitslosen ziemlich verantwortungslos zu bewerten ist und dass wir deswegen nur appellieren und hoffen können, dass es hier noch ein Umdenken gibt. – Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Nestler.

Abg. **Nestler** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich ganz einfach etwas richtigstellen muss, nicht dass das falsch verstanden worden ist. Ich habe Frau Senatorin Rosenkötter nicht unterstellt, dass sie an der jetzigen Situation schuld ist, ich habe gesagt, dass vor einem Dreivierteljahr in der Deputation die Einführung kooperativer Jobcenter zur Diskussion stand. Dafür war damals Frau Rosenkötter, wenn ich mich richtig an die Diskussion in der Deputation erinnere, und dafür waren auch Sie, Frau Ziegert.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Hat sie auch gesagt!)

Das ist genau das Gleiche, was jetzt in Berlin passiert, nur, Sie drehen das einfach um, darum habe ich mich auch bedankt, dass hier nicht polemisch diskutiert wurde.

(Beifall bei der CDU)

Hätten Sie nicht einen Koalitionspartner gehabt, hätten wir heute schon das, was man in Berlin an-

denkt. Das ist die Wahrheit und nichts anderes. Wir hätten keine gemeinsamen Jobcenter und ARGEn, sondern ein ausschließlich durch die Agentur für Arbeit betriebenes kooperatives Jobcenter, das wäre es gewesen. Das habe ich gesagt, und nicht mehr und nicht weniger. Ich bin dankbar dafür, dass Frau Rosenkötter heute eine andere Meinung hat. Das, was ich weiter gesagt habe, ist, dass das so schnell und in einem halben Jahr passiert ist, das verwundert mich, nicht vorhin, sondern jetzt auch.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ehrlich gesagt finde ich eigentlich so ein Hickhack ein bisschen blöd, aber wenn das nun so schräg herüberkommt, wie Sie das jetzt dargestellt haben, Herr Nestler, muss ich doch noch etwas dazu sagen. Das kooperative Jobcenter, wie der Name schon sagt, bedeutet eine Kooperationsbeziehung zwischen kommunaler Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsmarktpolitik durch die Agenturen. Es wäre weitestgehend nach dem Modell vertraglich auch sichergestellt worden, dass die Zusammenarbeit so hätte weiterlaufen können, wie sie bisher gelaufen ist, und wir hätten uns dieses Jahr Verunsicherung und mühselige Kompromissuche mit ungewissem Ausgang sparen können.

Ich sage Ihnen, Herr Nestler, wenn das gut ausgeht und die Grundgesetzänderung durchgeht und wir am Ende sind, dann sind wir alle glücklich und zufrieden. Tun Sie das Ihrige, damit es so ausgeht, aber sagen Sie jetzt nicht, wenn es jetzt nicht so ausgeht, dann sind irgendwelche anderen daran schuld, die von Anfang an skeptisch gewesen waren, ob nicht die Situation am Ende eintreten wird, die wir nämlich im Augenblick haben: Das ist die Situation, dass die Grundgesetzänderung im Augenblick droht zu scheitern. Deswegen steht das auf der Kippe. Insofern, glaube ich, dass Sie da in einer ganz schlechten Position sind, hier noch zu versuchen, mit Steinen zu werfen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! „Das ist eine katastrophale Entscheidung“, so die Kommentierung eines Arbeits- und Sozialminis-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) ters aus Nordrhein-Westfalen, bekanntlich Mitglied der CDU-Fraktion.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: CDU, nicht Fraktion!)

Der CDU! Genau vor diesem Thema stehen wir heute, nachdem wir 2007 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Kenntnis haben nehmen müssen und auch als einen Aufschlag, hier Veränderungen herbeizuführen, um nämlich am Ende des Tages etwas für die Menschen, für die Arbeitslosen in unserer Stadt und in unserem Land möglichst aus einer Hand leisten zu können. Das bleibt und ist unser Ziel, und ich freue mich, dass wir uns hier auch alle, und das will ich auch noch einmal ganz besonders betonen und begrüßen, alle einig sind in dem Ziel, dies gemeinsam zu erreichen. Aber ich will auch sagen, seit Dezember 2007 sind wir gemeinsam unterwegs, dies zu erreichen. Das waren keine einfachen Sitzungen, die auf ganz unterschiedlichen Ebenen stattgefunden haben. Ich finde es unverantwortlich, verantwortungslos jetzt sozusagen auf der Zielgeraden eine Vollbremsung vorzunehmen und das alles infrage zu stellen. Das geht meines Erachtens nicht, und deswegen ist es notwendig, dass wir hier sehr energisch auch von Bremen aus auf der Bundesebene versuchen, dies zu verändern.

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich will das Zitat von Herrn Kauder, das abgedruckt worden ist, nicht noch einmal wiederholen. Frau Schön hat es vorgelesen, aber es scheint vielen offensichtlich nicht ganz klar zu sein, welche Konsequenz dieses Handeln auch zur Folge hat. Das ist doch genau das, was hier droht, die Handlungsunfähigkeit bis weit nach der Bundestagswahl im Bereich dieses ZAG-Reformpaketes.

Übrigens, und das will ich auch gern anschließen, auch wenn es jetzt eine Verlängerung dieser Optionen gegeben hat, ist das wahrscheinlich ein Aus für die Optionskommunen, auch das muss man noch einmal deutlich sagen, und das alles in einer Phase, in der wir im Bereich von Wirtschaft, im Bereich von Arbeitsmarktpolitik weiß Gott genügend zu tun haben, um die Menschen in Arbeit zu behalten, um die Unternehmen und die kleineren Betriebe zu stabilisieren und um letztendlich auch das Gesellschaftsgefüge am Laufen halten zu können. Es gibt durch diese Entscheidung eine weitere Verunsicherung, und es gibt ganz sicherlich auch einen Vertrauensverlust in die Politik, dass jetzt unmittelbar vor Erreichen dieses Zieles gestoppt wird, das ist eine Politik gegen die Arbeitslosen, und das können wir so nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir wissen, dass am 2. März 2009 der Bundesarbeitsminister zusammen mit den Ministerprä-

sidenten Rüttgers und Beck und den zuständigen Fachministern aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen diesen Kompromiss ausgehandelt und vorgelegt hat – Frau Ziegert hat das formuliert –, ganz sicherlich ist nicht alles, so wie es am Ende dasteht, für jeden und für jede zufriedenstellend, aber es ist ein Kompromiss gefunden worden, der es möglich macht, unsere Ziele weitestgehend zu erreichen, nämlich Hilfen möglichst aus einer Hand anbieten zu können, einen gemeinsamen Personalkörper zu haben und Grundsicherungspolitik, und das ist etwas Wichtiges, und das will ich noch einmal betonen, auch vor Ort gestalten zu können.

Erlauben Sie mir, Herr Nestler, Sie noch einmal aus dem Sommer letzten Jahres zu repetieren, das ist vielleicht durchaus nachvollziehbar, aber ich glaube, Sie haben das nicht vollständig getan. Es war mehr als verantwortlich, hier darüber nachzudenken: Was ist, wenn es nicht gelingt, eine Verfassungsänderung zu machen? Heute sage ich, die Unberechenbarkeit der Bundes-CDU an dieser Stelle hat uns, glaube ich, sehr deutlich gezeigt, dass es vielleicht gar nicht so verkehrt war, auch darüber nachzudenken, ob wir andere Möglichkeiten dazu haben. Immer haben wir gesagt, natürlich, eine Verfassungsänderung würde dies am allerbesten lösen, aber wir wissen auch um die Schwierigkeit, und der Verlauf dieser langen Debatte hat es gezeigt, wie schwierig es gewesen ist, hier zu einer Lösung zu kommen.

Meine Damen und Herren, liebe Abgeordnete von der FDP, eine vollständige Kommunalisierung halte ich für nicht nur außerordentlich schwierig, sondern ich hoffe, Sie haben sich auch Gedanken darüber gemacht, dass nicht nur die Aufgabe und die Kompetenz auf die Länder und auf die Kommunen verlagert wird, sondern es an dieser Stelle ganz sicherlich auch finanzielle Auswirkungen hat, die nicht ganz unbeträchtlich sind, und insofern muss man, glaube ich, sehr deutlich darüber nachdenken.

Alles in allem freue ich mich darüber, und ich freue mich auch, dass wir hier heute in dieser Debatte, glaube ich, noch einmal klargemacht haben, dass wir uns von Bremen aus sehr nachdrücklich dafür einsetzen. Insofern ist dieser Dringlichkeitsantrag der Regierungsfractionen, unterstützt von der CDU, der richtige Weg, hier auch zu einem Ziel zu kommen, ich hoffe, sehr schnell zu einem Ziel zu kommen.

Ansonsten wäre es sicherlich Aufgabe meines Ressorts, unmittelbar nach Ostern mit den Arbeiten zu beginnen, dass wir am Ende des Tages, nämlich nach dem 31. Dezember 2010, so aufgestellt sind, dass wir weiterhin den Menschen, die unsere Beratung und Unterstützung brauchen, diese auch gewähren können und zudem auch eine Perspektive, auch das will ich deutlich sagen, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern geben können. Sie machen ihre Arbeit unter sehr schwierigen Bedingungen gut, sie haben in den letzten Monaten hier deutlich an Qualität gewonnen. Insofern wäre es das richti-

(C)

(D)

(A) ge und notwendige Signal, sich von Bremen aus auf der Bundesebene dafür einzusetzen. – Dafür ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU mit der Drucksachennummer 17/737 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(B) **Verkehrsinfrastruktur in der Region sichern – Gemeinderat Lilienthal muss Blockade gegen die Linie 4 aufgeben**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 18. März 2009 (Drucksache 17/738)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kasper.

Abg. **Kasper** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Entscheidung des Lilienthaler Gemeinderats, den Ausbau der Linie 4 zu stoppen, wird heute in der „Wümme-Zeitung“ getitelt: „Bremer Nachbarn reagieren empört!“. Ich bin dankbar darüber, dass ich eine Nacht darüber schlafen konnte. Hätte ich gestern hier ans Rednerpult gehen müssen, glaube ich, wären Worte gefallen, die unparlamentarisch sind. Das Wort „empört“ ist dabei heute noch sehr milde: Entsetzen, Fassungslosigkeit über Wortbruch bis hin zur Eiszeit sind da schon etwas deutlicher.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Unser Entschließungsantrag zeigt noch einmal in einer Kurzfassung auf, wie in Bremen in den letzten Jahren die Beschlussfassungen kontinuierlich bestätigt und konkretisiert wurden. Die gemeinsame Absicht, sowohl die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 durchzuführen, wie auch den Bau der Ortsentlastungsstraße zu vollziehen, mündete in eine Durchführungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Lilienthal und der Gemeinde Bremen vom 4. April 2006, ist also fast schon drei Jahre her. Unterzeichnet wurde diese Vereinbarung von Bürgermeister Hollatz aus Lilienthal und dem Bausenator Neumeyer aus Bremen. Was der Lilienthaler Gemeinderat jetzt mit dem Beschluss zum Stopp der Linie 4 anrichtet, ist überhaupt nicht nachvollziehbar, und wie der Rat mit Bürgermeister Hollatz umgeht, ist aus meiner Sicht unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

In der Zukunft wird bei jedem Vertrag oder Auftrag oder jeder Vereinbarung, die Bürgermeister Hollatz unterschreibt, die Frage wohl nicht verwundern, wie lang diese Unterschrift Bestand hat und wann der Gemeinderat sie wieder einkassiert. Für Lilienthal tritt ein politischer Schaden ein, der von den Neinsagern offensichtlich nicht überblickt wird. So geht man nicht mit dem Bürgermeister um! Die Ignoranz des Bürgerwillens, geäußert im Jahre 2006, der mit zwei Drittel Zustimmung bei einer Befragung von 8000 Bürgern ausgedrückt wurde, ist aus unserer Sicht eine schallende Ohrfeige für die Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich möchte jetzt hier kein Drohszenario aufbauen, aber ich möchte sagen: Liebe Lilienthaler und Lilienthalerinnen, folgenlos kann und wird die Entscheidung des Gemeinderats nicht bleiben. Wenn eine Brücke nur einen Meter zu kurz ist, ist das fatal. Wenn bei einer Straße auch ein Meter fehlt, kann ich sagen, ist das zu 100 Prozent eine Verkehrsberuhigung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zum Schluss möchte ich mich von den eisernen Schienen noch einmal lösen und in die Luft gehen, nicht wörtlich aber bildlich gesprochen. In der Fliegerei gibt es einen Begriff, der heißt „Point of no Return“, das Ziel ist also näher als der Abflugort oder Ausgangspunkt. Der Lilienthaler Gemeinderat hat gerade diesen Punkt überschritten, leitet aber trotzdem den Rückflug ein. Ich möchte deshalb appellieren: Liebe Lilienthaler, fliegen Sie eine Gegenkurve! Bremen wird Sie auf dem Radarschirm behalten und in Richtung Zielpunkt lotsen, aber landen, liebe Lilienthaler, müssen Sie schon selbst! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kasper hat gerade dazu aufgefordert, sich politisch korrekt auszudrücken, daran möchte ich mich halten, auch weil die Präsidentin mit der Glocke hinter mir steht.

Ich bin enttäuscht, entsetzt und entrüstet und kann auf keinen Fall verstehen, was die CDU und die FDP in Lilienthal dazu bewogen hat, im Gemeinderat gegen die Fortführung der Linie 4 zu stimmen; ich finde es unverantwortlich! Das ist eine Absage der CDU und FDP in Lilienthal an eine umweltfreundliche Mobilität, an die Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Pendler in Lilienthal, die zu den Hauptverkehrszeiten jeden Tag stundenlang in den Staus stehen. Es ist auch eine Absage an die getroffenen Vereinbarungen zwischen Bremen und Lilienthal und an ein regional sehr wichtiges Projekt, das ist ein glatter Wortbruch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Es werden in der Begründung für die Ablehnung die gestiegenen Kosten für die Straßenbahnverlängerung genannt. Ich erinnere daran, dass wir uns selbst in der Deputation im Oktober letzten Jahres mit den gestiegenen Kosten auf unserer Seite befassen mussten, aber, anders als in Lilienthal, haben wir hier über alle Parteien hinweg konstruktiv versucht, Lösungsvorschläge zu finden, haben uns über alle Parteien hinweg für den Weiterbau der Straßenbahnverlängerung ausgesprochen. Man kann, wie in Lilienthal, den Kopf in den Sand stecken, aber ich plädiere dafür, gemeinsam Lösungen zu finden.

Die CDU und die Liberalen in Lilienthal haben das nicht gemacht, ich vermute, es steckt auch ein wenig Kalkül dahinter. Bremen hat in den sauren Apfel gebissen, hat zähneknirschend dem Bau dieser Umgehungsstraße zugestimmt – ja, inmitten eines Naturschutzgebietes –, das ist uns schmerzlich gefallen. Die schöne Wümmebrücke wurde abgebaut, es wurden viele Bäume gefällt, und nun handelt Lilienthal plötzlich ganz nach dem Motto: Jetzt ist die Umgehungsstraße fast fertig, da können die Lilienthaler Pendler schön mit ihren Autos nach Bremen fahren, können dort die Straßen verstopfen, die Luft verpesten und fahren dann abends wieder zurück und zahlen in Lilienthal die Steuern. Das muss man einmal sehen, in Bremen die Infrastruktur nutzen, aber in Lilienthal die Steuern zahlen und das auf unsere Kosten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich bin aus diesem Grund strikt dagegen, weitere Aufträge für den Weiterbau dieser Umgehungsstraße

zu erteilen, solange die Lilienthaler in dem Gemeinderat mehrheitlich an dem Veto für die Linie 4 festhalten. Ich hege allerdings die Hoffnung – das möchte ich ganz deutlich sagen –, dass vielleicht doch noch Vernunft in Lilienthal einkehrt, denn es ist von allergrößtem Bremer Interesse, das Ganze nicht endgültig sterben zu lassen. Wir haben ein großes Interesse daran, dass die Linie 4 doch noch ausgebaut wird. Deswegen möchte ich dafür plädieren und die Kollegen von der CDU und FDP hier im Parlament bitten – ich weiß, es fanden im Vorfeld schon viele Gespräche statt –, doch noch einmal mit Ihren Parteifreunden in Lilienthal zu reden und sie zu einem Umdenken zu bewegen.

Den Lilienthalern selbst muss doch eigentlich auch klar sein – einmal abgesehen von den ökologischen und klimafreundlichen Aspekten –, dass sie zum Beispiel den Kaufleuten vor Ort keinen Gefallen tun. Jeder, der in diesen Stoßzeiten einmal mit dem Auto durch Lilienthal gefahren ist, weiß, dass es eine furchtbare Quälerei ist. Niemand parkt sein Auto – wenn er überhaupt einen Parkplatz findet – am Rand, stellt es ab, geht einmal eben in ein Geschäft und fädelt sich dann in diesen quälereichen Stau wieder ein. Bei einer Straßenbahn ist es anders: Man springt heraus und kann jederzeit an der nächsten Haltestelle wieder hineinspringen.

Das Nächste: Zwei Drittel der Lilienthaler wollen diese Linienverlängerung, sie sehen die Vorteile, auch den, dass 90 Prozent Fördergelder kommen und damit die Sanierung der Straße in Lilienthal und eine Aufwertung des Stadtteils einhergehen. Darauf kann man doch nicht verzichten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Wir in Bremen wollen an den gemeinsam getroffenen Vereinbarungen zur Verlängerung der Linie 4 festhalten, wir wollen die Tür nicht einfach zuwerfen, und wir hoffen, dass sich die Lilienthaler auch an ihr Wort halten und sich nicht endgültig von der Straßenbahnverlängerung verabschieden. Aber obwohl wir diese Hoffnung haben, wollen wir, dass geprüft wird, ob man Regressansprüche von unserer Seite geltend machen kann, und wir wollen, dass solange keine weiteren Bremer Gelder für die Umgehungsstraße ausgegeben werden.

Die Verlängerung der Linie 4 bis zum Falkenberger Kreuz ist eine Win-win-Situation für den Klimaschutz, für die geplagten Anwohnerinnen und Anwohner in Lilienthal, aber auch für die gestressten Pendler und die Kaufleute. Es ist ein wichtiges Projekt für die Region Bremen und Niedersachsen. Dieses gemeinsame Projekt ist zu wichtig, als es mit parteipolitischen Ränkespielchen – ob es innerparteiliche oder Oppositions-Ränkespielchen sind – zu gefährden.

Meine Damen und Herren aller Bremer Parteien, lassen Sie uns gemeinsam dafür weiter streiten, dass

(C)

(D)

(A) die Linienverlängerung 4 fortgesetzt wird, unterstützen Sie daher diesen Antrag! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte nicht gedacht, dass ich mich hier in der Bürgerschaft im Jahre 2009 noch einmal mit der Linie 4 beschäftigen müsste,

(Abg. **Dr. Sieling** [SPD]: Und dann so positiv! – Abg. **Pohlmann** [SPD]: Man kann ja auch dazulernen!)

weil ich, insbesondere zu Beginn der Neunzigerjahre, eine ganze Menge Debatten gegen die Linie 4 gehalten habe. Aber wie Sie ja alle wissen, hat es seit 1995 einen guten Prozess gegeben, bei dem wir uns alle auf die Linie 4 und eine bestimmte Linienführung durch Bremen geeinigt haben, gleichzeitig aber auch gesagt haben – und das war ja auch ein entscheidender Punkt –: Wenn, dann soll sie auch bis Falkenberg führen, weil die Lilienthaler mit ihrer Umgehungsstraße schon seit über 28 Jahren laut klagen und in den letzten Jahren mehr oder weniger zurechtgekommen sind. In diesem Zuge hat es eine Verabredung über die Anbindung dieser Entlastungsstraße an das bremische Straßennetz im Gleichklang mit dem Ausbau des ÖPNV, nämlich der Straßenbahnlinie 4 nach Falkenberg, gegeben. Das ist eine vertragliche Regelung, und ich muss darauf bestehen, dass diese vertragliche Regelung auch eingehalten wird!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher bin ich natürlich enttäuscht, dass gerade unsere Kollegen im Lilienthaler Gemeinderat diese Einigung gestern infrage gestellt haben. Ich kann nur von dieser Stelle aus appellieren, den Vertrag, die Anlagen, die Gutachten und die Wirtschaftlichkeitsberechnungen sehr genau durchzulesen. Noch nie wurde ein Vorhaben so gut gefördert, nämlich mit einer neunzigprozentigen Förderung, das heißt, das Land Niedersachsen, Bremen und der Bund, alle haben sich zusammengenommen, sich daran beteiligt, in jahrelangen Anstrengungen dafür gesorgt, dass es jetzt eine wirklich großartige Planung gibt, die auch durch Gutachten belegt und sehr zur Umsetzung empfohlen worden ist. Deswegen muss ich noch einmal den Appell erheben, sich nicht auf irgendwelche Zahlen aus 2002 zu beziehen, sondern darauf, dass wir eine neunzigprozentige Förderung bekommen, das bedeutet, Lilienthal bekommt seine Sanierung des Ortskerns

praktisch geschenkt, und das ist ein entscheidender Faktor!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man das nun ausblendet, sich nur um die Kosten des ÖPNV kümmert und die anderen Dinge alle nebenbei betrachtet, kann man natürlich sagen, das ist viel Geld, aber ohne den ÖPNV ist in Lilienthal nichts los. Irgendwann werden auch die Buslinien der Linie 30 nicht mehr fahren, weil es für die BSAG überhaupt nicht wirtschaftlich ist, die Busse von Falkenberg nach Borgfeld fahren zu lassen, dann müssen die Leute irgendwann zu Fuß gehen. Irgendwo muss Wirtschaftlichkeit dargestellt werden, und wir verlangen von unseren Verkehrsunternehmen, dass sie wirtschaftlich arbeiten und wirtschaftlich denken. Wenn es nur so umgesetzt werden kann, müssen wir es auch akzeptieren,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und dann ist eben eine im Speckgürtel liegende Stadt nicht mehr richtig an den Kern angebunden, und das ist ein Problem.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Focke, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder Bemerkung Ihres Kollegen?

Abg. **Focke** (CDU): Ich weiß auch nicht, was ich davon halten soll.

(Heiterkeit)

Ja, gern!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Kollege, halten Sie es für günstig, wenn der zuständige Fachsenator durch Gespräche gar nicht an der Debatte teilnimmt?

Abg. **Focke** (CDU): Nein, das finde ich natürlich nicht in Ordnung! Vielen Dank!

(Abg. **Dr. Güldner** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bekenne mich schuldig! – Senator **Dr. Loske**: Ich habe Ihnen die ganze Zeit zugehört! – Abg. **Röwekam p** [CDU]: Der arme Herr Dr. Güldner, so geht er mit ihm um!)

Ich möchte die ganzen Maßnahmen, die hier schon gesagt worden sind, nicht wiederholen. Ich habe den Appell von hier aus an unsere Kollegen gerichtet, es

(C)

(D)

(A) sich doch noch einmal zu überlegen. Ich befürworte sehr, dass es in den nächsten Tagen weitere Gespräche gibt, um das zu klären. Ich finde – was ich eben schon angedeutet habe –, man muss vielleicht auch dem Gemeinderat in Lilienthal klarmachen, dass, wenn man das gesamte Projekt einschließlich der Sanierung betrachtet, er doch viel günstiger dabei handelt, wenn er dieses wirtschaftlich gerechnete Projekt mit unterstützt und jetzt auch zur Durchführung bringt.

Wir – und da spreche ich jetzt als Borgfelder, weil ich auch noch Borgfelder Abgeordneter bin – können es uns nicht vorstellen, dass wir eine Entlastungsstraße bekommen, mit der sich die Lilienthaler mit 30 000 oder 40 000 Pkw jeden Morgen entlasten, direkt an unsere Straße anbinden, um dann zu sagen: Das andere war nicht so gut, aber wir sind unseren Verkehr los und sie haben ihn. So geht das wirklich nicht!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann müssen wir auf die Durchführung dieser Verträge pochen, und wenn das nicht möglich sein sollte, müssen Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden, und wir müssen – wie Herr Kasper sagt – überlegen, ob wir wirklich die letzten zehn Prozent noch vergeben müssen, damit die Straße endgültig fertig wird. Man kann sie ja auch noch in zwei oder drei Jahren befahren, wenn endlich Vernunft eingekehrt ist. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mobilität muss gewährleistet werden, Mobilität muss auch durch ein vernünftiges belastbares Straßen- und Fahrradwegenetz und ein gutes ÖPNV-Angebot funktionieren!

(Beifall bei der FDP)

Sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße, alles muss miteinander verzahnt sein, alles muss aufeinander abgestimmt sein, dann funktioniert es auch mit dem Verkehr.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind uns sicherlich einig, dass es im Sinne des Klimaschutzes und der Umwelt unerlässlich ist, dass wir endliche Ressourcen schonen, dass wir durch diese Schonung auch die Wohnqualität zunächst erhalten und dann auch verbessern, damit unsere Bremerinnen und Bremer nicht irgendwo anders hinziehen und unsere Bevölkerung abnimmt.

Das geht durch verstärkte Investitionen und umweltfreundliche Verkehrsträger zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Wir bewegen uns ja erst einmal nur auf dem Lande, dazu gehören die Busse, die Straßenbahnen, aber auch der Individualverkehr, dazu gehört – Stichwort – eine vernünftige Antriebstechnik für alle Fahrzeuge für die Zukunft. In diesem Sinne haben wir im September 2008 unsere Zustimmung zur generellen Verlängerung der Straßenbahnlinien in Bremen verstanden, und das auch trotz Magenschmerzen, wenn ich auf die Linie 4 zu sprechen komme, weil wir von der Gesamtkonzeption Linie 4 und Entlastungsstraße Lilienthal nach wie vor nicht überzeugt sind. Wir – das wissen Sie – sind der Meinung, da gäbe es andere Lösungsansätze, aber darüber wollen wir heute nicht sprechen.

(C)

Ausbau – das sagte der Kollege Focke eben schon – muss sich natürlich rechnen. Wir alle waren in der Baudeputation im vergangenen September natürlich überrascht über die Kostenexplosion. Bei jeder Kostenexplosion muss man hinterfragen, ob die Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Ich habe von der BSAG nichts anderes gehört, als dass trotzdem die Wirtschaftlichkeit für die Linie 4 gegeben ist. Darauf muss ich mich als FDP-Politiker verlassen können. Wir müssen feststellen, dass sich der Gemeinderat Lilienthal nun vorgestern trotz des verabredeten Gesamtkonzepts, sprich: Entlastungsstraße mit Anbindung in das Bremer Netz ohne Errichtung einer Querverbindung, sondern wirklich an den „Langen Jammer“, gegen den Weiterbau der Linie 4 ausgesprochen hat. Das ist aus Bremer Sicht natürlich in der Tat zu bedauern.

(D)

Ohne Attraktivitätssteigerung des ÖPNV! Dazu will ich einmal sagen, wenn ich erst einmal vom Bus auf die Bahn umsteigen muss, dann ist das keine Attraktivitätssteigerung. Das bedeutet letztendlich natürlich auch, dass möglicherweise viele, die aus Worpswede oder sonst woher kommen, dann doch lieber wieder das eigene Auto nutzen und die Bremer Straßen verstopfen, nicht nur den „langen Jammer“, sondern auch die Wohnstraßen. Der Kollege Focke wohnt selbst in Borgfeld, ich wohne in Oberneuland, und selbst ich am Landgutweg spüre das, was da alles durch manche Nebenstraßen geht. Glücklicherweise sind wir sicher nicht darüber.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss aber auch sagen, wir in der Bremischen Bürgerschaft treffen unsere Entscheidungen autonom und manchmal trotz Bedenken unserer Nachbarn. Ich erinnere an unsere Diskussion vorgestern in der Stadtbürgerschaft zum Thema Windkraftanlage am Bremer Kreuz, der wir zugestimmt haben, obwohl die Gemeinde Oyten und der Landkreis Verden doch erhebliche Bedenken haben. Diese Autonomie, meine ich, gilt natürlich zunächst einmal in beide Richtungen.

(A) Deswegen setzt die FDP auch auf klärende Gespräche – Gesprächsangebote gibt es ja bereits von der Seite Bremens, das war auch heute in der Presse zu lesen. Der richtige Weg: Bericht in der Deputation, dann, wenn die Gespräche im Sande verlaufen, die Formulierung unserer Erwartungen und der möglichen Folgewirkungen. Meine Erfahrung, die ich mittlerweile gesammelt habe, ist: So, wie man in den Wald hinein ruft, schallt es auch wieder hinaus. Deswegen sollte man zunächst einmal nicht zu laut schreien, sondern erst das Gespräch suchen und schauen, was dann als Ergebnis herauskommt. Deswegen werden wir uns heute auch enthalten und diesem Antrag nicht zustimmen. – Danke!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mit der Tradition fortfahren, wenn das, was sachlich zu dieser Sache zu sagen ist, gesagt ist, werde ich es nicht wiederholen. Das ist das Erste!

(B) Zweitens habe ich mir überlegt, warum die Lilienthaler eigentlich keine Straßenbahn wollen. Möglicherweise wollen sie nicht, dass Bremer mit der Straßenbahn nach Lilienthal fahren. Ich habe mir aber dann gedacht, vielleicht ist die richtige Konsequenz, wir bauen diese Umgehungsstraße doch, wir binden sie an, aber wir machen einen ähnlichen Anachronismus, wir machen davor eine Mautstation. Also, wenn die Lilienthaler zu uns herein wollen, müssen sie bezahlen, damit sie irgendwie spüren, welchen Unsinn sie da angerichtet haben.

Scherz beiseite! Wir stimmen diesem Antrag zu. Ich finde, wir sollten einmal prüfen, inwieweit das Gemeinderecht in Lilienthal Elemente von direkter Demokratie enthält, ob man nicht auf diesem Weg initiativ werden kann, um dem Gemeinderat zu sagen, baut die Straßenbahn doch!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Ich möchte zunächst einmal sagen, gerade als Vorsitzender des Kommunalverbundes, der ich auch bin, dass ich finde, dass das, was der Stadtrat von Lilienthal da mit knapper Mehrheit beschlossen hat, ein grober Verstoß gegen das Prinzip gutnachbarlicher Beziehungen ist.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Wir haben immer gemeinsam dieses Projekt Ortsentlastungsstraße und das Projekt Linie 4 als Einheit gesehen. Bremen ist Lilienthal beim Thema Ortsentlastungsstraße sehr weit entgegengekommen. Wir haben uns an den Planungskosten für die Ortsentlastungsstraße finanziell beteiligt, das heißt, wir haben den bremischen Teil der Ortsentlastungsstraße voll finanziert. Wir führen diese Straße durch ein Naturschutzgebiet, was wir sonst nie und nimmer gemacht hätten, und wir fangen uns wesentliche Mehrverkehre in Borgfeld ein, wenn nicht gleichzeitig die Linie 4 gebaut wird. Das alles zusammengenommen führt bei uns zu dem Urteil, dass die Sache so, wie sie sich jetzt der Gemeinderat in Lilienthal vorstellt, für uns auf gar keinen Fall akzeptabel ist.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss auch noch einmal sagen, manche bringen hier jetzt so eine spezifische Rhetorik herein, so nach dem Motto, das ist ein Bremer Projekt. Nein, die Linie 4 ist ein Bremen-Lilienthaler Projekt! Sie ist gut für Lilienthal, und sie ist gut für Bremen, das möchte ich noch einmal ausdrücklich hervorheben. Das sieht die Bevölkerung in Lilienthal ganz ähnlich, wie die Bürgerbefragung ziemlich deutlich gezeigt hat.

(D) Was die finanziellen Aspekte betrifft, ist schon einiges gesagt worden. Es ist wirklich enorm, was man bei einem Projekt, wenn man die Innenstadt renovieren will oder die Attraktivität der Innenstadt steigern will, machen muss, damit ein solches Projekt mit über 90 Prozent EU-Mitteln, Bundesmitteln, Mitteln des Landes Niedersachsen und Mitteln des Landes Bremen finanziert wird. Eine solch günstige Förderkulisse kann man an anderer Stelle eigentlich kaum bekommen.

Jetzt vielleicht noch einmal zu den kursierenden Zahlen! Diese Zahlen, die in die Welt gesetzt worden sind, sind unredlich. Bei den 4,1 Millionen Euro, die seinerzeit in Ansatz gebracht wurden, sind die Planungsmittel nicht enthalten gewesen. Die jüngsten Zahlen der technisch-wirtschaftlichen Analyse, die jetzt seit wenigen Tagen vorliegt, besagen, dass die Streckeninfrastrukturkosten bei ungefähr 4,5 Millionen Euro zuwendungsfähigen Kosten und etwa 0,5 bis 1,5 Millionen Euro nicht zuwendungsfähigen Kosten liegen. Das heißt also, die reinen Infrastrukturkosten sind gegenüber Schätzungen aus dem Oktober 2007, wo sie bei 4,1 Millionen Euro lagen, auf etwa 5 bis 6 Millionen Euro gestiegen, das ist die Größenordnung. Bei den Mitteln, die nicht zuwendungsfähig sind, kann man sich einen großen Teil zurückerholen, nämlich von Leitungsträgern und anderen. Wenn man einmal die Hälfte rechnet, dann könnte man sagen, dass wir hier schon sehr nahe in den Bereich von 5 bis 5,5 Millionen Euro kommen. So gesehen ist die Horrorzahl – 4,1 Millionen Euro waren es vor zwei oder eineinhalb Jahren – von 8 Millio-

(A) nen Euro, die es jetzt sind, einfach eine maßlose Übertreibung, die nur ein Ziel hat, dieses Projekt Linie 4 zu kippen. Auch das ist für uns inakzeptabel!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie werden wir weiter fortfahren? Ganz klar ist, wir werden das nicht akzeptieren. Wir machen jetzt auch nicht einfach nur ein Lamento nach dem Motto „schade“, sondern wir sagen zunächst einmal, wir wollen die Linie 4. Wir werden in den nächsten Tagen alles daransetzen, doch noch zu einem erfolgreichen Ergebnis zu kommen, weil das Planfeststellungsverfahren kurz vor dem Abschluss steht. Wir könnten also sehr bald die Schippe in die Hand nehmen und mit dem Bau beginnen.

Wenn es so sein sollte, was, wenn ich es richtig verstanden habe, wir alle zusammen nicht hoffen, dass Lilienthal bei seinem harten Nein bleibt, werden wir über Regressforderungen sprechen müssen und darüber, ob die Ortsentlastungsstraße weitergebaut wird. Ich bin nicht bereit, noch weitere Bauaufträge für die Ortsentlastungsstraße zulasten der Bremer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu vergeben, wenn Bremen davon nicht profitiert.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass man in Lilienthal ein Interesse daran hat, einen Kleinkrieg darüber zu beginnen, wer in Zukunft den öffentlichen Personennahverkehr zwischen Bremen und Lilienthal organisiert. Mehr möchte ich dazu im Moment nicht sagen.

Das heißt also, wir werden bei dem Gespräch, das wir bald haben werden, diese Dinge noch einmal auf den Tisch legen. Ich habe ein Gesprächsangebot gemacht. Ich habe mehrmals mit dem Bürgermeister gesprochen, ich habe mit dem Landrat Mielke gesprochen, der auch Vorsitzender des ZVBN ist. Ich habe für kommenden Montag den Bürgermeister, den Landrat, die Fraktionsvorsitzenden der im Lilienthaler Rat vertretenen Parteien, die baupolitischen oder verkehrspolitischen Sprecher unserer Deputation und den Landtagsabgeordneten Miesner, der für diesen Wahlkreis im niedersächsischen Landtag sitzt, zu einem Gespräch eingeladen, um noch einmal alle Karten auf den Tisch zu legen.

(C) Ich will noch einmal ganz klar sagen, was nachbarliche Fragen betrifft! Sie, Herr Richter, haben das gerade ein bisschen anders ausgeführt, das Gegenteil ist aber wahr! Ich erinnere an die Ortsumgehung Weyhe/Dreye, ich erinnere daran, dass wir im Konjunkturpaket die Wümmebrücke in Ritterhude als bremsch-niedersächsisches Projekt vorgeschlagen haben und dass wir auch bereit waren – das sollten Sie als Mitglied der Baudeputation eigentlich wissen –, der Gemeinde Lilienthal – es ist ja eigentlich ein Zugum-Zug-Geschäft – sehr weit entgegenkommen. Wir haben also sehr viel Vertrauensvorschuss gegeben, der ist jetzt nicht erwidert worden.

Deswegen erwarten wir eben auch von Lilienthal eine kooperative Verhaltensweise, wenn es um die Linie 4 geht. Ich hoffe, dass wir noch zu einem guten Ergebnis kommen. Klar ist für uns Bremer, wir wollen die Linie 4 nach wie vor, und zwar alle, fraktionsübergreifend. Das kann ich auch für den Senat insgesamt sagen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(D) Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/738 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung des Landtages angekommen. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 16.10 Uhr)

(A) Anhang zum Plenarprotokoll**Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) vom 19. März 2009****Anfrage 12: Planung der Erschließung der Luneplate**

Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Erschließungsmaßnahmen sind momentan im Bereich der Luneplate in Bremerhaven beabsichtigt, um dieses Areal ganz oder teilweise als Gewerbegebiet zu nutzen und die geplanten Hafenanlagen anzubinden?

Zweitens: Welche Kosten entstehen nach dem derzeitigen Planungsstand und wie sollen diese finanziert werden?

Ella, Woltemath und Fraktion der FDP

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Im Hinblick auf die überaus erfolgreiche gewerbliche Entwicklung des südlichen Fischereihafens sind hier weitere Erschließungsmaßnahmen erforderlich. Zentral ist in diesem Zusammenhang die südliche Umgehung des Industriegebietes Luneort. Diese Straßenverbindung ist nicht nur eine dringend benötigte Entlastung der Straße Am Luneort, sondern auch eine leistungsfähige Anbindung des südlichen Fischereihafens an das überregionale Straßennetz sowie eine äußere Erschließung der sogenannten Gewerbebeerwartungsflächen auf der Luneplate. Teile der für die Entlastungsstraße notwendigen Flächen sowie die sogenannten Gewerbebeerwartungsflächen befinden sich auf der im Hoheitsbereich des Landes Niedersachsen gelegenen Luneplate.

Eine Gebietsübertragung der Luneplate soll durch Staatsvertrag erfolgen, der von Bremen und Niedersachsen im Entwurf ausverhandelt wurde. Die vom Magistrat der Stadt Bremerhaven bereits begonnenen notwendigen Planverfahren für diese Maßnahme finden deshalb in enger Abstimmung mit der niedersächsischen Gemeinde Loxstedt und den zuständigen Ressorts des Landes Bremen statt.

Zu Frage 2: Die ersten Baukostenplanungen für die südliche Umgehungsstraße belaufen sich auf rund 7,5 Millionen Euro. Die Bruttokosten, einschließlich der Planungs- und Projektsteuerungskosten, werden auf rund 8,5 Millionen Euro geschätzt.

Derzeit werden die Finanzierungsmöglichkeiten in den Haushaltsjahren 2010/2011 geprüft. Ferner ist eine Beteiligung der Stadt Bremerhaven – insoweit die Straße über kommunales Gebiet führt – vorgesehen.

Anfrage 13: Insolvenzen im Land Bremen

Ich frage den Senat:

Erstens: Wie hoch war die Zahl der Insolvenzen von Verbrauchern und Unternehmen in den Jahren 2006 bis 2008, jeweils pro Jahr, gegliedert nach privaten und gewerblichen Insolvenzen?

Zweitens: Wie hoch schätzt der Senat den wirtschaftlichen Schaden, der dem Land Bremen durch Unternehmens- und Privatinsolvenzen im vergangenen Jahr entstanden ist?

Drittens: Wie viele Arbeitsplätze wurden im vergangenen Jahr nach Schätzung des Senats durch Unternehmensinsolvenzen in Bremen und Bremerhaven vernichtet, wie viele sind aufgrund der Insolvenzen des letzten Jahres heute akut bedroht, zum Beispiel Zulieferbetriebe?

Timke (BIW)

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen waren im Jahr 2006 im Land Bremen 228 Unternehmen von Insolvenzverfahren betroffen, im Jahr 2007 waren 219 Unternehmen betroffen. Im Jahr 2006 gab es bei Verbrauchern 2 051 Insolvenzverfahren. Im Jahr 2007 betrug deren Anzahl 1 222.

Die Statistik für die Insolvenzen für das Jahr 2008 wird zurzeit durch das Statistische Landesamt Bremen erstellt. Belastbare Zahlen stehen deshalb erst in Kürze zur Verfügung.

Zu Frage 2: Für das Jahr 2008 hat das Statistische Landesamt Bremen zu Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen noch keine Zahlen veröffentlicht. Unabhängig davon ließe sich insbesondere der aus den Unternehmensinsolvenzen für das Land Bremen entstandene wirtschaftliche Schaden nicht seriös beziffern. Zu Gewerbe- und Körperschaftsteuerausfällen durch Insolvenzen liegen keine Informationen vor. Einkommensteuerausfälle können nicht als Indikator dienen, weil diese Steuer wohnortbezogen ist. Der Wohnort betroffener Arbeitnehmer in Insolvenzverfahren (und gegebenenfalls Unternehmer, die ihr Gewerbe im Land Bremen ausüben) wird statistisch jedoch nicht erfasst. Entsprechend ist auch der mit Arbeitslosigkeit im Zusammenhang stehende Kaufkraftverlust als wirtschaftlicher Nachteil für unter anderen den bremischen Einzelhandel nicht zu beziffern.

Zu Frage 3: Die zur Beantwortung dieser Frage notwendigen Zahlen liegen nicht vor. Abgesehen davon wäre die zur Verfügung stehende Datenbasis nur eingeschränkt verwendbar, weil das Statistische Landesamt Bremen ausschließlich auf die freiwilligen Angaben von den Unternehmen angewiesen ist, die sich im Insolvenzverfahren befinden. Damit sind diese Werte nicht repräsentativ.

(B)**(D)**

(A) Anfrage 14: Entwicklung von tierversuchsfreien Testmethoden im Land Bremen

Ich frage den Senat:

Erstens: Welche Landesprogramme zur Erforschung und Entwicklung tierversuchsfreier Testmethoden zum Test von Arzneimitteln und sonstigen Chemikalien gibt es im Bundesland Bremen, und wie hat sich das jährliche Gesamtbudget für diese Programme seit 2006 entwickelt?

Zweitens: In welcher Höhe wurden diese Landesprogramme in den letzten drei Jahren aus Mitteln des Bundes oder der EU unterstützt?

Drittens: Bestehen Kontakte zwischen dem Land Bremen und anderen Bundesländern mit derartigen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen, um insbesondere Mehrfachförderungen gleichgelagerter Untersuchungen zu vermeiden?

Timke (BIW)

Antwort des Senats:

Zu Fragen 1 und 2: Es gibt keine Landesprogramme zur Erforschung und Entwicklung tierversuchsfreier Testmethoden zum Test von Arzneimitteln und sonstigen Chemikalien im Bundesland Bremen.

Zu Frage 3: Da das Land Bremen keine entsprechenden Landesprogramme hat, ist eine Mehrfachförderung durch Bremen und ein anderes Bundesland ausgeschlossen.

(B)

Anfrage 15: Finanzierung Havenwelten

Wir fragen den Senat:

Erstens: Gab es vom Senat in irgendeiner Form eine Zusage, dass die aus den Mitteln für die Havenwelten anderweitig verwendeten Gelder, etwa für die t.i.m.e.Port-Technologiezentren und die Sail 2005, von Landesseite zu einem späteren Zeitpunkt rückerstattet werden sollen?

Zweitens: Welchen Beschluss haben die damaligen Wirtschaftsförderungsausschüsse in Bezug auf eine Rückerstattung der Gelder getroffen?

Ella, Woltemath und Fraktion der FDP

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Bezüglich der aus dem Mittelrahmen Alter/Neuer Hafen finanzierten anderen Maßnahmen in Bremerhaven, zum Beispiel t.i.m.e.Port I und II, Sail 2005, Impulse Bremerhaven sowie Marketing-Projekte gab es weder in den Beschlüssen der Wirtschaftsförderungsausschüsse noch in den Protokollaufzeichnungen der entsprechenden WFA-Sitzungen Zusagen über eine Rückerstattung der Mittel zu einem späteren Zeitpunkt.

Zu Frage 2: Die mit oben genannten Projekten befassten Wirtschaftsförderungsausschüsse haben in Be-

zug auf eine Rückerstattung der Gelder keinen Beschluss getroffen. Im Rahmen ihrer Befassung mit dem Statusbericht 2006 haben die Wirtschaftsförderungsausschüsse in ihrer Sitzung am 30. November 2006 mit der Stimme aller Fraktionen eine weitergehende Finanzierung der „Havenwelten“ aus Landesmitteln ausdrücklich abgelehnt.

(C)

Anfrage 16: Sonntagsöffnungszeiten in Bremerhaven

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie weit sind die Verhandlungen mit Bremerhaven hinsichtlich der von Bremerhaven beantragten Sonntagsöffnungszeiten?

Zweitens: Inwieweit kann die Genehmigung der von den allgemeinen Ladenschlusszeiten abweichenden Regelungen auf das „Mediterraneo“ als touristisches Zentrum beschränkt werden?

Frau Allers, Röwekamp und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat den Erlass einer Rechtsverordnung angeregt, durch die ermöglicht werden soll, Verkaufsstellen im Bereich Alter/Neuer Hafen, Fußgängerzone und Columbus Center an 12 Sonn- und Feiertagen zu öffnen.

Nach Paragraph 9 des Bremischen Ladenschlussgesetzes kann der Senat durch Rechtsverordnung bestimmen, dass in Ausflugsorten mit besonders starkem Fremdenverkehr an jährlich höchstens 40 Sonn- und Feiertagen bis zur Dauer von acht Stunden bestimmte Waren verkauft werden dürfen. Die Offenhaltung kann auf bestimmte Bereiche beschränkt werden.

Der Bereich „Havenwelten“ in Bremerhaven ist als Kombination von Zoo am Meer, Auswandererhaus, Schifffahrtsmuseum, Museumshafen und Klimahaus (Eröffnung März 2009) eine bedeutende touristische Attraktion und kann als Ausflugsort mit besonders starkem Fremdenverkehr betrachtet werden.

Während erweiterter Öffnungszeiten nach Paragraph 9 sind jedoch nur Lebensmittel zum sofortigen Verzehr, Tabakwaren, Schnittblumen, Zeitungen und Waren, die für diese Orte kennzeichnend sind, zum Verkauf zugelassen.

Bei den Verkaufsstellen im Mediterraneo handelt es sich fast ausschließlich um Geschäfte, die Bekleidung, Schuhe, Sport- und Haushaltsartikel verkaufen sowie Optiker und Telefonläden. Diese Geschäfte dürften auch nach Erlass einer Rechtsverordnung aufgrund des gesetzlich vorgegebenen eingeschränkten Warenkataloges nicht öffnen.

Die Gespräche mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven sind noch nicht abgeschlossen.

(D)

(A) **Anfrage 17: Verhalten von Einsatzkräften bei Amoklagen in Schulen und Kindertagesstätten im Bundesland Bremen**

Ich frage den Senat:

Erstens: Wie häufig haben SEK Bremen, Rettungsdienste und Beamte der Schutzpolizei Bremen sowie der Ortspolizeibehörde Bremerhaven gemeinsam in 2008 die Bewältigung von Amoklagen in Schulen und Kindertagesstätten geprobt?

Zweitens: Wie werden Beamte der Schutzpolizei Bremen sowie der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, die bei Amoksituationen normalerweise als erste am Tatort eintreffen, auf derartige Situationen vorbereitet beziehungsweise geschult?

Drittens: Sind die Leitungen von Schulen und Kindertagesstätten in Bremen und Bremerhaven durch den Senator für Inneres oder eine andere Senatsbehörde darüber informiert worden, welche Maßnahmen und Verhaltensregeln im Falle einer Amoklage getroffen beziehungsweise beachtet werden müssen?

Timke (BIW)

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Im Jahr 2008 fand in Bremen und Bremerhaven eine gemeinsame Übung zur Bewältigung von Amoklagen statt.

(B) Zusätzlich werden im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen für Polizeivollzugsbeamte sogenannte Systematische Einsatztrainings durchgeführt, die standardmäßig Notärzte und Rettungssanitäter mit einbinden, um die Zusammenarbeit an der Schnittstelle zwischen Polizei und Rettungsdiensten zu optimie-

ren. Im Jahr 2008 wurden acht Trainings durchgeführt, bei denen insgesamt 145 Beamtinnen und Beamte geschult wurden. (C)

Zu Frage 2: Die Kräfte des Einsatzdienstes der Polizeien in Bremen und Bremerhaven werden kontinuierlich im Rahmen der bestehenden Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, insbesondere im Rahmen des Systemischen Einsatztrainings (SET), auf die Bewältigung von Amoklagen vorbereitet. Die Trainingsdauer beträgt zwei Tage. Dabei wird in praktischen Übungen das Erreichen der taktischen Ziele, insbesondere unter Berücksichtigung der Eigensicherung bei Amoklagen, besprochen und geübt.

Die Übungen werden unter Mitwirkung ausgebildeter SET-Trainer der Spezialeinheiten durchgeführt. Dazu werden Übungsszenarien mit Täterdarstellung, Verletzten und Getöteten simuliert, in denen die Teilnehmer lernen, sich schnellstens und unter größtmöglicher Eigensicherung einem Amoktäter zu nähern und ihn notfalls mittels Schusswaffeneinsatz handlungsunfähig zu machen bzw. seinen Aktionsbereich einzuschränken.

Zu Frage 3: Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft hat mit allen Schulen eine verbindliche Vorgehensweise bei Krisensituationen vereinbart. Darin sind die Kommunikationsstruktur mit dem Lagezentrum der Polizei und die weiteren notwendigen Schritte verbindlich geregelt. Diese Vorgehensweise ist von allen Schulaufsichtsbeamten mit allen Schulleitungen besprochen worden. In Kindertageseinrichtungen sind Sicherheitsvorkehrungen getroffen, damit fremde Personen nicht ohne Weiteres Zutritt haben. (D)